



HESSISCHER LANDTAG

31. 10. 2020

56. Sitzung

Wiesbaden, den 31. Oktober 2020

- | | | | |
|---|------------|--|--|
| Amtliche Mitteilungen | 4271 | | |
| <i>Entgegengenommen</i> | 4274 | | |
| Präsident Boris Rhein | 4271, 4284 | | |
| Günter Rudolph | 4272 | | |
| Holger Bellino | 4272 | | |
| Jürgen Frömmrich | 4272 | | |
| Volker Richter | 4272 | | |
| Torsten Felstehausen | 4273 | | |
| René Rock | 4274 | | |
| Andreas Lichert | 4284 | | |
| 1. Regierungserklärung | | | |
| Hessischer Ministerpräsident | | | |
| Aktuelle Entwicklung im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie | 4274 | | |
| <i>Entgegengenommen und besprochen</i> | 4311 | | |
| 2. Dringlicher Antrag | | | |
| Fraktion DIE LINKE | | | |
| Corona-Pandemie zielgerichtet bekämpfen – demokratische Legitimation sicherstellen – Corona-Winterfahrplan vorlegen | 4311 | | |
| <i>Dem Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss, federführend, dem Kulturpolitischen Ausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen, dem Haushaltsausschuss und dem Rechtspolitischen Ausschuss, beteiligt, überwiesen</i> | 4311 | | |
| 3. Dringlicher Antrag | | | |
| Fraktion der Freien Demokraten | | | |
| Corona wirksam bekämpfen – Maßnahmen müssen geeignet, erforderlich und angemessen sein | 4311 | | |
| – Drucks. 20/3972 – | 4311 | | |
| <i>Dem Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss, federführend, dem Kulturpolitischen Ausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen, dem Haushaltsausschuss und dem Rechtspolitischen Ausschuss, beteiligt, überwiesen</i> | 4311 | | |
| 4. Dringlicher Antrag | | | |
| Fraktion DIE LINKE | | | |
| Einstellung aller polizeilichen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Weiterbau der A 49 und des Transports von Castoren ins Zwischenlager Biblis | 4311 | | |
| – Drucks. 20/3973 – | 4311 | | |
| <i>Abgelehnt</i> | 4311 | | |
| 5. Dringlicher Antrag | | | |
| Fraktion der AfD | | | |
| Kein „Schönwetter-Föderalismus“: Der Landtag muss eingebunden und die Corona-Bekämpfung demokratisch legitimiert werden | 4311 | | |
| – Drucks. 20/3974 – | 4311 | | |
| <i>Abgelehnt</i> | 4311 | | |

6. Dringlicher Antrag	Minister Tarek Al-Wazir	4274
Fraktion der SPD	Nancy Faeser	4280
Steigende Infektionszahlen erfordern weitreichende Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit	Ines Claus	4285
– Drucks. 20/3975 –	Volker Richter	4288
	René Rock	4292
<i>Dem Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss, federführend, dem Kulturpolitischen Ausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen, dem Haushaltsausschuss und dem Rechtspolitischen Ausschuss, beteiligt, überwiesen</i>	Janine Wissler	4298
	Mathias Wagner (Taunus)	4305
	Rolf Kahnt	4310
	Günter Rudolph	4312
7. Dringlicher Entschließungsantrag		
Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		
Steigende Infektionszahlen erfordern weitreichende Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit		
– Drucks. 20/3976 –		4312
<i>Angenommen</i>		4312

Im Präsidium:

Präsident Boris Rhein
 Vizepräsidentin Karin Müller
 Vizepräsidentin Heike Hofmann

Auf der Regierungsbank:

Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen Tarek Al-Wazir
 Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer
 Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund Lucia Puttrich
 Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung Prof. Dr. Kristina Sinemus
 Minister des Innern und für Sport Peter Beuth
 Minister der Finanzen Michael Boddenberg
 Ministerin der Justiz Eva Kühne-Hörmann
 Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz
 Ministerin für Wissenschaft und Kunst Angela Dorn
 Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Priska Hinz
 Minister für Soziales und Integration Kai Klose
 Staatssekretär Dr. Martin J. Worms

Abwesende Abgeordnete:

Ulrike Alex
 Karl Hermann Bolldorf
 Volker Bouffier
 Wolfgang Decker
 Dirk Gaw
 Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn
 Wiebke Knell
 Moritz Promny
 Marion Schardt-Sauer
 Gerhard Schenk

(Beginn: 12:05 Uhr)

Präsident Boris Rhein:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie bitten, in den Plenarsaal zu kommen und Ihre Plätze einzunehmen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung muss ich Ihnen mitteilen, dass Herr Ministerpräsident Bouffier heute gehindert ist, an der Sitzung des Hessischen Landtages teilzunehmen. Der Ministerpräsident hat mich informiert, dass es in seinem unmittelbaren Mitarbeiterumfeld zu einer positiven Corona-Testung gekommen ist und er sich, den Regeln entsprechend, in häuslicher Quarantäne befindet. Der Ministerpräsident ist negativ getestet, und es geht ihm gut.

Die Regierungserklärung wird insoweit heute durch den stellvertretenden Ministerpräsidenten, Herrn Staatsminister Al-Wazir, gegeben.

Es ist eine Formalität, ich will sie Ihnen dennoch vortragen: Nach § 5 der Geschäftsordnung der Hessischen Landesregierung wird der Ministerpräsident im Falle der allgemeinen Verhinderung von den von ihm bestellten Mitgliedern der Landesregierung in der hierfür festgelegten Reihenfolge vertreten. Mit Schreiben vom 18. Januar 2019 und mit Kabinettsbeschluss vom 31. März 2020 sind die Vertretungsregelungen im Kabinett entsprechend angezeigt. Daraus ergibt sich, dass der Staatsminister und Hessische Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen, Herr Tarek Al-Wazir, den Hessischen Ministerpräsidenten vertritt. – So weit zu den Formalien.

Ich finde, das ist noch wichtig, das sollen wir noch hinzufügen. Ich glaube, das ist einhellige Meinung im Hause: Wir wünschen allen Betroffenen von hier aus alles Gute, Gesundheit und gegebenenfalls auch gute Genesung, und freuen uns auf ein baldiges Wiedersehen in alter Frische.

(Allgemeiner Beifall)

Den Herrn Ministerpräsidenten und die restlichen Zuseher grüße ich ausdrücklich heute via Livestream. Ich freue mich, dass Sie uns auf diesem Weg zusehen und zuhören können und auch den Verhandlungen folgen können.

Vor Eintritt in die Tagesordnung will ich Ihnen weiter mitteilen, dass die Fraktion der AfD mir mit Schreiben vom 21. Oktober 2020 mitgeteilt hat, dass der Abg. Rolf Kahnt aus der Fraktion ausgeschlossen wurde.

Insoweit kann ich die 56. Plenarsitzung des Hessischen Landtages eröffnen und stelle die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung darf ich Ihnen Folgendes mitteilen. Die Tagesordnung vom 29. Oktober 2020 liegt Ihnen vor.

Noch eingegangen und an Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Corona-Pandemie zielgerichtet bekämpfen – demokratische Legitimation sicherstellen – Corona-Winterfahrplan vorlegen, Drucks. 20/3971. Ich darf fragen, ob die Dringlichkeit bejaht wird. – Das ist offensichtlich der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 2. Wird er dann mit Tagesordnungspunkt 1 aufgerufen, oder wie machen wir das? – Wir rufen ihn mit Tagesordnungspunkt 1, mit der Regierungserklärung, auf.

Weiterhin eingegangen und an Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der Freien Demokraten

betreffend Corona wirksam bekämpfen – Maßnahmen müssen geeignet, erforderlich und angemessen sein, Drucks. 20/3972. Wird auch hier die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 3 und wird, wenn Sie einverstanden sind, ebenfalls mit Tagesordnungspunkt 1, der Regierungserklärung, aufgerufen. – Alle sind einverstanden.

Außerdem noch eingegangen und an Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Einstellung aller polizeilichen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Weiterbau der A 49 und des Transports von Castoren ins Zwischenlager Biblis, Drucks. 20/3973. Wird auch hier die Dringlichkeit bejaht? – Das ist offensichtlich der Fall. Wird er auch zusammen mit der Regierungserklärung aufgerufen? – Dann rufen wir ihn auch mit Tagesordnungspunkt 1 auf, und er wird Tagesordnungspunkt 4.

Schließlich haben wir noch einen Dringlichen Antrag der Fraktion der AfD, der eingegangen und an Ihren Plätzen verteilt ist. Das ist der Dringliche Antrag Drucks. 20/3974. Der Betreff lautet: „Kein ‚Schönwetter-Föderalismus‘: Der Landtag muss eingebunden und die Corona-Bekämpfung demokratisch legitimiert werden“. Wird auch hier die Dringlichkeit bejaht? – Dies ist der Fall. Dann rufen wir ihn als Tagesordnungspunkt 5 zusammen mit Tagesordnungspunkt 1, der Regierungserklärung, auf.

Ich darf Sie fragen, ob Sie einverstanden sind, die Tagesordnung zu genehmigen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann sind alle einverstanden.

Nach dem vorliegenden Ablaufplan tagen wir heute bis ca. 16:50 Uhr.

Ich darf Ihnen noch folgendes Organisatorische mitteilen. Mit Schreiben vom 28. August 2020 habe ich die Abgeordneten und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kanzlei und der Fraktionen über die hier im Haus ergriffenen organisatorischen Maßnahmen im Rahmen der Corona-Pandemie informiert. In diesem Zusammenhang habe ich eine dringende Empfehlung für das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes in den Liegenschaften des Landtages ausgesprochen.

In der Einladung zur heutigen Sitzung habe ich darauf hingewiesen, dass aufgrund der durchaus stark steigenden Fallzahlen von Corona-Infizierten eine dringende Empfehlung zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes auch auf den Sitzplätzen im Plenarsaal ausgesprochen wird.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE, vereinzelt Freie Demokraten und auf der Regierungsbank)

Ich möchte ich Sie an dieser Stelle noch einmal sehr dringend bitten, den Mund-Nasen-Schutz zu tragen und auch die Abstandsregelungen einzuhalten. Ich will das ausdrücklich erneuern. – Ich sehe, dass Kolleginnen und Kollegen während der Sitzung keinen Mund-Nasen-Schutz tragen.

(Torsten Felstehausen (DIE LINKE): Unverschämtheit! – Weitere Zurufe)

– Bitte keine Zwischenrufe. – Ich will nur darauf hinweisen, dass das die wirkungsvollste Maßnahme ist, im Falle von Positivtestungen die Quarantänemaßnahmen so weit wie möglich zu minimieren oder gar auszuschließen.

Ich glaube, dass es unser oberstes Interesse sein muss, die Funktionsfähigkeit der ersten Gewalt zu gewährleisten. Zweitens ist es auch eine Frage der Kollegialität, und es ist auch eine Frage des Verantwortungsgefühls.

(Lebhafter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE, vereinzelt Freie Demokraten und auf der Regierungsbank)

Es ist selbstverständlich auch eine Frage – ich will es einmal so deutlich sagen – der Vorbildfunktion, die Abgeordnete den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber auszuüben haben.

Kollege Günter Rudolph, bitte schön.

Günter Rudolph (SPD):

Herr Präsident, vielen Dank für den Hinweis. – Es ist eine Fraktion, wir benennen sie, nämlich die AfD, die sich beharrlich weigert, eine Schutzmaßnahme zu ergreifen, die auch alle anderen schützen kann. Wir sind nicht bereit, dieses Verhalten hinzunehmen.

Normalerweise würden wir jetzt die Einberufung des Ältestenrats fordern. Aber die Menschen im Lande erwarten, dass wir uns heute mit dem Thema Corona-Krise befassen: Was können wir dagegen tun, und wie können wir mit der Krise umgehen. – Wir haben am Dienstag eine Sitzung des Ältestenrats und des Präsidiums. Wir bitten Sie, dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Wir jedenfalls lassen uns von der AfD an der Stelle nicht weiter – ich will es einmal freundlich formulieren – in eine Ecke drängen. Sie sind ohne Rücksicht auf die Gesundheit aller anderen bereit, Ihr politisches Spielchen zu treiben. Das ist unakzeptabel, und wir sind auch bereit, daraus Konsequenzen zu ziehen.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Kollege Rudolph.

Bevor ich dem Kollegen Holger Bellino das Wort erteile, will ich in aller Deutlichkeit auch das erklären: Ich habe bislang davon Abstand genommen – das unterscheidet Abgeordnete von den Mitarbeitern –, eine Verpflichtung zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes auszusprechen. Wenn die dringende Bitte so nicht vernommen wird, werden wir uns darüber – das ist mein Vorschlag – am nächsten Dienstag im Ältestenrat auseinandersetzen müssen. Dann erwäge ich, auch gegenüber den Abgeordneten dieses Hauses am Platz eine entsprechende Maßnahme anzuordnen, und zwar im Rahmen des Hausrechts und der Polizeigewalt, die der Präsident des Hessischen Landtages ausübt.

Bitte schön, Herr Kollege Bellino.

Holger Bellino (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben mir einiges vorweggenommen; ich schließe mich den Vorrednern an. Es ist nicht nur eine Frage der Symbolik, sondern es ist eine Frage des Anstandes, eine Frage des Gesundheitsschutzes und eine Frage der Vorbildfunktion. Wer sich so verhält, wie die AfD-Kollegen das tun, gefährdet bewusst die Gesundheit anderer, und der ge-

fährdet die Arbeitsfähigkeit dieses Landtages. Es ist nicht so, dass wir die AfD brauchen, um in Hessen Politik zu machen. Ganz im Gegenteil, sie stört dabei, vernünftige Politik zu machen.

(Zuruf Dr. Frank Grobe (AfD))

– Schweigen Sie, wenn ich rede. – Aber die Gefahr dabei ist, dass dieses Haus und die Ausschüsse arbeitsunfähig werden und dass die Verwaltung arbeitsunfähig wird. Das ist unverantwortlich – zusätzlich zu den gesundheitlichen Aspekten.

Herr Präsident, ich bitte Sie herzlich, in der Vorbereitung der Ältestenratssitzung alle rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen, die man gegenüber dem besonderen Amt des Abgeordneten hat, damit wir im Ältestenrat entsprechende Maßnahmen treffen können.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE und auf der Regierungsbank)

Präsident Boris Rhein:

Herr Kollege Jürgen Frömmrich.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich stimme ausdrücklich dem Kollegen Rudolph und dem Kollegen Bellino in dieser Frage zu. Wir hatten mehrfach über dieses Thema geredet. Sie selbst, Herr Präsident, haben die Fraktionsvorsitzenden zu diesem Thema eingeladen. Ich glaube, es hat Vorbildfunktion, dass wir hier als Mitglieder des Hessischen Landtages als oberstes Verfassungsorgan dieses Landes in die Bevölkerung signalisieren: Was hier vonseiten der AfD-Fraktion gemacht wird, ist inakzeptabel. – Das will ich hier ganz deutlich hinterlegen.

Die AfD-Fraktion verhält sich auch so, weil sie wieder nach dem gleichen Muster verfährt, nämlich den größtmöglichen öffentlichen Klamauk zu machen,

(Dr. Frank Grobe (AfD): Das sieht man ja hier!)

um Berichterstattung zu generieren. Das sieht man hier an der AfD-Fraktion. Das sieht man auch daran, dass der Kollege Lambrou in den vergangenen Sitzungen hier einen Mund-Nasen-Schutz getragen hat – und heute trägt er ihn nicht. Daran sieht man, dass das eine Inszenierung dieser Fraktion ist, um öffentliche Meinung, öffentliche Berichterstattung zu generieren. Wir verurteilen das. Ich sage auch im Namen meiner Fraktion, dass wir das im Ältestenrat aufrufen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, DIE LINKE und auf der Regierungsbank)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Kollege Frömmrich. – Für die Fraktion der AfD darf ich Herrn Kollegen Richter das Wort erteilen.

Volker Richter (AfD):

Ich muss hier einmal klarstellen: Das, was Sie hier machen, ist genau das, was wir seit Januar, Februar, März kritisieren. Was Sie hier betreiben, ist eine Inszenierung,

(Beifall Dr. Frank Grobe (AfD))

eine Vorführung anderer. 90 oder 80 % derjenigen, die hier sitzen, haben Masken auf, die überhaupt nichts bringen. 80 % der Leute, die hier sitzen, tragen diese, um nach außen zu tragen, was auch immer sie wollen. Wenn man auf den Gängen die Masken trägt, mag das medizinisch, wissenschaftlich absolut gegeben sein. Wenn ich an meinem Platz sitze, wo ich zu anderen Leuten einen entsprechenden Abstand habe – wir sitzen hier mit sechs Leuten; wir sitzen hier nicht mit 18 Leuten –, dann ist die Übertragung des Virus – Entschuldigung – vor Ort nicht gegeben.

(Beifall Robert Lambrou (AfD))

Wenn Sie es in diesem Land nicht verstehen, den Menschen klarzumachen, dass es eine gewisse Freiwilligkeit gibt, und Sie vielmehr eine gewisse Verpflichtung machen wollen, gehen Sie in die Richtung eines totalitären Staates. Ich werde jetzt damit aufhören, weil das hier gar nichts zu suchen hat. Sie gehen in die Richtung eines totalitären Staates.

(Beifall AfD – Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Hey, hey, hey!)

Sie gehen in die Richtung, dass Sie die medizinischen, wissenschaftlichen Erkenntnisse überhaupt nicht aufnehmen. Vielmehr politisieren Sie alles. Bitte schauen Sie sich noch einmal Ihre Modeaccessoires an, worauf „CDU“ steht. Das sind keine Masken, die eine Virenübertragung abhalten. Bei aller Liebe, wer das hier sagt, macht sich lächerlich. – Danke.

(Beifall AfD)

Präsident Boris Rhein:

Kolleginnen und Kollegen, ich habe jetzt noch ein paar Wortmeldungen. Ich habe noch Herrn Felstehausen, den Kollegen Tipi und den Fraktionsvorsitzenden der Freien Demokraten, den Kollegen Rock, auf der Rednerliste.

Herr Kollege Richter, ich will noch auf Folgendes hinweisen: Dass dieses Parlament in Richtung eines totalitären Staates geht,

(Günter Rudolph (SPD): Eine Unverschämtheit!)

weise ich ausdrücklich zurück.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, Freie Demokraten, DIE LINKE und auf der Regierungsbank)

Herr Kollege Richter, ich will Ihnen sagen: Ich bin derjenige, der hier die Sitzungsleitung hat, der am wenigsten rügt. Ich will Ihnen aber in aller Deutlichkeit sagen: Ich bin empört über diese Wortwahl. Dieses Parlament ist die demokratisch gewählte Volksvertretung aller Hessinnen und Hessen. Ich kenne keinen einzigen Beschluss dieses Hauses, der in die Richtung eines totalitären Staates geht.

(Lebhafter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, Freie Demokraten, DIE LINKE und auf der Regierungsbank)

Ich glaube, Sie sollten in sich gehen und sich fragen, ob die übergroße Mehrheit aller Hessinnen und Hessen ein Parlament gewählt hat, das Maßnahmen ergreift, die in eine totalitäre Richtung gehen. Ich bitte Sie eindringlich darum, Herr Kollege Richter, in sich zu gehen und sich das wirk-

lich vor Augen zu führen, was Sie diesem Parlament und damit den Bürgerinnen und Bürgern hier mit diesem Anspruch gesagt haben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Freie Demokraten)

Ich möchte jetzt, wenn Sie einverstanden ist, die Wortmeldungen, die mir noch vorliegen, aufrufen. Dann schlage ich Ihnen vor, dass wir in die Debatte eintreten, dass wir uns die Regierungserklärung anhören und dass wir dann in den Austausch der Argumente gehen; denn die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes erwarten Lösungen von uns. Sie erwarten von uns Antworten auf ihre Probleme und nicht die Befassung mit einer derartigen Geschäftsordnungsfrage. Das wollen wir anhand der Regierungserklärung und des dann folgenden Austauschs über die Regierungserklärung tun. Ich glaube, das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern im Lande Hessen schuldig. Ich würde Ihnen vorschlagen, dass wir alles Weitere zu diesem Sachverhalt im Ältestenrat am nächsten Dienstag erörtern.

Kollege Felstehausen, Sie haben das Wort.

Torsten Felstehausen (DIE LINKE):

Herr Landtagspräsident, vielen Dank für die Worterteilung. – Was wir hier jetzt gerade feststellen, ist tatsächlich ungeheuerlich. Ich bezeichne das als einen Angriff auf demokratische Organe. Sie wissen, was Sie damit anrichten, wenn Sie sich so verhalten, nämlich in zweierlei Hinsicht: einmal in Bezug auf die Akzeptanz von Maßnahmen. Wir haben uns heute hier in einer Sondersitzung getroffen, weil wir eine dramatische Situation haben und weil wir auch an die Hessinnen und Hessen appellieren wollen, jetzt besonnen zu handeln. Das, was Sie hier machen und was Sie hier vorführen, ist genau das Gegenteil dessen, was wir heute zum Ausdruck bringen wollen und müssen.

Das Zweite ist: Herr Richter, wenn Sie sagen, Masken würden doch gar nichts bringen, dann sage ich Ihnen: Wir kennen die AfD inzwischen gut genug, um zu wissen, dass Sie von jeglicher Wissenschafts- und Erkenntnistheorie vollkommen befreit sind.

(Zuruf AfD: Das beweisen Sie gerade! – Dr. Frank Grobe (AfD): Die Welt ist eine Scheibe!)

Ich möchte nur einmal daran erinnern – und das ist Konsens in jeglicher Wissenschaft –, was die Verbreitung der Aerosole angeht. Das betrifft auch diesen Raum. Natürlich bringen auch Masken etwas zum Schutz von sich selbst und der anderen.

Zum Letzten. Herr Richter, wenn Sie sagen, Sie wären bereit, im Haus Masken zu tragen, dann möchte ich nur darauf hinweisen: Eines Ihrer Fraktionsmitglieder – das ist mir selbst widerfahren – drängelt sich ohne Maske in einen Fahrstuhl, wo sich Maskenträger aufhalten, und sagt, ihn würde das nichts angehen. – Das ist die Haltung der AfD, das ist die Ignoranz gegen alles, was demokratische Prinzipien angeht. Ihr Ziel ist es, uns hier lahmzulegen. Wenn Sie das nicht inhaltlich schaffen, dann versuchen Sie das auf diesem Weg. Das müssen wir deutlich zurückweisen.

(Beifall DIE LINKE, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Kollege Felstehausen. – Die nächste Wortmeldung – Kollege Tipi hat zurückgezogen – kommt von Herrn Kollegen Rock. Bitte schön.

René Rock (Freie Demokraten):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich finde, wir sollten die Debatte im Ältestenrat weiter führen, weil die Bürgerinnen und Bürger von uns eine seriöse Befassung mit dieser Herausforderung durch die Pandemie in unserem Land erwarten. Alle Fraktionen, die von der Landesregierung einfordern, dass sie sich ernsthaft den Herausforderungen stellt, und die der Auffassung sind, dass das Parlament der richtige Ort ist, die Ängste der Bürger ernst zu nehmen, sollten sich nicht an einer solchen Debatte beteiligen. Ich denke, die Bürgerinnen und Bürger können sich selbst ein Bild davon machen, wer sich hier wie verhält. Das ist, so glaube ich, ausschlaggebend. Darum machen wir das hier auch.

Herr Lambrou, ich möchte Sie ausdrücklich und ganz persönlich als Abgeordneter, der neben Ihnen sitzt, bitten – das ist ein ganz enges Fenster, in dem wir hier sitzen –, dass Sie mir gegenüber Respekt zollen und heute eine Maske tragen. – Vielen Dank.

(Beifall Freie Demokraten, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE und auf der Regierungsbank)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Kollege Rock.

Ich rufe damit die Entschuldigungen des heutigen Tages auf. Entschuldigt fehlen die Kollegin Ulrike Alex, SPD, Kollege Decker, SPD, Kollege Karl Hermann Bolldorf, AfD, Kollege Dirk Gaw, AfD, und – wie bereits gehört – der Kollege und Ministerpräsident Volker Bouffier, CDU. Ich darf fragen, ob es weitere Entschuldigungen gibt. – Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Dann gibt es auch noch ein paar erfreuliche Dinge, nämlich runde Geburtstage. Ihren 40. Geburtstag konnten die Kollegin Sandra Funken am 15. Oktober und der Kollege Moritz Promny am 29. Oktober feiern. Frau Funken gehört, wie wir alle wissen, der Fraktion der CDU an und Herr Kollege Promny den Freien Demokraten. Alles Gute, herzlichen Glückwunsch, vor allem viel Gesundheit.

(Allgemeiner Beifall)

Wir freuen uns, dass Sie Kolleginnen und Kollegen von uns sind. Wir hoffen, dass Sie trotz der misslichen Bedingungen ein wenig feiern konnten.

Heute darf ich der Kollegin Böhm von der Fraktion DIE LINKE gratulieren – das ist nun wirklich ein toller Anlass, so zusammzukommen. Frau Kollegin Böhm, heute haben Sie Geburtstag, alles Gute für Sie. Ich sehe schon einen Blumenstrauß von Frau Wissler an Frau Böhm gehen, und der liebevolle Kollege Lotz wird der Kollegin unter Einhaltung der Abstandsregelung eine gute Flasche hessischen Weines überreichen.

(Allgemeiner Beifall – Janine Wissler (DIE LINKE) überreicht einen Blumenstrauß, Schriftführer Heinz Lotz überreicht ein Weinpräsent.)

Damit bin ich am Ende der amtlichen Mitteilungen angelangt.

Ich darf den **Tagesordnungspunkt 1** aufrufen:

Regierungserklärung**Hessischer Ministerpräsident****Aktuelle Entwicklung im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie**

Die Regierungserklärung wird gehalten durch den stellvertretenden Ministerpräsidenten. Die Redezeit beträgt 40 Minuten je Fraktion. Ich will Sie noch die vereinbarte Rednerreihenfolge wissen lassen: Die Landesregierung wird mit Herrn Al-Wazir beginnen. Dann kommt die SPD, dann kommt die CDU, dann kommt die AfD, dann kommen die Freien Demokraten, dann DIE LINKE, dann die GRÜNEN und dann – so sie denn wollen – die fraktionslosen Abgeordneten.

Herr Staatsminister Al-Wazir, ich darf Ihnen das Wort erteilen.

Tarek Al-Wazir, stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe zwei Vorbemerkungen. Erstens. Grüße auch von dieser Stelle an den Ministerpräsidenten. Er sagte heute Morgen am Telefon, dass dies das erste Mal in knapp 40 Jahren sei, dass er den Beratungen des Hessischen Landtages als Zuschauer folge. Deswegen alles Gute und Gruß nach Gießen.

(Allgemeiner Beifall)

Zweitens. Ich finde, gerade angesichts dessen, was uns heute hier zusammengebracht hat, nämlich einer wirklich besorgniserregenden Entwicklung bei den Infektionen, das Verhalten von manchen hier im Saal verantwortungslos und letztlich demokratieverachtend.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, vereinzelt Freie Demokraten, DIE LINKE und auf der Regierungsbank)

Die Corona-Pandemie und ihre Folgen wüten auf der ganzen Welt, greifen praktisch in alle Lebensbereiche ein und sind für jeden Einzelnen von uns, für unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt, unser soziales, wirtschaftliches und kulturelles Leben eine außerordentliche Belastung.

Wir haben immer noch keine wirksamen Medikamente und auch noch keinen Impfstoff. Es ist die größte Herausforderung für uns alle seit dem Bestehen unseres Landes. Über diese Herausforderungen dürfen wir uns keine Illusionen machen. Ich bin aber gleichzeitig davon überzeugt, dass wir diese Herausforderungen bestehen, wenn wir klug und besonnen handeln und zusammenstehen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und auf der Regierungsbank)

Nach der ersten Welle im Frühjahr und der Entspannung im Sommer war uns klar, dass diese Pandemie kein Sprint, sondern ein Marathonlauf werden wird. Wir hatten aber doch alle die Hoffnung, dass sich die positive Entwicklung des Sommers fortsetzen würde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Realität hat uns eines anderen belehrt. Die Corona-Pandemie ist nicht nur noch da, sie hat sich mit voller Wucht und sehr gefährlich weiterentwickelt. Die Lage ist in Deutschland und auch in Hessen ernst, und wir müssen alles tun, um eine nationale Gesundheitsnotlage zu vermeiden. Dem dienen alle unsere Maßnahmen, und es ist notwendig, jetzt zu handeln, damit wir nicht später zu noch schwierigeren und noch einschneidenderen Maßnahmen greifen müssen.

Aus diesem Grund haben sich die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten sowie die Bundeskanzlerin und die Bundesregierung am Mittwoch auf eine ganze Reihe von Maßnahmen verständigt, und das hessische Corona-Kabinetts hat diese Beschlüsse am Donnerstag für Hessen umgesetzt. Die entsprechenden Maßnahmen sind zwischenzeitlich veröffentlicht und allseits bekannt und werden am kommenden Montag in Kraft treten.

Diese Beschlüsse haben ein vielfältiges Echo erfahren: zum Teil erhebliche Kritik, aber auch deutliche Zustimmung.

Der Präsident des ifo Instituts bestätigt unsere Maßnahmen ausdrücklich. So erklärte er im „Handelsblatt“ von gestern – Zitat –:

Ein Verzicht ... [auf den Lockdown light] würde ... in ein gesundheitliches und wirtschaftliches Desaster führen.

Dabei kann man insgesamt festhalten, dass bis auf die notorischen Corona-Leugner oder -Ignoranten, die ganz große Mehrheit der Menschen in unserem Land die Überzeugung teilt, dass dringendes Handeln erforderlich ist.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Weniger eindeutig ist die Reaktion, wenn es um die Frage geht, was nun konkret zu tun sei.

Wir bekommen viele Zuschriften, und nicht selten ist dort die Formulierung zu finden: Ich möchte nicht in der Haut der Politiker stecken. – Das zeigt, dass viele unserer Bürgerinnen und Bürger durchaus verstehen, dass es in einer solchen Lage, zu deren Bewältigung es weder Vorbilder noch erprobte Rezepte gibt, auf die man zurückgreifen könnte, sehr schwierig ist, angemessen zu entscheiden.

Wir können uns als Landesregierung aber nicht nur auf das Kritisieren beschränken. Wir müssen handeln, sehr verehrte Damen und Herren.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb ist es notwendig, zu erläutern, nach welchen Grundüberzeugungen und nach welchem Konzept wir unsere Entscheidungen treffen.

Wir sind ein freies Land, und unsere ganze Ordnung beruht auf den Grundgedanken der persönlichen Freiheit und des demokratischen Miteinanders. Uns ist daher sehr klar, dass jede der einschneidenden Maßnahmen in der Regel auch immer ein Einschnitt in die Grundrechte der Menschen ist. Das bedeutet, dass jede Maßnahme sehr sorgfältig abgewogen und auf ihre Verhältnismäßigkeit geprüft werden muss. Diese Haltung leitet unser Handeln.

Wir gehen dabei von zwei Grundüberzeugungen aus. Zum Ersten ist Politik gut beraten, wenn sie in einer solchen Situation darauf hört, was die Wissenschaft und die Fachleu-

te in den Krankenhäusern und Gesundheitsämtern uns empfehlen. Zum Zweiten ist für uns maßgeblich, dass wir für unsere Entscheidungen die Akzeptanz der Bevölkerung erreichen und erhalten müssen.

Uns ist bewusst, dass man auf Dauer nicht mit Vorschriften und Ordnungsbehörden ein Land führen und die Gesellschaft zusammenhalten kann. Dies kann nur gelingen, wenn die Menschen die getroffenen Maßnahmen akzeptieren und auch aus ihrer eigenen Überzeugung heraus befolgen. Dies ist bislang, wie alle Umfragen belegen, in ganz großem Maße gelungen, und ich bin sicher, dass dies auch für die jetzigen Maßnahmen so sein wird.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Ich bedanke mich deshalb bei der ganz überwältigenden Mehrheit unserer Bürgerinnen und Bürger für dieses Verhalten.

Unser Verständnis als Landesregierung ist, dass die Bürgerinnen und Bürger Partnerinnen und Partner sind, die aus Eigeninteresse und Vernunft den Maßnahmen folgen und nicht als Untertanen dazu gezwungen werden. Wir sind weiter dringend darauf angewiesen, dass Vernunft und Eigenverantwortung die Bürgerinnen und Bürger leiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist auch der Grund, warum wir der Forderung des SPD-Gesundheitsexperten Karl Lauterbach, auch in Privatwohnungen Corona-Kontrollen vorzunehmen, nicht folgen.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Marius Weiß (SPD): Hat er doch gar nicht gefordert!)

Es ist der Respekt vor dem besonderen Schutz der unmittelbaren persönlichen Umgebung in der eigenen Wohnung und das Vertrauen darauf, dass der Respekt des Staates vor dem besonderen Schutz der Wohnung nicht missbraucht wird.

Der Erfolg aller Maßnahmen wird nur eintreten, wenn alle – jeder und jede für sich und seine und ihre Familie – schon aus Eigeninteresse und Vernunft bereit sind, mitzuhelfen, dass wir gemeinsam diese Herausforderung meistern.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich füge hinzu: Wir dürfen nicht zulassen, dass die Mehrheit, die sich vernünftig verhält, unter der Ignoranz und „Wurstigkeit“ der Unvernünftigen leiden muss.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Hermann Schau (DIE LINKE))

Zurück zu unserer ersten Grundüberzeugung: Was sagt uns die Wissenschaft? Was empfehlen uns die Praktikerinnen und Praktiker in den Kliniken und Gesundheitsämtern? Auch hier gibt es natürlich eine mittlerweile fast nicht mehr überschaubare Flut an Äußerungen – gelegentlich auch völlig gegensätzliche –, aber das Wesentliche ist klar: Das Robert Koch-Institut meldet nahezu täglich neue Höchstzahlen der Infektionen.

Ich erinnere alle daran: Als uns die Kanzlerin vor ca. drei Wochen in ihrer Modellrechnung vorhersagte, dass wir, wenn die Entwicklung so weitergehe, zu Weihnachten 19.000 Infektionen pro Tag hätten, begleiteten wohl die al-

lermeisten – ich bekenne ausdrücklich: auch ich – dies mit ungläubigem Staunen.

Heute – ich wiederhole: heute – müssen wir feststellen: Sie hatte nicht nur recht, sondern die Entwicklung ist schon jetzt für Ende Oktober/Anfang November eingetreten, genauer gesagt: heute. Das RKI meldet am heutigen Tag 19.059 Neuinfektionen.

Ein Blick auf Hessen zeigt, dass diese Entwicklung auch uns erfasst hat. Zum heutigen Tag sind insgesamt 40.998 Infektionen in Hessen bestätigt worden. Das war von gestern auf heute ein Zuwachs von 1.904 Fällen und damit von so vielen wie noch nie. 646 Menschen sind mittlerweile in Hessen an oder mit COVID-19 verstorben. Die Inzidenz für Hessen insgesamt beträgt mittlerweile 150,9. Das ist ein Wert, den wir uns vor Kurzem nicht vorstellen konnten.

Die Infektionen sind überall rasend angestiegen. Wir haben am heutigen Tag noch einen einzigen Kreis, den Werra-Meißner-Kreis, in Hessen, dessen Inzidenzwert unter 50 liegt. Alle anderen sind mittlerweile im roten oder im tiefroten Bereich mit Inzidenzzahlen von teilweise über 200. Auch bei uns steigen nicht nur die Zahlen der Infektionen rasant, sondern in der Folge auch die der Bettenbelegung mit COVID-19-Patienten in den Krankenhäusern und der schweren Erkrankungsverläufe.

Ich will Ihnen das beispielhaft an diesem Bild deutlich machen.

(Der Redner hält eine Grafik hoch.)

Sie können hier sehen, wie sich die Fälle seit Ende Juli bis zu den letzten Tagen entwickelt haben. Nachdem wir von Ende Juli bis praktisch Mitte September eine sehr verhaltene Entwicklung hatten, ist in der Zeit von Mitte September bis Anfang Oktober ein deutlicher Anstieg und seit Mitte Oktober in den letzten zwei Wochen ein drastischer Anstieg um 150 % der Bettenbelegung durch COVID-19-Patienten zu verzeichnen. Schon heute haben wir mehr COVID-19-Patienten in den Krankenhäusern als beim Höchststand in der ersten Welle im Frühjahr. Sie sehen: Wir müssen handeln.

(Der Redner hält eine weitere Grafik hoch.)

Wenn Sie auf das zweite Bild schauen, können Sie sehen, wie sich die Entwicklung bei den schweren Fällen abzeichnet, also bei den Patienten, die beatmet werden müssen. Nach einer sehr moderaten Entwicklung bis Anfang September gab es einen Anstieg, der sich gegen Ende September deutlich beschleunigte und seit Mitte Oktober drastisch steil nach oben geht.

Wir wissen, dass sich nach ca. zwei oder drei Wochen das Infektionsgeschehen in den Krankenhäusern zeigt. Das, was Sie auf den Charts gesehen haben, ist also das Ergebnis der Infektionen von vor zwei oder drei Wochen. Wir müssen deshalb davon ausgehen, dass die Infektionen, die zurzeit im Land stattfinden, zu einer weiteren Erhöhung führen werden. Diese Entwicklung, die sich immer schneller vollzieht, lässt keinen Zweifel daran, dass wir handeln müssen, und zwar jetzt.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und auf der Regierungsbank)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind zurzeit noch in der Lage, die erkrankten Menschen angemessen zu behandeln. Wir sind auch in der Lage, noch zusätzliche

Betten zu aktivieren. Aber es kommt nicht nur auf die Bettenzahl an, sondern insbesondere auch auf die Zahl der Pflegekräfte. Betten ohne Pflegekräfte helfen nicht weiter. Da aber nicht nur die Zahl der Pflegekräfte begrenzt ist, sondern wir in diesem Bereich auch einen deutlichen Anstieg der Infektionen erkennen, muss auch dieser Umstand zu raschem Handeln führen.

Die gleiche Empfehlung gibt uns die Nationale Akademie der Wissenschaften, Leopoldina. Der Präsident der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin, Prof. Janssens, hat uns dazu am Mittwoch erklärt:

Es ist jetzt schon nachweislich schlimmer als im Frühjahr.

Und:

In 14 Tagen haben wir die schweren Krankheitsfälle, und unsere großen Zentren kommen unter Maximalbelastung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Fakten und diese Mahnungen dürfen und können wir nicht ignorieren, und deshalb müssen wir handeln.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für dieses Handeln ist entscheidend, dass es uns gelingt, die weitere Ausbreitung der Pandemie zu verhindern, indem die Infektionsketten unterbrochen werden.

Dies kann wiederum nur gelingen, wenn die Wege der Infektion nachverfolgt werden können – zum einen, um die Menschen zu schützen, die noch nicht infiziert sind, und zum anderen, um möglichst das Infektionsgeschehen so lokalisieren zu können, dass gezielte Maßnahmen möglichst rasch wirken. Die Nachverfolgung bleibt daher ein zentraler Baustein unseres Konzepts.

Zur Erinnerung: Wir haben uns in ganz Europa und damit auch in Deutschland und in Hessen darauf verständigt, dass bis zu einer Inzidenz von 50 pro 100.000 Einwohnern in sieben Tagen eine Nachverfolgung durch die Gesundheitsbehörden noch möglich ist. Darüber hinaus, so die allgemeine Überzeugung, ist dies selbst gut ausgestatteten Gesundheitsämtern allenfalls schwer möglich. Diese Argumentation haben das Europäische Parlament, der Deutsche Bundestag und praktisch alle Institutionen übernommen. Auf diesen Überlegungen baut auch unser hessisches Eskalationsstufenkonzept auf, das wir mit den Kommunen gemeinsam erarbeitet und schon im Juli dieses Jahres vorgelegt haben.

Des Weiteren haben wir in Hessen ein bundesweit einmaliges Stufenkonzept für Krankenhäuser, das uns in die Lage versetzt, angemessen zu reagieren. Der Planungsstab „Stationär“ im Sozialministerium steuert die medizinische Lage nach einem Stufenkonzept, das sich an Lage und Notwendigkeit orientiert. Unnötiger Leerstand wird so vermieden, Patientinnen und Patienten können auf diese Weise zeitnah in weniger belastete Krankenhäuser verlegt, zusätzliche Kapazitäten und Betten in besonders belasteten Krankenhäusern geschaffen werden.

Dieses Konzept wurde ausdrücklich auch von der Wissenschaft gelobt. Wie Sie aus einem Artikel in „Zeit online“ von vorgestern lesen können, haben die Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin durch den Präsidenten, Prof. Dr. Janssens, und der bekannte Lungenspezialist Prof. Ka-

ragiannidis Folgendes ausgeführt – ich zitiere diesen voran erwähnten Bericht in der „Zeit“ –:

Sowohl Karagiannidis als auch Janssens sehen Hessen als Vorbild. Letzterer bringt es auf den Punkt: „Es ist Zeitverschwendung, wenn in 16 Bundesländern 16-mal das Rad neu erfunden wird. Ein gutes System sollte bundesweit übernommen werden.“

Wenn unser Konzept also solch außergewöhnlich positive Beurteilung erfährt, so bestätigt das unsere Arbeit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und auf der Regierungsbank)

Unser Weg hat sich bewährt. Er hat sich nicht zuletzt auch deshalb bewährt, weil alle im Gesundheitswesen Tätigen, ob in den Krankenhäusern, niedergelassenen Praxen oder Gesundheitsämtern, ganz Außerordentliches geleistet haben und unseren gemeinsamen Respekt, aber vor allen Dingen unseren Dank verdienen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und auf der Regierungsbank)

Trotz dieses großartigen Einsatzes melden uns nun aber die Gesundheitsämter, dass bei Infektionszahlen von zum Teil über 200 Inzidenzen eine Nachverfolgung schlicht nicht mehr möglich ist. Bei dieser Sachlage ist ein zentrales Element der Pandemiebekämpfung nicht mehr wirksam, und das Infektionsgeschehen gerät außer Kontrolle.

Dies belegt auch die Studie des RKI, wonach mittlerweile fast 80 % der Infektionen nicht mehr zugeordnet werden können. Vorher konnte man sagen, der Grund eines Ausbruchsgeschehens war in einem Altersheim dort, eine Hochzeitsfeier da oder Partys bei diversen Anlässen. Dies ist jetzt nicht mehr möglich. Jetzt haben wir die Infektionen überall, und zu 80 % können wir nicht mehr sagen, wo sie eigentlich herkommen.

Auch die Konzentration auf die großen Städte ist vorbei. Hatten wir in Hessen zunächst besondere hohe Zahlen im Rhein-Main-Gebiet, so ist unser Land mittlerweile flächendeckend erfasst und erreicht z. B. im Landkreis Marburg-Biedenkopf Werte von über 250.

Um diese Pandemie im Wege der Nachverfolgung und Kontrolle wieder in den Griff zu bekommen – darum geht es –, müssen wir deshalb alles daransetzen, wieder auf Zahlen zurückzukommen, die die Inzidenz 50 nicht überschreiten.

Wenn die Wissenschaft und die Praxis uns darauf hinweisen, dass die Infektionsketten unterbrochen werden müssen, gleichzeitig uns aber nicht sagen können, wo und unter welchen Umständen einzelne Maßnahmen wirklich weiterhelfen, weil man nicht mehr weiß, woher die Infektionen kommen, helfen uns einzelne Maßnahmen auch nicht weiter, und wir müssen flächendeckend handeln. Das ist auch der Grund, warum wir unser Ziel, im Gegensatz zum bisherigen Verhalten, nicht mehr mit lokalen oder spezifischen Einschränkungen in einzelnen Bereichen erreichen können.

Wenn man sich das klarmacht, kann es deshalb auch nicht mehr darauf ankommen, ob an dieser oder an jener Stelle ein exzellentes, ein gutes oder ein nicht so gutes Hygienekonzept vorliegt. Es muss im Gegenteil darauf ankommen, dass wir eine möglichst breite Wirkung mit unseren Maßnahmen erzielen. Meine sehr verehrten Damen und Herren,

alle Maßnahmen zusammen müssen die richtige Wirkung entfalten.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will für die Landesregierung ausdrücklich sagen:

(Zuruf René Rock (Freie Demokraten))

– Herr Kollege Rock, es geht um die Frage der Hygienekonzepte an einzelnen Orten und in einzelnen Bereichen.

(Zuruf René Rock (Freie Demokraten))

Ich verstehe durchaus Kritik – ausdrücklich. Ich verstehe auch Enttäuschung und manchmal vielleicht sogar Wut. Das haben wir in den letzten zwei Tagen in der Öffentlichkeit vielfach feststellen können. Aber, meine Damen und Herren, was heißt das denn? Was folgt daraus?

Alle sind sich einig, dass dringend etwas getan werden muss. Nur, wenn es konkret wird, erklären die einen mit guten Gründen, dass das kulturelle Leben selbstverständlich nicht zum Erliegen kommen darf; die Sportverbände erklären Gleiches für die wichtige Funktion des Sports; und nicht zuletzt weist die Wirtschaft darauf hin, dass das Wirtschaftsleben natürlich nicht noch mehr belastet werden darf und z. B. die Reisebranche nicht weiter beschränkt werden darf.

Das ist alles richtig und trotzdem keine Lösung. Wenn ich alle Einwände zusammenzähle, dann bleibt praktisch nichts übrig, was getan werden könnte. Diese Konsequenz kann nicht ernsthaft das Ergebnis unserer Diskussion sein.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Interesse des Gesundheitsschutzes unserer Bevölkerung müssen wir eine flächendeckende Wirkung erzielen und dabei auch Kritik an unseren Maßnahmen in Kauf nehmen. Mir ist aber sehr wichtig, dass wir mit unseren Maßnahmen sehr wohl nicht nur einschränken, sondern auch helfen.

Wir helfen, um den Betroffenen gerade in der Wirtschaft über die schwierige Phase hinwegzuhelfen. Dies haben wir schon von Beginn an mit den Sofort- und Überbrückungshilfen sowie nicht zuletzt auch mit unserem Gute-Zukunft-Sicherungsgesetz getan.

Jetzt bei der vierwöchigen Schließung bestimmter Bereiche kommt noch eine besondere Hilfe für alle direkt Betroffenen in den Gaststätten, Kinos, Hotels, Kultureinrichtungen, Fitnessstudios etc. hinzu. Sie alle erhalten eine Wirtschaftshilfe in Höhe von 75 % des Umsatzes des Novembers des vergangenen Jahres. Das gilt für Betriebe mit bis zu 50 Beschäftigten und bei größeren Betrieben wegen des EU-Beihilferechts in abgespeckter Form. Diese am Mittwoch in der Ministerpräsidentenkonferenz mit der Bundesregierung entwickelte Wirtschaftsbeihilfe ist völlig neu. Sie soll möglichst rasch und unbürokratisch gerade denen helfen, die jetzt wirtschaftlich in besonderer Weise betroffen sind.

Es ist also nicht so, dass diejenigen, die jetzt nicht aufmachen können, vor dem Nichts stehen. Ihnen wird geholfen, und zur Stunde verhandeln der Bund und die Länder über die einzelnen Details. Wir in Hessen haben uns bereits vorbereitet und werden die Abwicklungen so zügig wie möglich vornehmen. Wir sind dabei auf die Vorgaben des Bundes angewiesen, da ein solches Programm nur bundeseinheitlich vollzogen werden kann.

Diese Wirtschaftshilfe soll für alle Unternehmen gelten, auch für den wirtschaftlichen Betrieb von Vereinen und – was mir besonders wichtig ist – auch für die sogenannten Soloselbstständigen und für diejenigen, die praktisch keine oder nur ganz geringe Betriebskosten haben und deshalb von den bisherigen Programmen in der Regel nicht profitieren konnten. Diese Einbeziehung der Soloselbstständigen ist für mich ein ganz besonders wichtiger Punkt. Wir haben im Landtag oft darüber diskutiert und waren gemeinsam der Auffassung, dass der Bund sein Verhalten ändern sollte. Ich freue mich darüber, dass es jetzt gelungen zu sein scheint, auch den Soloselbstständigen eine klare Unterstützung zuteilwerden zu lassen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir bekommen häufig Schreiben, in denen Bürgerinnen und Bürger mitteilen, dass sie zwar verstehen, dass die Infektionsketten unterbrochen werden müssen, aber nicht verstehen, warum gerade sie schließen müssten, obwohl sich bei ihnen nur wenige Menschen träfen, aber die Schulen und Kitas, in denen sehr viele Menschen zusammenkommen, aufbleiben können. Die Argumentation solcher Schreiben lautet also: Warum Kneipe zu, aber Schule auf? Diese Frage stellt sich zu Recht, und man muss sie erklären. Aus epidemiologischer Sicht haben die Fragesteller zweifelsohne recht, aber hier ist abzuwägen.

Zunächst erscheint unbestritten, dass Kinder sowie Schülerinnen und Schüler ein deutlich geringeres Infektionsrisiko für sich selbst haben als ältere Menschen. Das ist aber nicht das Entscheidende. Entscheidend ist, dass wir nicht zulassen dürfen, dass unsere Kinder unter Umständen ein ganzes Schuljahr verlieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Schule ist mehr als Wissensvermittlung. Schule ist auch der zentrale Ort der Persönlichkeitsentwicklung und der sozialen Interaktion. Deshalb wollen wir auch, solange es irgendwie möglich ist, Präsenzunterricht aufrechterhalten.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was in der Schule verloren geht, lässt sich nur schwer oder gar nicht ersetzen. Das ist auch der Unterschied zur Wirtschaft. Fehlerhafte Wirtschaftsentscheidungen lassen sich leichter reparieren, finanzielle Belastungen mit entsprechenden Hilfen ausgleichen oder abmildern.

Die gleichen Überlegungen gelten im Grunde auch bei den Kitas. Es kommt aber noch etwas hinzu: Gerade in der ersten Welle haben wir doch gesehen, welche große Bedeutung für alle Familien dem verlässlichen Schulunterricht und der Betreuung in den Kitas zukommt. Gerade im Interesse der Wirtschaft müssen die Eltern zur Arbeit gehen können. Dies ist aber auf Dauer nur möglich, wenn Eltern und Familien sich auf eine verlässliche Betreuung einstellen können.

Aus gegebenem Anlass will ich noch darauf hinweisen, dass es für die Schulen auch ein mit der Kultusministerkonferenz abgestimmtes Eskalationsstufenkonzept gibt. Dieses Konzept baut auf den Empfehlungen des RKI und Inzidenzzahlen weit unter 50 oder knapp über 50 auf. Die aktuelle Entwicklung zeigt, dass das Festhalten an Inzidenzzahlen in diesem Bereich zu keinen vernünftigen Ergebnissen führt.

Die Landesregierung hat gestern mit den Kommunalen Spitzenverbänden erörtert, wie es in diesem Bereich wei-

tergeht. Wir sind übereingekommen, dass derzeit in Hessen kein Anlass für die sogenannte dritte Stufe dieses Konzepts, also den Wechselunterricht, besteht. Darüber wird der Kultusminister auch entsprechend mit den Schulen in die Diskussion gehen und sie darüber informieren. Wann, wie und ob ein genereller Übergang in die nächste Eskalationsstufe an den Schulen stattfindet, bleibt der weiteren Entwicklung vor Ort und der Entscheidung des Kultusministers vorbehalten. Konkret bleibt es deshalb derzeit landesweit bei der zweiten Stufe. Wir sind mit den Behörden vor Ort im Gespräch über das weitere Vorgehen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin überzeugt, dass unsere Maßnahmen notwendig, angemessen und verhältnismäßig sind. Dies zeigt übrigens auch ein Blick in unsere Nachbarländer in ganz Europa. Überall dort sind die Maßnahmen zum Teil sehr viel einschneidender und für die Menschen bedrückender. Ein Blick in unsere Partnerregionen macht das deutlich. In Frankreich, und somit auch in der Aquitaine, herrscht eine Ausgangssperre. Die Menschen dort können ihr Haus nur aus ganz besonderen Gründen verlassen und dürfen sich nicht mehr frei bewegen. Alle Läden sind geschlossen. In Polen, in unserer Partnerregion Wielkopolska, sind alle Schulen ab der 4. Klasse dauerhaft geschlossen. In Italien, in unserer Partnerregion Emilia-Romagna, werden bereits jetzt Schwerstkranke mit geringer Aussicht auf Heilung nicht mehr in den Krankenhäusern aufgenommen. Spanien hat gerade bis zum nächsten Mai den Notstand verhängt.

Meine Damen und Herren, dies ist schlimm für unsere Nachbarn, und wir fühlen sehr mit ihnen.

(Anhaltender Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE und vereinzelt Freie Demokraten)

Meine Damen und Herren, damit es nicht zu Verhältnissen wie in unseren Nachbarländern kommt, ergreifen wir die beschriebenen Maßnahmen. Unser Kurs ist und bleibt Besonnenheit, aber auch entschlossenes Handeln. Dieser Weg ist uns auch durch die Rechtsprechung ausdrücklich bestätigt worden. Wir haben in Hessen bisher fast 100 abgeschlossene Verfahren gegen das Land. Dabei haben wir ein einziges Verfahren teilweise verloren. Bei diesem ging es übrigens um die Öffnung der 4. Klassen, was zuvor bundesweit vereinbart wurde.

Wenn die Überprüfung der Rechtsprechung, also der dritten Gewalt, unsere Arbeit bestätigt hat, so freut mich das nicht nur, sondern, was viel wichtiger ist, es ist auch ein wichtiger Grund für die Akzeptanz der Maßnahmen in der Bevölkerung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Akzeptanz in der Bevölkerung ist auch häufig das Argument dafür, dass die erste Gewalt, also der Landtag, sich mit den Maßnahmen beschäftigen soll. Durch eine solche Beschäftigung würden das Verständnis und die Akzeptanz in der Bevölkerung für die einzelnen Maßnahmen verbessert, so lautet die Begründung. Ich sage ausdrücklich für die ganze Landesregierung: Wenn uns dies heute gelingt, würde ich das außerordentlich begrüßen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber auch mit einem Missverständnis aufräumen: Es ist gelegentlich der Eindruck entstanden, der Landtag habe sich mit Corona sowie

den Folgen und Maßnahmen nicht beschäftigt. Das Gegenteil ist der Fall.

Der Hessische Landtag hat sich seit Beginn der Pandemie ständig mit diesen Fragen beschäftigt. Allein 30 Stunden haben wir uns im Plenum mit diesen Fragen auseinandergesetzt. Zwei Sonderplenarsitzungen und 33 Ausschusssitzungen mit 64 Anträgen zu genau diesen Fragen hat der Hessische Landtag abgehalten. 214 Kleine Anfragen, vier Berichtsanträge sowie Große Anfragen hat der Hessische Landtag an die Landesregierung gestellt. Das bedeutet, im Durchschnitt gingen an 170 Werktagen pro Tag ca. ein bis zwei parlamentarische Initiativen bei der Landesregierung ein. Bei einem solchen Sachverhalt kann man beim besten Willen nicht davon sprechen, dass der Landtag seine Aufgabe nicht wahrgenommen hätte oder die Regierung den Landtag nicht beteiligt oder informiert hätte.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Günter Rudolph (SPD): Der Landtag hat seine Aufgabe auch wahrgenommen!)

Die Bürgerinnen und Bürger werden durch die Landesregierung auch ständig unterrichtet. Allein im Bürgerbüro der Landesregierung sind seit dem 23. März fast 173.000 Anrufe und mehr als 28.000 Briefe und E-Mails eingegangen. Sie alle wurden durch die Staatskanzlei und die Ministerien, so gut wie es irgendwie möglich war, und im Gesundheitsbereich übrigens mit Unterstützung durch 86 Studierende aus medizinischen oder gesundheitsbezogenen Studiengängen, die dort ausgeholfen haben, sowie durch Ärztinnen und Ärzte vom medizinischen Dienst der Krankenkassen beantwortet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind Dimensionen, die teilweise in anderen Bereichen jegliche normale Verwaltung lahmlegen; und trotzdem haben wir es geschafft, in aller Regel zeitnah Antworten zu geben. Es ist mir daher heute ein großes Anliegen, allen Bereichen der Verwaltung, aber auch gerade denen, die Fragen der Bürgerinnen und Bürger beantworten, den herzlichen Dank der gesamten Landesregierung auszusprechen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben eine Vielzahl von Maßnahmen getroffen. Im Rahmen dieser Regierungserklärung ist es nicht möglich, auf alle einzugehen; aber einen Bereich möchte ich noch gesondert erwähnen.

Es ist uns allen ein Anliegen – da bin ich sehr sicher –, dass gerade die älteren und vorerkrankten Menschen besonders geschützt werden. Dies muss uns eine Verpflichtung sein, und deshalb ist es auch richtig, dass wir die Schnelltests zunächst besonders für diese Personengruppen zur Verfügung stellen. Es ist schwierig, das richtige Maß zu finden zwischen dem Schutz dieser Bevölkerungsgruppe auf der einen Seite, und es ihr auf der anderen Seite noch zu ermöglichen, am sozialen Leben teilzunehmen. Aus meiner Sicht kann es nicht sein, dass diese Menschen sozusagen weggesperrt werden.

Es muss deshalb möglich sein, einen Besuchskontakt aufrechtzuerhalten. Wir haben deshalb bewusst davon abgesehen, einschränkende Maßnahmen landesweit zu verordnen. Das heißt konkret, generell besteht Besuchsmöglichkeit.

Andererseits ist auch klar, dass dies nur im Einvernehmen mit den jeweiligen Trägern der Einrichtungen möglich ist. Zurzeit bemüht sich die Landesregierung, hier mit den Trä-

gern zu einer Lösung zu kommen, die auf der einen Seite den erhöhten Schutzbedürfnissen Rechnung trägt und auf der anderen Seite es ermöglicht, dass Menschen, die sich in Heimen aufhalten müssen, den regelmäßigen Kontakt mit ihren Familien aufrechterhalten können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gilt jetzt, auch in dieser schweren Zeit – und es ist eine schwere Zeit – nach vorn zu schauen und diese Gesellschaft beieinanderzuhalten. Ich habe erläutert, was für das Handeln der Landesregierung maßgebend ist und warum wir welche Maßnahmen ergriffen haben. Ich habe darauf hingewiesen, dass wir selbstverständlich auch Kritik verstehen und gegebenenfalls aushalten müssen. Auch andere Meinungen sind selbstverständlich zu tolerieren.

Was ich aber nicht tolerieren möchte, ist, wenn von Corona-Diktatur, autoritärem Staat oder totalitärem Staat gesprochen wird, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Ich will das sehr deutlich sagen: Das ist eine Unverschämtheit. Wer so redet, der verkennt nicht nur den Ernst der Lage, der hält nicht nur die Gesellschaft nicht zusammen, sondern der wiegelt auf und setzt auf Empörung.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf AfD: Umgekehrt!)

Ebenso fehlt mir jedes Verständnis, wenn der stellvertretende Vorsitzende einer Partei, die immerhin in drei Bundesländern die Landesregierung mit stellt, die Bevölkerung dazu auffordert, gegen die von den Ministern seiner eigenen Partei mitgetragenen Beschlüsse zu klagen. Was soll die Bevölkerung davon halten, wenn man gleichzeitig auf der einen Seite wichtige Entscheidungen trifft und auf der anderen Seite zur Klage aufruft? Ich kann das nicht verstehen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Günter Rudolph (SPD))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jede Bürgerin und jeder Bürger hat das Recht zur Klage. Das ist ein Grundrecht,

(Zuruf AfD: Aha!)

das in unserer Verfassung steht. Die spannende Frage ist jedoch, ob man Mitglied einer Partei sein kann, die diese Maßnahmen mitbeschließt und mitträgt, und gleichzeitig zur Klage dagegen aufruft. Das ist die spannende Frage.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf René Rock (Freie Demokraten) – Gegenruf Günter Rudolph (SPD) – Unruhe – Glockenzeichen)

Deswegen sage ich ausdrücklich: Hier kann es nicht um Parteipolitik gehen.

(Dr. Frank Grobe (AfD): Und warum machen Sie das?)

Schon ein Blick in alle Länder um uns herum zeigt, dass das völlig verfehlt ist.

(Zuruf Dr. Frank Grobe (AfD))

Egal, ob es liberale, sozialdemokratische oder konservative Regierungen in ganz Europa sind, selbst populistische Regierungen, alle reagieren auf Corona in gleicher Weise.

(Dr. Frank Grobe (AfD): Auch Schweden?)

Fast überall gibt es Notmaßnahmen. Fast überall gibt es Lockdowns oder teilweise Lockdowns, Ausgangssperren, das Schließen von Bars, Gastronomie, Schulen und Kitas, das Verbot von Kultur und Sport. Manche Städte werden sogar komplett abgesperrt, wie in Österreich oder in Belgien.

Die Maßnahmen in Deutschland und in Hessen sind im Vergleich dazu eher maßvoll, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich setze auf die Verantwortung und Vernunft der Bürgerinnen und Bürger, damit sie ausreichen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, vor uns liegt eine schwierige Zeit. Aber wir dürfen auch mit Zuversicht nach vorne blicken. Die Nachrichten über die Entwicklungen eines Impfstoffs sind erfreulich. Die Lebensumstände sind im Frühling und im Sommer jedenfalls wesentlich besser, um mit einer Pandemie umgehen zu können, als in dieser Zeit.

Deshalb, meine Damen und Herren: Hessen bleibt besonnen und schaut auch in schwierigen Zeiten mit Zuversicht in die Zukunft. – Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Staatsminister Al-Wazir. – Damit ist die Regierungserklärung gegeben. Die Rednerreihenfolge habe ich Ihnen bereits mitgeteilt. Ich eröffne die Aussprache und darf als erster Rednerin der Faktionsvorsitzenden der Sozialdemokraten, der Kollegin Nancy Faeser, das Wort erteilen.

Nancy Faeser (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! „Mögest Du in interessanten Zeiten leben.“ – Nach diesem Jahr verstehen wir endgültig, warum dieser Satz kein frommer Wunsch ist, sondern ein chinesischer Fluch. Wir leben in der Tat in interessanten Zeiten. Aber wir alle, die wir Verantwortung für unser Land tragen, können uns die Umstände nicht aussuchen. Wir sind hier, um diesen Umständen zu begegnen, kraftvoll und entschlossen.

(Beifall SPD)

Ich kann für meine Fraktion versichern: Die SPD wird – wenn es denn gewünscht ist – ihren Beitrag dazu leisten, um Hessen durch die Krise zu führen.

Wir alle kennen die steigenden Zahlen. Der stellvertretende Ministerpräsident hat es angesprochen. Wir sehen die Statistiken, diskutieren über Maßnahmen, beschließen Einschränkungen. Wir dürfen aber vor allen Dingen eines nicht vergessen: Hinter all diesen Zahlen stecken menschliche Schicksale. Ich denke an die Studentin in Marburg, die ihre Eltern seit März nicht gesehen hat. Ich denke an die Oma in Kassel, die sich vor einem langen Winter ohne Besuch fürchtet. Ich denke an die Schüler, die selbst zur Risikogruppe gehören und seit Monaten nicht am Unterricht teilhaben können. Ich denke an die Beschäftigten in unseren Krankenhäusern, die im Auge des Orkans stehen und

unglaublich viel geleistet haben. Mein herzlicher Dank an dieser Stelle.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE)

Auch in den Gesundheitsämtern wird irre viel geleistet. Diese sind schon lange weit über ihren Leistungsfähigkeiten. Man kann nicht am Anfang einen Marathon ankündigen, und dann geht er immer weiter. Das ist für die Beschäftigten eine Zumutung, obwohl dort schon viel geholfen wird.

Ich denke an die Menschen in ganz Hessen, die ihre Angehörigen durch das Virus verloren haben. Ich rufe ihnen von dieser Stelle aus zu: Eure Sorge ist unsere Sorge, und Ihre Trauer ist unsere Trauer. Wir stehen an Ihrer Seite in diesen schweren Zeiten.

(Beifall SPD und Ines Claus (CDU))

Meine Damen und Herren, ich denke zugleich an die vielen Menschen, die sich in dieser Zeit um ihre Existenz sorgen, an all jene in der Gastronomie, im Hotelgewerbe, im Einzelhandel, im Kulturwesen, in der Veranstaltungsbranche, bei den Schaustellern und den Zulieferern. Ich denke an die Menschen, die zwar Verständnis für viele der Maßnahmen haben, bei denen aber zur Angst vor dem Virus die Sorge um die eigene Existenz hinzukommt. Auch ihnen rufe ich zu: Wir sehen eure Lage, und wir stehen an eurer Seite.

(Beifall SPD)

Die SPD-Landtagsfraktion ist der Meinung, dass wir eine nationale Kraftanstrengung brauchen, um diese Infektionsspirale aufzuhalten und um diese Infektionswelle zu brechen. Noch nie ist eine Krise von jenen gemeistert worden, die deren Existenz verleugnet haben.

Es ist ein Virus, das da ist. Es ist gefährlich, und wir müssen es entschlossen bekämpfen. Wenn diese Gefahr auf der Straße, im Deutschen Bundestag oder auch hier im Hessischen Landtag verharmlost oder gar geleugnet wird, dann ist das vor allen Dingen eines: ein Schlag ins Gesicht all jener, die ihre Angehörigen durch dieses Virus verloren haben.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE)

Wenn wir dieses Virus bekämpfen wollen, dann kommt es auf uns alle an. Wir tragen alle Verantwortung. Wenn wir diese Verantwortung wahrnehmen, wenn wir uns solidarisch verhalten, dann kommen wir gemeinsam durch diese schwere Zeit, meine Damen und Herren.

Dazu gehört zwangsläufig, die Zahl der Kontakte drastisch zu reduzieren. Daran führt leider kein Weg vorbei. Wer mich persönlich kennt, der weiß, dass auch mir das schwerfällt. Das ist aber notwendig, um Leben zu retten. Es ist mir wichtig, das auch ganz deutlich zu sagen. Wir sind als SPD-Fraktion deshalb überzeugt, dass es jetzt notwendig ist, die Welle mit entschlossenen Maßnahmen zu brechen.

Aber auch in der Krise muss gelten: Alle Maßnahmen müssen geeignet, verhältnismäßig und für die Öffentlichkeit nachvollziehbar sein. Auch in der Krise darf es keinen Rabatt auf unseren Rechtsstaat geben.

(Beifall SPD und Yanki Pürsün (Freie Demokraten))

Man muss vor Inkrafttreten dieser Maßnahmen über diese diskutieren können. Es ist nicht mehr März, als alle aufgrund des Schocks der Infektionswelle alles akzeptiert haben ohne jegliche Erklärung und mit allem einverstanden waren. Wir sind weiter. Deshalb bedarf es echter Überzeugungsarbeit und Erklärungen. Herr stellvertretender Ministerpräsident, das war mir heute zu wenig.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Es wurde wissenschaftlich argumentiert. Das ist richtig. Ich teile das ausdrücklich. Wir kommen im Ergebnis auch zu den gleichen Schlüssen. Aber man muss den Menschen das erklären. Sie haben das aber nur an einer Stelle getan, nämlich bei der Frage, warum die Schule offen bleibt und die Gastronomie geschlossen wird. Ich glaube, man muss jede einzelne dieser Maßnahmen tatsächlich mit Argumenten belegen.

(Beifall Oliver Stirböck (Freie Demokraten))

Man muss sagen, warum die Restaurants schließen müssen und weshalb Restaurants Hotspots sind. Mir liegt eine Studie vor, in der erste Untersuchungen zeigen, dass die Ansteckung in Restaurants immerhin an vierter Stelle steht. Ich finde, dass man den Menschen solche Tatsachen mit an die Hand geben muss. Man muss ihnen deutlich sagen, dass wir im Moment drei von vier Infektionsgeschehen nicht mehr nachvollziehen können und dass deshalb diese Maßnahmen notwendig sind. Das muss man aber auch begründen.

(Beifall SPD, Yanki Pürsün und Stefan Müller (Heidenrod) (Freie Demokraten))

Diese Maßnahmen sind nun einmal sehr schmerzhaft. Es sollte unser aller Interesse sein, diese Sorgen und Nöte tatsächlich ernst zu nehmen. Meines Erachtens gehört es in diesen Tagen besonders dazu, ehrlich mit den Menschen umzugehen und zu sagen: Wir machen das alles deshalb, weil wir wollen, dass ihr zu Hause bleibt, und zwar nicht, um viele Freunde einzuladen, sondern um möglichst mit der eigenen Familie zu Hause zu bleiben und möglichst nur eine weitere zu treffen, weil wir ansonsten keine Chance haben, die hohe Infektionswelle zu brechen.

(Beifall SPD)

Diese dezidierten Erklärungen sind meines Erachtens das Gebot der Stunde. Es sollte nicht nur einfach verkündet werden.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Restaurants, Fitnessstudios und Schaustellerbetriebe – der stellvertretende Ministerpräsident hat es gesagt – erhalten bis zu 75 % des Umsatzes, den sie im November 2019 erzielt haben. Ich glaube, dass man da noch einmal genau hinschauen muss, weil nicht für alle der Umsatz im November 2019 maßgeblich ist. Ich habe aus Berlin gehört, man könnte auch einen Jahresdurchschnitt zugrunde legen. – Der Finanzminister nickt. Ich hoffe, es kommt dazu. Wir müssen alle gemeinsam aufpassen, dass nicht Teilbranchen hinten runterfallen. Insbesondere die Schausteller können nicht auf die Zahlen vom November 2019 zurückgreifen; denn da hatten sie so gut wie keine Umsätze. Man muss den Jahresdurchschnitt zugrunde legen. Ich hoffe, dass wir das gemeinsam erledigen können.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Mit Blick auf die hessische Verordnung sind noch einige Fragen offengeblieben: Warum beispielsweise müssen die Musikschulen in Hessen schließen? Auch dafür braucht es eine Erklärung; denn in Bayern bleiben sie geöffnet. Eine solche Erklärung erwarten wir in diesen Stunden von der Landesregierung. Vielleicht können Sie das auch einmal sagen. Bitte verkünden Sie das nicht einfach nur in Form von Verordnungen, sondern erklären Sie, warum Sie diese Einzelmaßnahmen vornehmen.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Außerdem ist es elementar wichtig, den Menschen zu erklären, warum sie draußen keinen Sport in Gemeinschaft machen sollen, obwohl das an der frischen Luft stattfindet. Da muss man den Menschen mitgeben, dass diese Entscheidung getroffen worden ist, um Sozialkontakte zu vermindern.

Das Gebot der Stunde ist, den Menschen zu erklären: Wir stehen vor einem zweiten Lockdown. – Aber da fehlen noch einige Erklärungen: Etwas nur zu verkünden, reicht nicht aus, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Ich will an dieser Stelle ein wichtiges Anliegen der Eltern in dieser Krise aufgreifen: Die Spielplätze sollen geöffnet bleiben. – Das halte ich, ausdrücklich gesagt, für richtig. Zugleich heißt es aber in der neuen Verordnung, dass jedes Kind nur ein weiteres Kind aus einem anderen Haushalt treffen soll. Das wird nicht funktionieren. Auf einem Spielplatz sind Kinder aus mehreren Haushalten; ich wüsste nicht, wie man die Vorgabe der Verordnung kontrollieren kann. Ich denke, hier braucht es eine Klarstellung, denn gerade die Kleinsten haben das geringste Ansteckungsrisiko. Vielleicht können wir gemeinsam eine Klarstellung treffen und sagen, dass die Spielplätze unter allen Umständen offen gehalten werden müssen; denn das ist für die Familien, die in engen Wohnungen leben, eine elementar wichtige Sache, um durch die Krise zu kommen.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Kinder und Jugendliche dürfen nicht zu Verlierern der Krise werden. Deshalb müssen wir alles dafür tun, die Kitas und Schulen geöffnet halten zu können. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt der neuen Maßnahmen. Dabei wäre es für uns entscheidend, die Klassengrößen zu reduzieren und alles dafür zu tun, dass die Abstände eingehalten werden können. Das ist aufgrund der räumlichen Situation in vielen Fällen selbstverständlich gar nicht möglich.

Deshalb ist mein Appell, den ich an dieser Stelle erneut an Sie richten will: Die Bildungspolitik ist ein sehr wichtiges Politikfeld – das habe ich vorgestern in einer Schalte angesprochen –, was die Einführung eines Wechselmodells an Schulen betrifft. Ein solches Wechselmodell bedeutet, die Zahl der Schüler auf die Hälfte zu reduzieren, damit man, gerade bei den derzeit hohen Infektionsraten, möglicherweise den Umfang des Busverkehrs reduzieren kann, da weniger Schülerinnen und Schüler zugleich zur Schule fahren müssen, und zudem digitale Konzepte anzubieten. Ich hatte gestern ein ganz gutes Gespräch mit dem Kultusminister; das sage ich deshalb, weil ich ihn nicht allzu häufig lobe. Ich bin aber ein bisschen erschüttert, was gestern Abend davon übrig geblieben ist. Es ist mitnichten so, dass es alle Kommunen gut finden, dass dieser Tage landesweit die Stufe 2 des Pandemieplans gelten soll; denn das Infektionsgeschehen in Hessen läuft ein Stück weit auseinander.

Als die Infektionszahlen hoch waren, sind bereits Schulzeiten nach dem Wechselmodell angeboten worden. Warum machen Sie das kaputt? Warum legen Sie nicht fest, ab welcher Inzidenzzahl man dieses System einführen kann? Dann könnte vor Ort entschieden werden, ob man das macht oder nicht.

(Beifall SPD)

Wir diskutieren über die einzelnen Punkte der Verordnung, bevor sie in Kraft treten. Deswegen hoffe ich, dass Sie zuhören und dass das, was wir heute parlamentarisch berechnen, irgendwo einen Widerhall findet.

Wir haben in der Verordnung meines Erachtens ein Problem, nämlich die Bestimmung betreffend das Versammlungsrecht. In § 8 Nr. 4b der Verordnung heißt es, dass Versammlungen in geschlossenen Räumen einer Genehmigung bedürfen. Das ist aus meiner Sicht verfassungswidrig. Veranstaltungen in Räumlichkeiten sind besonders geschützt und unterliegen keinem Genehmigungsvorbehalt. Dass man für diese Veranstaltungen Hygienekonzepte vorgelegen muss, ist völlig klar und akzeptiert. Darum geht es nicht. Der Genehmigungsvorbehalt muss aber aus der Verordnung herausgenommen werden. Ich glaube, es ist gut, dass wir heute darüber diskutieren. Ich rege an, dass diese Formulierung aus der Verordnung herausgenommen wird.

(Beifall SPD und vereinzelt Freie Demokraten)

Die Einschränkungen sind, insgesamt gesehen, sehr massiv. Das hat auch der stellvertretende Ministerpräsident gesagt. Deshalb müssen wir alle gemeinsam für mehr Akzeptanz sorgen. Vor allem aber Sie müssen das tun. Wir werden zahlreiche Branchen in den nächsten vier Wochen finanziell massiv unterstützen müssen. Dafür stellt die Bundesregierung einen unglaublich hohen Betrag, 10 Milliarden €, zur Verfügung. Wir sehen aber auch die Landesregierung an der Stelle in der Pflicht. Es ist mitnichten so, dass vereinbart wurde, dass man nicht auch anderes machen darf. Wir wollen dafür werben, dass die Landesregierung dort, wo unnötige Härten entstehen, ebenfalls ihren Beitrag leistet. Meine Damen und Herren, am Geld kann es nach der Verabschiedung eines Schattenhaushalts in Höhe von 12 Milliarden € ja nicht scheitern.

(Heiterkeit und Beifall SPD und Freie Demokraten)

Herr Al-Wazir, Sie haben in Ihrer Rede gesagt, die Parteipolitik dürfe hier keine Rolle spielen. Sie selbst haben aber an drei Stellen Parteipolitik betrieben.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

An der einen Stelle gehe ich noch mit Ihnen, weil es bezüglich der AfD, die alles ablehnt und negiert, um etwas Grundsätzliches geht. Herr Al-Wazir, Sie haben aber auch gegenüber der FDP Parteipolitik betrieben – das fand ich schon unangemessen –, und Sie haben gegenüber der SPD Parteipolitik betrieben, indem Sie auf Herrn Lauterbach verwiesen haben. Meine Damen und Herren, Herr Lauterbach hat gegenüber der „Bild“-Zeitung klargestellt, dass seine Äußerung, die diese Zeitung – als einziges Blatt – interpretiert hat, anders lautete. Herr Lauterbach hat aufgrund der Diskussion nach der Meldung in der „Bild“-Zeitung Morddrohungen erhalten. Herr Al-Wazir, Sie führen diese angebliche Äußerung hier an, obwohl Sie wissen, dass die Meldung der „Bild“-Zeitung falsch war. Das finde ich ausgesprochen geschmacklos. Das geht aus meiner Sicht überhaupt nicht.

(Lebhafter Beifall SPD und Freie Demokraten)

Das Herz der hessischen Demokratie schlägt im Hessischen Landtag. Hier muss über die wesentlichen Fragen diskutiert, hier müssen die wesentlichen Entscheidungen getroffen werden. Herr Al-Wazir, ich finde es schön, dass Sie aufgeführt haben, wie viele Stunden wir uns hier mit dem Thema beschäftigt haben.

(Zurufe)

– Nein, ich finde es toll, dass die Landesregierung offensichtlich nach Stunden und Minuten misst, wie der Landtag arbeitet. Wir machen das demnächst umgekehrt genauso.

(Heiterkeit SPD und Freie Demokraten)

Das ist aber, ehrlich gesagt, nicht mein Verständnis von Parlamentarismus. Noch kontrolliert das Parlament, was die Exekutive macht, nicht andersherum.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Ich denke, das sollte man nicht so leicht abtun. Ich habe Ihnen an ein paar Beispielen aufgezeigt, warum es sinnvoll ist, vor dem Inkrafttreten einer Verordnung parlamentarisch über sie zu diskutieren, um Akzeptanz für die Maßnahmen in der Bevölkerung zu werben. Darum geht es dieser Tage. Es geht darum, frühzeitig zu informieren. Wenn ich erst angerufen werde, nachdem der Ministerpräsident eine Pressemitteilung herausgegeben hat, dann ist das, ehrlich gesagt, keine Form der Beteiligung des Parlaments, bevor über die erforderlichen Maßnahmen entschieden wird.

(Beifall SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE)

Ich bin deshalb sehr froh, dass unserer Forderung nach einer Sondersitzung gefolgt worden ist und dass wir heute zusammengelassen sind.

Die letzten Monate, auch das muss man offen ansprechen, waren, parlamentarisch gesehen, in der Tat eine Zumutung. Ich denke, es ist gut, dass wir jetzt eine Debatte im Parlament führen. Bevor Sie einwenden, wir hätten ja etwas machen können: Die FDP-Fraktion hat zweimal entsprechende Gesetzentwürfe vorgelegt. Wenn man diesen zugestimmt hätte, hätte man eine Basis dafür gehabt, regelmäßig hier im Parlament über die Lage zu diskutieren.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Eine Regierung muss handlungsfähig sein. Das stimmt, aber das Durchregieren per Verordnung fügt unserer Demokratie dauerhaften Schaden zu.

(Beifall SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE)

Es macht das Regierungshandeln auch nicht effizienter, sondern schlechter. Ich bin überzeugt, dass ein vermeidbarer Fehler, wie das schwarz-grüne Hin und Her beim Beherbergungsverbot, nicht passiert wäre, wenn man vorher parlamentarisch darüber debattiert hätte.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Es geht um Akzeptanz, wie Sie zu Recht gesagt haben. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass es jetzt darum geht, um Akzeptanz zu werben. Das tun wir, vor allem mit der heutigen offenen Debatte, weil es wichtig ist, eine offene und transparente Debatte zu führen und zu erklären, warum die Menschen dieser Tage zu Hause bleiben sollen und keine anderen Menschen mehr treffen sollen als Ange-

hörige ihrer eigenen Familie und einer weiteren Familie. Das ist das Gebot der Stunde.

Sie haben das Parlament leider monatelang außen vor gelassen. Sie haben das Parlament aber nicht nur außen vor gelassen – ich will das sagen, weil wir hier im Sommer ganz andere Debatten geführt haben –, sondern Sie haben mit Ihrem verfassungswidrigen Vorgehen bei der Verabschiedung des Schattenhaushalts auch das Tischtuch zwischen Ihnen und dem Parlament zerschnitten.

(Lebhafter Beifall SPD und Freie Demokraten)

Dass das, gerade in einer Krise, kontraproduktiv ist, kann sich jeder denken.

Meine Damen und Herren, wir haben als SPD-Fraktion von Anfang an unsere Unterstützung für alle notwendigen Maßnahmen zugesichert, und wir haben Taten folgen lassen. Wir haben beim ersten Nachtragshaushalt gezeigt, dass wir Verantwortung übernehmen. Wir haben einen zweiten Nachtragshaushalt angeboten. Wir haben Ihnen unsere Hand entgegengestreckt, die leider sehr harsch ausgeschlagen wurde. So kann man zwar regieren, aber ob es klug ist, so zu regieren, ist eine andere Frage. Wir sagen: nein.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Wir übernehmen dennoch weiterhin Verantwortung. Seien Sie aber sicher, vergessen werden wir diesen Umgang mit dem Parlament nicht.

Dass es gerade dieser Tage auf Kommunikation ankommt, ist, glaube ich, sehr deutlich geworden. Die vielleicht wichtigsten Ressourcen in einer Krise sind Vertrauen und Akzeptanz. Diese Landesregierung geht damit aus meiner Sicht sehr verschwenderisch um. Um es offen zu sagen: Die Form der Kommunikation der Landesregierung während der Krise war, sehr zurückhaltend formuliert, ausgesprochen gewöhnungsbedürftig. Dabei meine ich nicht einmal das sogenannte Aufzugs-Gate, als man ohne Maske im Aufzug stand, und dessen Folgen für die Akzeptanz der Maßnahmen, sondern es fehlt an einer echten Aufklärungskampagne, um den Menschen die Wichtigkeit der Abstands- und Hygieneregeln zu erläutern. Es reicht nicht aus, die AHA-Regeln auf ein Plakat zu schreiben. Man muss jetzt eine Aufklärungskampagne in Gang setzen, die die Menschen darüber informiert, warum die verschiedenen Maßnahmen sinnvoll und richtig sind. Wir appellieren an Sie hier und heute, eine echte Informationskampagne auf den Weg bringen.

(Zuruf Minister Michael Boddenberg)

Sie haben jetzt eine Plakatkampagne vorgestellt – gut, dass Sie das Stichwort hereinrufen, Herr Finanzminister –, die von den neuen Maßnahmen überholt wurde. Dass Sie dieser Tage eine Werbekampagne vorstellen, auf der ein Koch zu sehen ist, während Sie verfügen, dass Restaurants schließen, finde ich ausgesprochen geschmacklos. Ich zeige – mit Einverständnis des Herrn Präsidenten – ein Foto des Plakats Ihrer Werbekampagne.

(Die Rednerin zeigt ein Bild des Plakats.)

Ich fordere Sie auf, diese Kampagne zu beenden.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Meine Damen und Herren, früher, in guten Zeiten, konnte Schwarz-Grün wenigstens PR. Nicht einmal das können

Sie heute noch. Diese Zeiten sind aber zu ernst, als dass sich die Opposition darüber freuen könnte. Wir unterstützen den Versuch, die Welle zu brechen. Aber Sie müssen den Menschen sagen, was Sie eigentlich vorhaben. Das müssen Sie aber schon selbst tun. Schenken Sie den Menschen reinen Wein ein, und sagen Sie ihnen deutlich, worum es geht: in den nächsten Wochen zu Hause zu bleiben. Sagen Sie es klar, sagen Sie es deutlich; denn das Geraune des Ministerpräsidenten in den vergangenen Wochen hat viel Unsicherheit produziert und viel Vertrauen gekostet. Man darf als Ministerpräsident nicht von einem möglichen „Hausarrest“ sprechen und so tun, als tue das mit den Menschen nichts. Worte haben eine Wirkung, und wer Verantwortung trägt, der muss verantwortlich mit seinen Worten umgehen.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Die Pandemie verlangt uns allen, auch der Landesregierung, vieles ab, und Antworten sind nicht leicht zu geben. Deshalb will auch ich nicht leichtfertig mit Kritik umgehen. Es geht aber um Tatsachen, um die wir nicht herumkommen. Das beschäftigt die Menschen in diesen Tagen. Die zweite Welle trifft uns nämlich nicht überraschend. Viele haben sie vorhergesagt, zuletzt vor zwei Wochen die Bundeskanzlerin. Leider hat Schwarz-Grün die Zeit nicht genutzt, das Land vorzubereiten, insbesondere nicht in der Sommerpause.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Ein Blick auf die Schulen genügt: Die Vorbereitungen nach den Sommerferien durch den Kultusminister waren ein Desaster. Wenn einem Monate danach nur das Lüften als „Antwort“ einfällt, hat man seinen Job nicht gemacht. Das ist umso bitterer, als wir – vor allem mein Kollege Christoph Degen – umsetzbare Vorschläge auf den Tisch gelegt haben, z. B. den schulischen Stufenplan. Dieser hätte bereits in den Sommerferien erarbeitet werden können. Wir haben ihn in der Aussprache zur Regierungserklärung nach der Sommerpause nochmals gefordert, und fünf Tage später wurde er eingeführt. Er hätte schon vorher kommen müssen; er hätte in der Sommerpause vorbereitet werden müssen. Das wäre ein Akt verantwortlichen Handelns gewesen.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Das Gleiche haben wir übrigens beim digital gestützten Distanzunterricht erlebt, den vor allem die beruflichen Schulen und wir gemeinsam mit mehreren Gewerkschaften gefordert hatten. Diese Form des Unterrichts wurde erst nach Monaten zugelassen – und wird jetzt vom Kultusminister hochgelobt.

Ein weiteres Beispiel. Wir hatten für die Hortbetreuung ein Konzept gefordert und verlangt, die Kommunen mit den Problemen nicht alleinzulassen. Aber auch da kam vom Ministerium nichts.

Wo ist denn die Teststrategie mit den Schnelltests, die Sie vorhin angesprochen haben? Wir haben sie noch nicht gesehen. Dass zuerst bei den älteren Menschen mit dem Testen begonnen werden soll, halten wir ausdrücklich für richtig. Es ist sicherlich richtig, wenn die Hessische Landesregierung jetzt viele Schnelltests besorgen lässt, um Tests zu haben für die Angehörigen der Berufsgruppen, die gerade im Feuer stehen – z. B. in den Krankenhäusern –, und für die älteren Menschen, die in diesen Tagen besonders ge-

schützt werden müssen. Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie diese Teststrategie baldmöglichst vorstellt;

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

denn das ist eine gute Errungenschaft, und damit kann man den Bürgern etwas Gutes in Aussicht stellen und Hoffnung machen. Schließlich gibt es jetzt diese Schnelltests, und die sollten schnellstmöglich eingesetzt werden, um das Infektionsgeschehen einzudämmen.

Wo ist die Impfstrategie? Was genau ist in Hessen dazu vorgesehen? Ja, wir kennen die Impfstrategie, die das RKI vorgestellt hat. Aber ist es die Strategie, die die Landesregierung 1 : 1 umsetzen wird, oder welche eigenen Ideen hat die Landesregierung? Bitte verweisen Sie nicht nur auf das RKI. In Bayern nimmt man jetzt 100 Millionen € in die Hand, um eine eigene Impfstrategie zu entwickeln. Wir würden gern wissen, was Hessen macht, und wir beauftragen Sie damit, möglichst bald eine Impfstrategie vorzulegen. Das gibt den Menschen in unserem Bundesland Hoffnung.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Ich will es noch einmal sagen – wir haben an anderer Stelle schon ausführlich darüber diskutiert –: Nach acht Monaten wartet man vergeblich darauf, dass Hessen in der Krise eine eigenständige Wirtschaftspolitik macht, um Jobs zu sichern. Darauf warten wir immer noch, und wir fordern Sie erneut auf, eigene Maßnahmen zu ergreifen, um sich an die Spitze der Bewegung zu setzen.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Umso mehr danken wir an dieser Stelle unserem Bundesfinanzminister Olaf Scholz dafür,

(Zurufe CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ah!)

dass er bereits vor dem Beschluss der Ministerpräsidenten zusammen mit der Kanzlerin das klare Signal gesendet hat: „Wir lassen euch nicht im Regen stehen“, indem er die 75-prozentige Entschädigung für die Gastronomie angekündigt hat. Das war ein positives Signal für diejenigen, die jetzt von harten Einschnitten betroffen sind.

(Beifall SPD)

Damit zeigt sich erneut, dass vor allen Dingen in Berlin hessische Arbeitsplätze gerettet werden. Hubertus Heil danke ich nochmals für die Möglichkeit, Kurzarbeitergeld zu beziehen, und Olaf Scholz danke ich auch für die Rettung der Lufthansa.

(Beifall SPD – Zurufe CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD)

Ich sage es noch einmal: Die SPD übernimmt in diesen schweren Zeiten Verantwortung, ob im Bund oder im Land. Die Menschen können sich darauf verlassen, dass wir ihre Nöte und Sorgen im Blick haben und Antworten finden, damit sie alle – das gesamte Bundesland – gut durch die Krise kommen.

Meine Damen und Herren, wir alle wollen doch, dass wir in ein paar Wochen wieder in der Lage sind, dem Weihnachtsfest hoffnungsvoll entgegenzusehen: dass wir lange nicht gesehene Angehörige treffen und der Einsamkeit vieler Menschen entgegenwirken. Deshalb nehmen wir jetzt diese schwerwiegenden Einschnitte vor, und daran werden wir jedenfalls mitarbeiten.

(Beifall SPD)

Darum geht es: Verantwortung für sich und für andere zu übernehmen, Maske zu tragen – ich sage das noch einmal ausdrücklich in Richtung einer Fraktion –, Abstand zu halten und dennoch füreinander da zu sein in diesen nicht ganz einfachen Zeiten. Das gilt gerade im November, wenn die Tage immer kürzer werden und es nicht mehr so leicht ist wie im März oder April, als die Tage länger wurden und das Wetter sehr gut war. Wir müssen jetzt besonders sorgfältig mit unseren Mitmenschen umgehen und für sie da sein. Wir alle können uns die Umstände zwar nicht aussuchen, aber wir können sie ändern, wir können sie gemeinsam zum Besseren wenden, und dann kommen wir auch durch diese schwere Zeit. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall SPD)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Frau Kollegin Faeser.

Ich darf noch darauf hinweisen: Eingegangen und an den Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend steigende Infektionszahlen erfordern weitreichende Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit, Drucks. 20/3975. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist offensichtlich der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 6 und wird mit Tagesordnungspunkt 1 behandelt – wir diskutieren bereits darüber –, wenn Sie dem nicht widersprechen.

Eingegangen und an den Plätzen verteilt ist auch ein Dringlicher Entschließungsantrag von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend steigende Infektionszahlen erfordern weitreichende Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit, Drucks. 20/3976. Ich darf fragen, ob die Dringlichkeit bejaht wird. – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 7; wir diskutieren ebenfalls mit Tagesordnungspunkt 1 darüber.

Bevor ich endlich der Fraktionsvorsitzenden der CDU das Wort erteile, möchte ich noch auf eine Neuerung hinweisen: Auf der Tribüne gibt es zwei Saalmikrofone für den Fall, dass das Bedürfnis besteht, sich von oben in die Plenardebatte einzuschalten.

Herr Kollege Lichert.

Andreas Lichert (AfD):

Ich habe eine Frage zu den Anträgen, die verteilt worden sind. Die sind nämlich in weiten Teilen identisch. Ich glaube ja, dass eine große Einigkeit im Hause herrscht, aber das verwundert mich jetzt doch.

Präsident Boris Rhein:

Herr Kollege Lichert, es ist das gute Recht der Fraktionen, Anträge einzureichen – auch wenn sie wortgleich mit Anträgen anderer Fraktionen sind. Das kann ich jetzt nicht nachvollziehen. Es liegt auch keine Wortmeldung zur Geschäftsordnung vor. Deswegen darf ich jetzt – –

(Andreas Lichert (AfD): Lesen Sie doch mal die Dinger, bevor Sie den Kopf schütteln!)

– Herr Kollege Lichert, ich darf Sie bitten, sich entweder mit einer Wortmeldung zur Geschäftsordnung in die Debatte einzuschalten oder Ihre Äußerungen zu unterlassen. – Ich darf jetzt der Kollegin Claus, Fraktionsvorsitzende der CDU, das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Man kann wortgleiche Anträge einbringen! – Weitere Zurufe – Glockenzeichen)

Ines Claus (CDU):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor rund einem Monat stand ich an diesem Pult und habe, frei nach George Martin, gesagt: „Winter is coming“. Jetzt, fast im November, stehen wir hier und stellen fest: „Winter is here“, und das mitten unter uns.

Ich will daher zunächst dem stellvertretenden Ministerpräsidenten für seine Regierungserklärung danken. Ich glaube, Sie haben deutlich gemacht, an welchem historischen Punkt wir stehen und warum wir zum Handeln gezwungen sind, wobei wir, im Sinne der Menschen in diesem Land, um jede Maßnahme ringen. Vielen Dank dafür.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herzliche Grüße will ich an dieser Stelle aber auch unserem Ministerpräsidenten Volker Bouffier übermitteln, der eigentlich heute Morgen an diesem Pult stehen wollte. Lieber Herr Ministerpräsident, in Gedanken ist Ihre Fraktion heute bei Ihnen. Ich glaube, das gilt auch für viele Menschen in diesem Land: Sie sind in diesen Minuten gedanklich bei Ihnen. Sie verdienen unser großes Vertrauen, und Sie bekommen es. Daher darf ich Ihnen sagen, dass hier und heute der Geist Ihrer Politik weht. Insoweit herzliche Grüße an den Livestream.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gab in der Rede von Frau Faeser einige Punkte, die ich in meiner Rede klarstellen möchte. Ein Punkt ist, warum wir hier heute zusammengekommen sind. Es war ein Antrag des Ministerpräsidenten, der um die unverzügliche Einberufung dieses Sonderplenums gebeten hat. Auch das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bevor wir weitermachen: Ich bin froh, dass, als die Kollegin Faeser am Schluss ihrer Rede den Kollegen Scholz und andere angesprochen hat, kein Parteipolitikalarm angegangen ist. Daher wollen wir jetzt sachlich und geordnet weitermachen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Ministerpräsidentenkonferenz hat am vergangenen Mittwoch drastische Einschränkungen beschlossen – Maßnahmen, die eine akute nationale medizinische Notlage verhindern sollen. Es sind Maßnahmen, die geeignet, erforderlich und verhältnismäßig sind. Das Corona-Kabinett hat diese Regelungen nachvollzogen.

Ich finde es gut und richtig, dass wir vor dem Inkrafttreten der Verordnung in diesem Parlament miteinander reden und auch streitig darüber sind, wie der richtige Weg sein mag; denn es sind drastische Maßnahmen und Einschränkungen. Ja, die Einschränkungen tun weh und begrenzen uns. Ich verstehe auch, dass das manchmal zu Unmut, Wut

und Ärger führt: Warum genau so, warum hier und warum ich?

In den letzten Tagen habe ich häufiger an ein Gemälde von Caravaggio gedacht – ich hoffe, es ist mir heute, am Reformationsstag, gestattet, dass ich kurz von diesem Bild erzähle –: Es zeigt den ungläubigen Thomas, den Jünger, der mit seinem Zeigefinger die Wunde des Jesus berühren möchte, um den Beweis zu bekommen. Er ist der Prototyp des Zweiflers, der einen Beweis haben möchte. Vielleicht ist es ganz menschlich, zu zweifeln. Vielleicht bewegt das viele. Vielleicht wollen wir alle den Beweis.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, die letzten Zweifel an den Maßnahmen werden wir hier nicht ausräumen können. Eines sage ich Ihnen jedoch: Wir wollen nicht, dass in unseren Krankenhäusern der Beweis für die Tödlichkeit dieses Virus erbracht wird, und das wollen wir auch nicht in unserem Freundeskreis und in unseren Familien sehen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber das Mindeste, was die Menschen von uns erwarten können, ist, dass wir ihnen erklären, warum wir so handeln.

(Zurufe CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD)

– Meine Erziehung gestattet, dass ich nicht auf den schlimmen Einwurf dieses Kollegen antworte.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum ergreifen wir also diese dramatischen Maßnahmen? Weil die Lage dramatisch ist. Das Virus ist außer Kontrolle. Die Landkreise geraten an ihre Grenzen, was die Nachverfolgung angeht. Die Infektionsketten sind nicht mehr zu unterbrechen. Seitdem ich hier von „Winter is coming“ berichtet habe, haben sich die Infektionszahlen verzehnfacht, und die Zahl derjenigen, die auf Intensivstationen behandelt werden, hat sich verfünffacht. Wenn wir noch einmal vier Wochen so weitermachen würden – das hat die Leopoldina in einer eindrucksvollen Studie gemeinsam mit dem Helmholtz-Institut, dem Max-Planck-Institut, dem Fraunhofer-Institut und den Leibniz-Gesellschaften dargestellt –, wären wir Anfang Dezember bei rund 100.000 Ansteckungen pro Tag und allein im Monat November bei 10.000 zusätzlichen Toten.

(Andreas Lichert (AfD): Das glauben Sie doch selbst nicht!)

– Ich glaube es. Die Kanzlerin wurde belächelt; das haben wir eben schon gesagt. Sie verdient großes Vertrauen, und die Zahlen sind doch nicht zu bestreiten.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe AfD)

Da sieht man einmal, wes Geistes Kind Sie sind. Sie haben auch Kollegen, die Maske tragen. Vielleicht wollen Sie deren Namen direkt aufschreiben. So viel zu diesem Thema. Die sitzen allerdings oben. Diese Einwürfe sind zurückzuweisen.

Wir können und wir dürfen – jetzt zurück zum Thema – die Gesellschaft nicht in eine derartige Notlage kommen lassen. Die Würde jedes Einzelnen ist im Grundgesetz verankert und – ja, ich schaue Sie an – im christlichen Menschenbild.

(Dr. Frank Grobe (AfD): 100.000 Abtreibungen pro Jahr! – Gegenrufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es erfordert, dass wir unbedingt den unwürdigen Zustand verhindern – das ist meine feste Überzeugung –, dass ältere Menschen und andere vulnerable Gruppen monatelang abgeschottet und zu Hause eingesperrt werden. Das widerspricht unserem Menschenverständnis. Das ist logistisch ein Wahnsinn, das ist völliger Quatsch, und das muss hier zurückgewiesen werden. Das sind Menschen, die auch Weihnachten feiern wollen, das sind Menschen, die auch Familie haben, und das sind Menschen, die auch Zuneigung verdienen. Daher: Mit der CDU ist diese Abschottung nicht zu machen.

(Beifall CDU)

Deshalb gibt es nur einen Weg, und das ist die Eindämmung des Virus. Wir müssen es jetzt machen, wir müssen jetzt die Welle brechen; denn jetzt haben wir noch einigermaßen die Möglichkeit, mit Augenmaß zu handeln. Wir müssen jetzt Einschränkungen vornehmen, und wir müssen jetzt besonnen sein, damit die Schulen und die Kitas offen bleiben können und wir keine Ausgangssperren brauchen.

Die gute Nachricht ist: Wir haben inzwischen die Kenntnis und die Mittel, um die Notlage zu verhindern. Das wichtigste Mittel ist die Reduzierung von Kontakten. Es ist ein Mittel, das jeder anwenden kann, aber es ist auch ein Mittel, das jedem wehtut. Auch das ist uns bewusst.

Für uns Menschen ist das Zusammensein wichtig; das macht uns Menschen aus. Wir haben auch noch Mittel, die niemandem wehtun und die wir deswegen ganz konsequent anwenden müssen: unsere AHA-Regeln. Aber weil diese Zusatzmittel keinen vollständigen Schutz bieten, müssen wir die Kontakte weiter reduzieren. Die Wissenschaftler – Virologen und Epidemiologen – haben aufgezeigt, dass wir die Zahl der Kontakte, die wir noch im Vormonat hatten, um drei Viertel reduzieren müssen.

Das ist ein sehr ambitioniertes Ziel, aber wir schaffen es in einem zweistufigen Verfahren. An erster Stelle – ich schaue wieder zu Ihnen – müssen wieder die Einsicht und die Freiwilligkeit stehen. Viele Menschen haben den ganzen Sommer über und vor allen Dingen in den letzten Wochen die Warnungen und Befürchtungen ernst genommen. Sie haben erneut Solidarität gezeigt. Sie haben Kontakte reduziert, Abstände und Hygieneregeln eingehalten und eine Maske getragen, da, wo es nötig ist. Einen herzlichen Dank für diese Besonnenheit.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und vereinzelt DIE LINKE)

Wir haben – dafür bin ich sehr dankbar – eine ganz breite Akzeptanz für diese Einschränkungen. Im letzten Deutschlandtrend waren rund 80 % mit den Maßnahmen einverstanden oder wollten gar noch striktere Regeln. Das bestätigt unseren Weg. Es ist ein Zeichen einer solidarischen und sozialen Gesellschaft, dass der Stärkere auch einmal zurückstecken muss, um den Schwächeren zu schützen. Der ganz überwiegende Teil der Menschen lebt diese Solidarität. Darauf können wir in unserem Land stolz sein.

Wer aber glaubt, hier gelte allein das Recht des Stärkeren, der muss auf ganz klare Grenzen stoßen. Dem müssen wir als Gesellschaft Regeln auferlegen, und diese Regeln müssen wir auch entschlossen durchsetzen. Ja, dauerhafte Vorsicht kann zermürben. Dann denkt man: „Na ja, bei mir wird es schon nicht so schlimm“, oder: „Jetzt bin ich aber

wieder dran mit meinen Wünschen“. Aber in der aktuellen Situation geht es nicht, dass jeder egoistisch auf sich selbst schaut. Unsere Mittel und Werkzeuge wirken nur, wenn sich alle daran halten.

Wir haben in den letzten Wochen leider gesehen, dass Freiwilligkeit und Überzeugung nicht ausreichen. Wer Corona leugnet und absichtlich Risiken eingeht oder herbeiführt, schafft die Gefahr, dass unser Gesundheitssystem überlastet wird. An dieser Stelle danke ich aber allen Menschen im Gesundheitssystem und allen anderen Menschen, die diesen Staat am Laufen halten, für ihre Arbeit für uns. Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Zudem sind es die unvernünftigen Menschen, die jetzt die vernünftigen Menschen in Haftung nehmen. Das erleben wir gerade hier. Das können und dürfen wir als Gesellschaft, die mit den Folgen leben muss, aber nicht akzeptieren. Wir brauchen an dieser Stelle klare Regeln und eine konsequente Durchsetzung dieser Regeln. Ich bin sehr froh, dass es gelungen ist, diese Regeln in der MPK einstimmig zu beschließen – über alle Landes- und Parteigrenzen hinweg. Es ist ein wichtiges Signal, dass diese Regeln jetzt überall einheitlich gelten. Das gibt wichtige Kraft und Klarheit. Daher gilt mein Dank vor allem Ministerpräsident Bouffier, der, wie ich weiß, ganz deutlich dazu beigetragen hat, dass es hier eine Verständigung gab –

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

eine Verständigung auf strenge, aber ausgewogene Regeln, mit einem klaren Ziel und einer zeitlichen Perspektive. Deswegen sage ich an dieser Stelle für meine Fraktion ganz ausdrücklich: Wir sind mit dem, was die MPK beschlossen hat und was das Kabinett umgesetzt hat, einverstanden. Wir tragen diese Verordnung mit, und wir sind jederzeit bereit, diese Diskussion im Plenum zu führen.

Übrigens: Wann immer wir als Parlament mit den Verordnungen nicht einverstanden gewesen wären, hätten wir zu jeder Zeit auf der Grundlage unseres Grundgesetzes – Art. 80 Abs. 4 – eine Verordnung ins Parlament bringen können und daraus ein Gesetz machen können. Auch das gehört zur Wahrheit dazu.

Tun Sie jetzt nicht so, als ob Parlamentsbeteiligung nicht stattfindet – nicht aufgrund der Zahlen, die genannt wurden, oder Ähnliches. Wir haben jederzeit die Möglichkeit, hier darüber zu sprechen, und wir tun es auch. Jetzt kam schon die Frage, warum inhaltsgleiche Anträge vorlägen. Das liegt vielleicht daran, dass wir einen Kompromissvorschlag an Sie gemacht haben und sagen wollten: Machen wir es doch gemeinsam; bestätigen wir gemeinsam, dass dieser Lockdown für uns in Ordnung ist. – Aber da ist die SPD ausgeschert. Das gehört doch auch dazu.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Außerdem waren wir im Sommer mit drei Sondersitzungen beschäftigt. Wir haben miteinander getagt. Das war einigen im Parlament zu viel, jetzt ist es zu wenig. Sie müssen sich auch entscheiden. Wenn ich es richtig verstanden habe – das Hochhalten des Plakats –, war die einzige Forderung, die ich gerade gehört habe, die, dass die Landesregierung eine bessere PR-Kampagne machen soll. Also bitte, Frau Faeser.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Nancy Faeser (SPD))

Ja, wir haben es in der Debatte in Teilen schon gehört: Natürlich ruft dieser Ansatz auch Widerspruch hervor, weil viele aus guten Gründen aufzeigen, dass dieser oder jeder Kontakt weniger gefährlich ist als andere. Es gibt berechnete Fragen und berechnete Kritik. Deshalb will ich mich zwei zentralen Fragen widmen.

Warum machen wir es in dieser Breite? Geht das nicht kleinteiliger, individueller, passgenauer? – Die ehrliche Antwort ist: weil wir es nicht genauer wissen, weil 80 % der Infektionen nicht zuzuordnen sind. Deswegen ist es leider nicht richtig, dass man sich in bestimmten Bereichen nicht anstecken kann. Es ist leider so, dass es nicht ausgeschlossen ist, dass man sich im Theater, im Kino, beim Amateursport oder im Fitnessstudio anstecken kann. Wir alle würden uns wünschen, dass die Situation einfacher wäre, dass man z. B. sagen könnte: Anstecken kannst du dich nur dienstags, zwischen 17 und 20 Uhr, beim Sport. – Dann würden wir da ein Sportverbot machen, und dann wäre die Lage geklärt. Aber so leicht ist die Lage nicht.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Virus ist heimtückisch, und jeder Kontakt kann gefährlich sein. Unter diesen Voraussetzungen muss gehandelt und abgewogen werden. Ich bin dankbar dafür, dass die Ministerpräsidenten diese Abwägung getroffen haben, so, wie ich sie auch für richtig halte. Vorrang haben unsere Kinder und auch ihr Bildungsanspruch.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb wollen wir alles tun, damit die Kitas und die Schulen geöffnet bleiben können, wo immer das möglich ist.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier wird mit großem Engagement und mit großer Kreativität eine tolle Arbeit geleistet, um das hinzubekommen. Ein großes Dankeschön geht an alle Lehrerinnen und Lehrer und an alle Erzieherinnen und Erzieher, die diesen Weg für uns möglich machen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Ebenfalls Priorität hat für uns die Wirtschaft, damit Arbeitsplätze erhalten werden können, damit wir nicht in eine soziale Krise geraten. Wir müssen alles tun, um Arbeitsplätze zu erhalten, damit die Wirtschaft stabil bleiben kann. Auch hier wurde schon wahnsinnig viel gemacht und erreicht: die Überbrückungshilfen, das Kurzarbeitergeld. Aber wir müssen alles dafür tun, möglichst große Teile der Wirtschaft funktionsfähig zu halten.

Wenn man die Priorität auf diese beiden Bereiche setzt, ist es denknotwendig, dass andere Bereiche eingeschränkt werden müssen. Nun ist es so, dass wir in diesen Bereichen konsequent sein müssen. Das trifft eben den privaten Bereich und die Freizeitgestaltung, auch wenn es hart ist und auch wenn es da besonders wehtut.

Ich verstehe die Sorgen und die Nöte der Gastronomen und der Veranstaltungs- und Eventbranche. Aber am Ende müssen wir als Politiker und als demokratische Vertreter der gesamten Gesellschaft abwägen. Wir haben entschieden, dass der Schutz der Gesundheit und des Lebens von vielen Menschen es rechtfertigt, in diesem Bereich Eingriffe vor-

zunehmen, und zwar drastische. Das ist eine ethische und politische Frage. Darüber können wir hier gerne streiten.

Diese Abwägung hat auch Folgen, das ist uns klar; denn natürlich kommt die Frage oft: Was ist denn mit denen, die darunter leiden? – Dabei ist ganz klar: Vor allem die Unternehmer in der Gastronomie, in der Veranstaltungsbranche, in den Clubs, in den Vereinen und viele mehr tragen jetzt eine Last für unsere Gesellschaft. Wir ziehen die Freizeitbranche heran, um das epidemiologisch Notwendige zu erreichen.

Ich kann die große Enttäuschung und den Ärger in diesen Bereichen verstehen. Ich weiß, dass es Existenzängste gibt und dass es Betroffene auch ungerecht finden. Sie haben ganz überwiegend große Anstrengungen unternommen, um pandemiegerecht arbeiten zu können. Es ist daher ein ganz wichtiges Zeichen, dass wir diese Bereiche nun unterstützen. Diejenigen, die jetzt die Last tragen und schließen müssen, müssen einen finanziellen Ausgleich erhalten.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Minister Michael Boddenberg)

Ich finde es gut, dass die MPK im Bund das direkt klargestellt und hierfür 10 Milliarden € zur Verfügung gestellt hat. Wenn wir schnell und unbürokratisch jedem Betrieb, der aktuell geschlossen ist, 75 % seines Umsatzes, gemessen am Umsatz des letzten Jahres, ersetzen, glaube ich, ist das ein faires Angebot, das dazu führt, dass die betroffenen Branchen diesen Monat überstehen. Auch für Soloselbstständige und für Kulturschaffende gilt dieses Angebot, damit ihnen nicht der wirtschaftliche Boden entzogen wird. Wir sind uns einig: Wir wollen, dass diese Bereiche die Krise überstehen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Minister Michael Boddenberg)

Meine Damen und Herren, ich will noch zwei Fragen aufgreifen, die mich in den letzten Tagen erreicht haben. Warum sind wir nicht besser vorbereitet? – Ich finde, wir sind vorbereitet. Wir alle wussten, dass die Pandemie vermutlich im Herbst zurückkommen würde und dass sie auch mit Macht zurückkommen könnte. Deshalb wurde in den letzten sechs Monaten intensiv an der Vorbereitung dieser Situation gearbeitet. Wir haben das Gesundheitssystem und den öffentlichen Gesundheitssektor gestärkt. Wir haben dafür gesorgt, dass genügend Schutzausrüstung vorhanden ist. Wir haben geforscht und entwickelt. Wir haben Medikamente und Impfstoffe entwickelt und sind dabei, dafür zu sorgen, dass sie auch zum Einsatz kommen. Wir haben Schnelltests im Gesundheitswesen, die auch in den Altenheimen helfen können. Wir haben Lüftungsgeräte in den Schulen

(Zurufe: Wo denn? – Weitere Zurufe AfD, Freie Demokraten und DIE LINKE)

vorgesehen. Wir haben eine Bereitschaft, 10 Millionen € – –

(Weitere Zurufe – Glockenzeichen)

– Lassen Sie mich doch ausreden. Es ist ja schön, dass Sie das so antizipieren. – Wir haben Lüftungsgeräte vorgesehen und haben dafür 10 Millionen € Landesgeld zu Verfügung gestellt.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Torsten Warnecke (SPD): Pro Schule drei Stück! – Weitere Zurufe)

Wir haben so schnell und so viel über dieses Virus gelernt wie noch nie in der Geschichte der Menschheit. Trotzdem wissen wir noch nicht alles. Trotzdem haben wir noch nicht alle Werkzeuge, die wir brauchen, um die Pandemie zu besiegen. Trotzdem braucht es noch Zeit, bis wir noch besser agieren können und bis wir dieses Virus vollkommen unter Kontrolle haben.

Übrigens ist die zweite Welle kein deutsches oder hessisches Problem. Schauen wir in die Nachbarländer, sehen wir, dass es furchtbar und desolat aussieht. Das ist kein Wettkampf. Es ist ein trauriges Zusehen, was um uns herum passiert. Deswegen müssen wir hier beherzt eingreifen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Frühjahr sind wir recht gut und mit vergleichsweise geringen Zahlen durch die Krise gekommen, weil wir früh und entschlossen reagiert haben und weil auch hier die ganze Gesellschaft mitgeholfen hat. Wir haben jetzt wieder die Chance, glimpflich durch die zweite Welle zu kommen, wenn wir erneut umsichtig handeln und die Menschen wieder gut mitmachen und sich solidarisch verhalten. Ich glaube, dass wir mit diesen Beschlüssen auf dem richtigen Weg sind.

Die zweite Frage: Was folgt auf den November? – Wir haben ein klares Ziel und einen klaren Plan. Wir wollen die Kontakte vier Wochen drastisch reduzieren, damit sich die Infektionszahlen reduzieren. Wenn alle mitmachen, kann das gelingen. Im Anschluss können wir wieder die Strategie fahren: Kontakte kontrollieren, Infektionsquellen nachvollziehen, Infektionsketten durchbrechen. Dann können wir wieder lokal reagieren, aber global schrittweise eine verantwortbare Normalität übernehmen.

Wenn wir alle willig, konsequent und solidarisch sind, können wir nach meiner Überzeugung einen besinnlichen Advent und ein schönes Weihnachtsfest haben – sicher nicht in einem Großraumclub, aber zumindest im Kreise der Familie und der nahen Angehörigen.

Meine Damen und Herren, wir können das schaffen. Wir haben die Mittel. Wir haben eine vergleichsweise gute Ausgangslage. Wir haben einen Plan, und wir haben die politische Kraft zur Einigung und zur Umsetzung dieses Plans. Wir haben einen berechtigten Grund, zu hoffen, dass die nun ergriffenen Maßnahmen die zweite Welle brechen. Dafür ist aber das Verhalten eines jeden Einzelnen von großer Bedeutung.

Daher noch einmal die eindringliche Bitte von mir, dass wir zusammenhalten, damit wir diese Pandemie besiegen. Denn nur gemeinsam können wir die Welle brechen; denn nur gemeinsam kommen wir wieder zu unserer verantwortbaren Normalität. – Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Minister Michael Boddenberg)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Frau Claus. – Ich darf in aller Freundschaft und Höflichkeit noch einmal darauf hinweisen, das Missfallens- oder Beifallsbekundungen von der Regierungsbank bitte unterbleiben mögen. Das Gleiche gilt selbstverständlich auch für Zwischenrufe.

(Beifall)

Als nächsten Redner haben wir einen Redner der AfD.

(Zuruf Janine Wissler (DIE LINKE))

– Ja, Frau Wissler. – Es hat sich Herr Kollege Richter gemeldet. Herr Richter, Sie haben das Wort.

Volker Richter (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die von uns eben gehörte Regierungserklärung ist ein Offenbarungseid der Hessischen Landesregierung, COVID-19 nicht nur zu spät und falsch eingeschätzt zu haben, sondern die Situation politisch auch dergestalt zu instrumentalisieren, dass die soziale und wirtschaftliche Basis unseres Landes massiv gestört wird, auch wenn sich die Ausführungen – das muss man zugeben – eben sehr staatsmännisch angehört haben. In einer unserer ersten Reden haben wir als Alternative für Deutschland der gesamten Regierungskoalition vor Augen geführt: Die Menschen in unserem Land haben Ihnen einen großen Vertrauensvorschuss gegeben. Bitte nutzen Sie diesen nicht aus.

(Beifall AfD)

Dieser Bitte sind Sie alle leider nicht nachgekommen, sondern haben genau das getan, was wir als AfD zuletzt im Plenum gesagt haben: Sie werden wieder das Gegenteil von dem tun, was richtig ist.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, ich erinnere mich noch gut an die Sommerzeit, als sich einige von Ihnen – im Gegensatz zu dem, was die Rednerin vor mir gesagt hat – noch gar nicht vorstellen konnten, woher bei COVID-19 eine zweite Welle kommen sollte. Es war bereits damals klar, dass genau dies geschehen würde. Wir als AfD haben dies bei einem Obleutegespräch auch ganz klar zum Ausdruck gebracht. Dennoch gab es seitens der Hessischen Landesregierung keinerlei Ansatz, mit uns, der AfD, in eine engere Zusammenarbeit zu gehen

(Zuruf Minister Michael Boddenberg)

– das geht schon, Herr Boddenberg, man muss es nur wollen –, obwohl wir im Hessischen Landtag die Ersten gewesen sind, die auf COVID-19 aufmerksam gemacht haben.

(Beifall AfD – Zuruf: Das ist doch lächerlich!)

– Das ist nicht lächerlich, sondern lässt sich ganz einfach über das Landtagsinformationssystem nachprüfen.

(Beifall AfD)

Mit entsprechender Vorsorge durch die Hessische Landesregierung in den Monaten Januar und Februar dieses Jahres wäre bereits der erste Lockdown gar nicht erst notwendig geworden.

(Beifall AfD)

Ich erinnere daran, da Sie hier so viel von Verantwortung sprechen: Im Frühjahr dieses Jahres war es Herr Ministerpräsident Bouffier, der bei den Faschingsversammlungen noch vorne in der ersten Reihe gesessen hat. Ich habe dies damals nicht verstanden.

(Beifall AfD)

Wir waren diejenigen, die darauf hingewiesen haben, dass es damals für die Informationsreise des Sozial- und Integrationspolitischen Ausschusses nach Schweden vielleicht nicht der richtige Zeitpunkt gewesen ist. Ich erinnere mich

auch noch gut an eine E-Mail von mir, in der ich gesagt habe – ich glaube, es war gegenüber den Fraktionsvorsitzenden –, man solle bitte nicht nach Malaysia fliegen. Hier haben wir Verantwortung gezeigt; sprechen Sie uns dies daher bitte nicht ab.

(Beifall AfD)

Dieser Lockdown hatte für unser Land verheerende Wirkungen. Das Sondervermögen in Höhe von 12 Milliarden €, das Sie in einer nicht mehr zu beschreibenden Selbstherrlichkeit beschlossen haben und mit dem Sie beileibe nicht allein die Folgen des Lockdown abfedern, sondern auch ideologische Parteipolitik betreiben, zeigte bereits klar die machtpolitische Instrumentalisierung einer Notsituation, statt den demokratisch geforderten und notwendigen Schulterschluss mit den Oppositionsparteien zu suchen.

(Beifall AfD)

Mit dem Sondervermögen, welches durchgesetzt wurde, und mit den jetzigen Maßnahmen geht die hessische Regierungskoalition den Weg in eine undemokratische Machtausübung und missbraucht in Krisenzeiten aus unserer Sicht das Urvertrauen der Bevölkerung in die Regierungsparteien unseres Landes.

(Beifall AfD)

Wie weit wird uns das, was hier geschieht, noch führen, und in welcher Form stellt sich diese Regierungskoalition eine Arbeit im Parlament mit demokratisch gewählten Parteien vor, wenn diese bei wichtigen Verordnungen nicht mit einbezogen werden und wir als Opposition zu politischen Statisten degradiert werden? – Das sage ich insbesondere zu Ihnen, Herr Boddenberg. Es mag für Sie nicht vorstellbar sein, aber wir sind gewählt worden, auch wenn Sie das nicht anerkennen.

(Beifall AfD)

Warum gab und gibt es keine Enquetekommission, damit eine breite politische Basis für solch weitreichende Einschränkungen unseres täglichen Lebens existent ist? Diese breite Basis kann man aufbauen, indem man Verordnungen und Maßnahmen durchspricht und sie tatsächlich auf ihre Notwendigkeit überprüft. Dass dies nicht gewollt ist, wird anhand der Maßnahmen, die hier heute vorgestellt wurden, völlig klar; denn diese Maßnahmen sind nicht nur zu einem großen Teil völlig widersinnig, sie werden am Ende auch nicht zu einer nennenswerten Verhinderung des Infektionsgeschehens führen, sondern unsere wirtschaftliche Basis, vor allem im Dienstleistungssektor, vollständig zerstören. Eine gemeinschaftliche Arbeit in Form einer Enquetekommission, in der die unterschiedlichen wissenschaftlichen Ergebnisse zu COVID-19 aufgearbeitet werden, die zum Teil durchaus widersprüchlich sind, wäre der erste Schritt, um Maßnahmen zu ergreifen, die unsere wirtschaftliche Basis eben nicht zerstören, sondern sie sogar stärken und weiter ausbauen.

(Beifall AfD)

Schauen wir uns das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland genau an, dann sehen wir, dass in vielen Unternehmen in Deutschland aktuell überhaupt kein Infektionsgeschehen stattfindet und diese Unternehmen weiterhin produzieren können. Dies ist auch deutlich an unseren Exportzahlen zu erkennen.

(Beifall AfD)

Es gibt also sehr gute Beispiele dafür, mit welchen Maßnahmen man agieren kann, ohne die wirtschaftliche Basis zu beeinträchtigen. Ein Teil unserer Industrie macht dies deutlich vor und beweist Ihnen, wie innovativ man dort mit COVID-19 umgeht. Die vergangenen Monate haben wir somit sehr viel über COVID-19 lernen können, über die Verbreitung, über die Möglichkeiten der Eindämmung, über die gesundheitlichen Auswirkungen auf einen Teil der betroffenen Patienten. Diese Lerneffekte sind politisch über die gesamten Sommermonate – ich betone dies – nicht in vorausschauende Konzepte eingebunden worden.

(Beifall AfD)

Die hessische Regierungskoalition war vielmehr damit beschäftigt, die politische Instrumentalisierung dieses Infektionsgeschehens zu festigen, um darüber politische Macht zu erhalten. Hier sitzt man mit einer Bundeskanzlerin in einem Boot, die in Deutschland seit Jahren eine Politik betreibt, die unserem Land nachhaltig massiv schadet.

(Beifall AfD)

Wie daher bei einem Bürger auch nur ansatzweise der Gedanke aufkommen könnte, dass ausgerechnet solche Politiker in Krisenzeiten dem deutschen Volk dienlich sind, wenn sie nicht einmal die Worte „deutsch“ und „Volk“ verwenden wollen, bleibt uns als AfD völlig schleierhaft.

(Beifall AfD)

So ist COVID-19 für die etablierten Parteien eine willkommene Chance, so zu tun, als gebe es keine andere Möglichkeit, als die Freiheitsrechte der Menschen massiv einzuschränken. Genau deswegen wünscht man auch keine Beteiligung der Alternative für Deutschland, da diese hierbei niemals mitmachen würde. Wie es üblich ist, werden oppositionelle Kräfte – das haben wir heute Morgen wieder deutlich gesehen – gesellschaftlich ausgegrenzt, denunziert und der Öffentlichkeit als mahnendes Beispiel vorgeführt.

(Beifall AfD)

Das ist einer Demokratie nicht würdig und entspricht für unsere Begriffe auch nicht mehr den Regeln der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Meine Damen und Herren der Regierungsparteien, Sie handeln klar verfassungswidrig.

(Beifall AfD)

Was wir brauchen, sind vorausschauende Konzepte. Dazu gehört, sehr genau hinzuschauen, wo und wie sich dieses Virus ausbreitet. Wenn wir dies tun, dann stellen wir fest: Es breitet sich nicht in Restaurants, Diskotheken und Hotels aus, wenn dort entsprechende Hygienekonzepte vorliegen und umgesetzt werden. Diese Konzepte haben viele Unternehmen mit hohem personellen und finanziellen Aufwand betrieben. Bitte denken Sie daran, was die Unternehmen seit Anfang dieses Jahres bereits gemacht haben, nur um jetzt geschlossen zu werden, obwohl sie in keinsten Weise als Hotspots aufgefallen sind. Es erschließt sich wohl nur der Hessischen Landesregierung sowie der Bundesregierung, warum man z. B. auch Schwimmbäder schließen möchte. Allein hieran zeigt sich die völlige Sinnbefreiung Ihrer Politik.

(Beifall AfD)

Wir halten hier als Zwischenergebnis einmal fest, dass viele dieser Unternehmen, also das Rückgrat unserer Gesellschaft, nicht mehr überlebensfähig sein werden und damit

für unser Land als Nettosteuerzahler ausfallen werden. Da wir nur noch rund ein Viertel der Bevölkerung als Netto-steuerzahler ausmachen, muss Ihnen doch allen klar werden, dass die Ausfälle, die durch Ihre Politik stattfinden, am Ende nur über diesen Teil der Bevölkerung bezahlt werden können. Da dieser mit Steuern und Abgaben aber bereits bis rund 80 % seines Bruttoeinkommens belastet ist, werden Sie hiermit an die Grenzen der Möglichkeiten kommen, welche die Bürger noch bereit sind zu akzeptieren.

(Beifall AfD)

Da die wenigsten Politiker wissen, wie es ist, morgens aufzustehen und eben nicht pünktlich sein Geld überwiesen zu bekommen, sagen wir Ihnen als AfD-Fraktion in aller Deutlichkeit: Was Sie den Unternehmern sowie Mitarbeitern hiermit antun, ist jenseits jeglichen verantwortlichen Handelns eines Politikers, einer Partei oder einer Regierung. Die Hilfen für diese Unternehmen sind zudem nicht einmal ansatzweise ausreichend, um den Betrieb aufrechtzuerhalten. Ich erwähne nur einmal am Rande, da die GRÜNEN in der hessischen Regierungskoalition nun einmal ein Bestandteil sind, dass die desaströse Politik im Automobilbereich bereits genug Schaden für unser Land angerichtet hat, sodass man heute auch seitens der GRÜNEN in jenen Städten über fallende Gewerbesteueereinnahmen klagt, wo deutsche Automobilfirmen den größten Batzen der Einnahmen ausgemacht haben. Ich erinnere an Baunatal.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, Ihnen scheint, leider Gottes, sowohl der moralische als auch der politische Kompass völlig verloren gegangen zu sein. Unsere Aufgabe ist es, Schaden von unserem Land abzuwenden und Politik für die Menschen unseres Landes zu betreiben. Genau das setzen Sie leider nicht um. Dies muss erwähnt werden, um den Bürgern die Brisanz der Maßnahmen in Bezug auf COVID-19 darzustellen. Wir müssen die Maßnahmen weiterhin genau betrachten, um ihre Sinnhaftigkeit zu überprüfen. Daher kann man auch in anderen Bereichen nur noch von Aktionismus sprechen.

Öffentliche Veranstaltungen, selbst wenn sie gute Hygienekonzepte aufweisen, werden von Ihnen untersagt. Alkohol nach 23 Uhr in der Öffentlichkeit wird verboten. Zusammenkünfte und Feiern innerhalb der eigenen Wohnung sind im engen privaten Kreis wiederum gestattet. Werfen wir aber einen Blick auf die Statistiken, darauf, wo sich das Virus am meisten ausbreitet, dann stellen wir fest: mit über 30 % in den privaten Haushalten unseres Landes. Das bedeutet, dass öffentliche Veranstaltungen mit guten Hygienekonzepten mehr Sinn machen und man die Bürger schlicht bitten kann, auf Feiern in den eigenen vier Wänden zu verzichten, da dort Hygienekonzepte kaum möglich sind. – Das wäre sinnvolle Politik.

(Beifall AfD)

Das wäre auch eine angemessene Reaktion, wenn sie gut erklärt wird und freiwillig eingehalten werden könnte. Es würde zudem im Dienstleistungssektor sogar Umsätze schaffen, die bei Ihrer Politik aktuell völlig wegfallen.

Gleiches gilt für die gesamte Tourismusbranche. Ein hoher Standard und eine gute Schulung im Bereich der Hygiene haben dort stattgefunden. Es gibt überhaupt keinen Grund, den Bürgern unter Einhaltung der Regeln einen Aufenthalt

im Hotel und an frischer Luft im Zuge von Erholungsurlaub zu verweigern. Dafür gibt es keinen Grund. Es ist somit nicht notwendig und wissenschaftlich überhaupt nicht belastbar, so zu handeln, wie die Regierungskoalition in Hessen derzeit handelt. Übrigens geben dies auch die Zahlen des Robert Koch-Instituts nicht her. Die Wahrscheinlichkeit, sich in einem Hotel anzustecken, liegt nahe null. Sie aber wollen dies alles massiv einschränken. Meine Damen und Herren, Sie können dies nicht einmal ansatzweise begründen.

(Beifall AfD)

Mit den Einschränkungen im Bereich der Dienstleistungsbetriebe, also der Kosmetikstudios, Nagelstudios, Massagepraxen, Tattoostudios und ähnlicher Betriebe, geht es weiter. Die Konzepte für Massagepraxen und Tattoostudios sind bereits heute – schauen Sie sich dies einmal an – so umfassend und werden so angewendet, dass ebenso wenig eine Übertragung von Viren stattfindet wie bei Friseuren. Es macht somit auch keinerlei Sinn, diesen Bereich zu schließen und deren Geschäftsmodelle nachhaltig zu zerstören. Es gibt im Vergleich zu den Friseurbetrieben hier sogar eine Ungleichbehandlung, die wissenschaftlich ebenfalls in keiner Weise abgedeckt ist.

Gleiches gilt für die Freizeitaktivitäten. Die meisten Sportstätten unseres Landes sind ebenfalls nicht als Hotspots bekannt – auch nicht die Freizeitparks, Kinos oder Messen, die alle Hygienekonzepte haben und dadurch bereits massiv eingeschränkt, aber in der Eindämmung von Infektionen aktiv und sehr erfolgreich gewesen sind. Tierparks, Zoos, Museen und Schlösser zu schließen, ist ebenfalls sinnbefreit, wenn wir uns die Zahlen in diesen Bereichen anschauen.

(Beifall AfD)

Das Angebot kann dort aktuell nur eine begrenzte Anzahl von Menschen, teils mit Voranmeldung, nutzen. Wie soll sich angesichts solcher Maßnahmen vor Ort denn ein Virus verbreiten? Erklären Sie das bitte den Bürgern unseres Landes. Wie soll das funktionieren?

Im Bereich von Krankenhäusern, Seniorenheimen und Pflegeeinrichtungen – hier dürfte Einigkeit herrschen – ist mit besonderer Vorsicht zu agieren, welche allerdings nicht zu einer vollständigen sozialen Isolation von Menschen führen darf. Die hier aufzubauenden Hygienekonzepte müssen dergestalt geschärft und verbessert sein, dass ein Schutz sowohl der Patienten, der Arbeitskräfte als auch der Besucher gewährleistet ist. Das bedeutet, dass vor Ort Schutzmaterial zur Verfügung gestellt werden kann und muss.

Dies stellt einen weiteren Punkt dar, nämlich die Definition einer Mund-Nasen-Bedeckung. Die deutsche Politik hat es bis zum heutigen Tag nicht geschafft, eine klare Definition von Schutzmaterialien zu schaffen, mit denen tatsächlich eine Übertragung des Virus verhindert werden kann. Dies führt dazu, dass man eine Trageverpflichtung eingeführt hat, ohne die Materialien klar zu definieren, die tatsächlich Schutz bieten.

(Beifall AfD)

Es dürfte keinen Zweig innerhalb der deutschen Industrie geben – und jeder, der in der Industrie arbeitet, weiß das –, in dem eine Vorgehensweise ohne eine ganz klare Zertifizierung überhaupt möglich ist. Das bedeutet in aller Klarheit, die Bürger müssen sehr genau über die Übertragungs-

weise eines Virus aufgeklärt sein, ihre tägliche Hygiene danach richten und auch sehr genau wissen, was zu welchem Zeitpunkt hilfreich und nutzbringend ist und was eben nicht. Daraus resultiert dann eine freiwillige Verhaltensweise, die beim Großteil der Bevölkerung auf Akzeptanz stößt anstatt auf Widerstand.

Das bedeutet, dass nur Schutzmaterial, welches wirklich hilft, zur Anwendung kommen darf und gleichzeitig auch breitflächig zu günstigen Preisen zur Verfügung stehen muss, und zwar überall, sodass die Menschen überall an Masken herankommen und diese Masken günstig sind. Wenn man in den Zug einsteigt, bringt man seine Maske mit. Man hat aber nicht die Möglichkeit, sich vor Ort eine solche Maske zu besorgen, und wenn, dann wahrscheinlich zu horrenden Preisen. Das muss tatsächlich aufhören.

(Beifall AfD)

Da dies alles nicht einmal ansatzweise geboten ist, wäre doch über die Sommermonate genug Zeit gewesen, nutzbringende Konzepte zu erarbeiten, mit denen man eine Ausbreitung im Herbst und Winter hätte verhindern, vermeiden oder verlangsamen können, ohne dabei so zu handeln, wie derzeit gehandelt wird. Exakt an diesem Punkt sind wir jetzt bei einer Maskenpflicht in Schulen, die von Ihnen erweitert wird. Auch hier ist die Notwendigkeit nicht gegeben. Entsprechende technische Möglichkeiten, z. B. Luftfilteranlagen, könnten in den Klassen tatsächlich genutzt werden. Die entsprechenden Anträge liegen vor. Das wird mit Sicherheit auch geschehen.

Aber Schüler während der gesamten Unterrichtszeit mit Masken arbeiten zu lassen, ist wirklich aufzugeben und nicht weiter zu verfolgen. Meine Damen und Herren, wenn man durch Wiesbaden geht und einem eine Schulklasse begegnet, die über die Straßen joggt, singend mit Masken auf, dann denkt man sich seinen Teil, ob hier begriffen worden ist, wo eine Maske sinnvoll ist und wo nicht.

(Beifall AfD)

Damit gehe ich direkt auf die erweiterte Maskenpflicht in der Öffentlichkeit ein. Es gelten die eben bereits genannten Argumente. Nein, es ist selbst bei Großdemonstrationen nicht bekannt geworden, dass Menschen sich bei diesen in der freien Natur angesteckt haben. Auch hier ist die Maskenpflicht völlig widersinnig. Dies kann maximal freiwillig geschehen. Wer es möchte, der kann es gerne tun.

Alle bisher genannten Maßnahmen sind somit nicht zielführend und basieren auf einer Erhöhung der Infektionszahlen in unserem Land. Das ist die Begründung. Die Infektionszahlen allein können aber nicht Maßstab unseres Handelns sein. Maßstab für uns muss sein, wie hoch die Anzahl der Menschen ist, die intensivmedizinisch betreut werden müssen, und wie man verhindern kann, dass Risikopatienten sich infizieren, da ein nicht geringer Teil der Bevölkerung in Hessen zu den Risikopatienten gehört – was viele gerne vergessen, aber es ist so. Natürlich haben sie, ebenso wie alle anderen, das Recht, soziale Kontakte zu unterhalten und am öffentlichen Leben teilzunehmen. Deswegen kommen auch Menschen, die keine Risikopatienten sind, in die Pflicht, sich rücksichtsvoll und angemessen zu verhalten, und zwar so

(Zuruf)

– das sagt der Richtige –, dass es auch Sinn macht und nicht über eine reine Bevormundung läuft. Das ist der Unterschied.

(Beifall AfD)

Dies alles ist bereits mit entsprechenden Hygienekonzepten umfassend umgesetzt. Dort, wo wir Hotspots ausgemacht haben, muss die Politik in der Tat rigoros durchgreifen. Das ist der absolut entscheidende Punkt.

So zeigt sich in Unterkünften für Migranten sehr deutlich, dass die Politik bereits im Vorfeld massive Fehler begangen hat, indem sie sich nicht mit Menschen auf Asylanspruch konzentriert hatte, sodass in den Aufnahmeeinrichtungen Hygienekonzepte auch hätten greifen können. Die Enge in den entsprechenden Unterkünften hat zu den heute zu betrachtenden Ergebnissen geführt. Über die gerade in diesen Einrichtungen verhängten Quarantänemaßnahmen und die Auswirkungen auf die Personen innerhalb dieser Einrichtungen muss hier niemand referieren. Das haben wir in einer Ausschusssitzung gehört.

Ein jeder von uns weiß sehr genau, dass die Öffentlichkeit von den dort vorherrschenden Verhältnissen keinerlei oder nur sehr wenige Kenntnisse erlangt hat und auch weiterhin erlangen wird. Wir wissen auch von privaten Veranstaltungen, bei denen auf keinerlei Hygienekonzepte Rücksicht genommen wurde, sodass auch diese zu den hohen Inzidenzen geführt haben.

Meine Damen und Herren, Ende Januar und in allen nachfolgenden Monaten wurden von Ihnen wichtige Anfragen der AfD übergangen, teilweise erst sehr spät beantwortet und eine Zusammenarbeit in jeglicher Form abgelehnt. Anstatt uns und auch die anderen oppositionellen Parteien mit einzubeziehen, gibt es nun sogenannte Wellenbrecherkonzepte, die das Infektionsgeschehen allerdings nicht aufhalten werden. Wenn Menschen ohne Symptome bereits nach drei Tagen der Ansteckung infektiös sind, muss uns klar sein, dass wir hier kaum noch Chancen haben, Infektionen zu verhindern. Wir können mit entsprechenden freiwilligen Maßnahmen, mit Hygienekonzepten und gesamtgesellschaftlich akzeptierten Einschränkungen eine Ausbreitung maximal verzögern. Wir alle müssen uns auch darüber im Klaren sein, dass eine Impfung, die zur Immunität führt – nur die macht am Ende des Tages auch Sinn –, eher unwahrscheinlich ist.

Da wir bisher nicht einmal genau wissen, ob jemand nach einer Infektion immun ist und über welchen Zeitraum, müssen wir ebenfalls davon ausgehen, dass uns dieses Virus länger erhalten bleibt. Wir müssen unbedingt wissenschaftlich über den Mutationsgrad aufgeklärt werden, damit wir die Gefährlichkeit dieses Virus immer wieder neu bewerten.

Wir als AfD haben hier zuletzt von einer dynamischen Politik gesprochen. Somit müssen wir tatsächlich die Bevölkerung immer auf dem neuesten wissenschaftlichen Stand halten, wozu natürlich gehört, dass auch wir Politiker seitens des Ministeriums auf diesen Stand gebracht werden. Ob es uns gefällt oder nicht, wir werden auch eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit darüber führen müssen, welche Risiken wir bereit sind einzugehen und welche freiheitlichen Einschränkungen seitens der Politik diese Gesellschaft bereit ist hinzunehmen. Dies ist eine gesellschaftliche Diskussion, die kann die Politik nicht lösen.

Den nun durch demokratische Parteien immer mehr geschaffenen, tief in die Freiheitsrechte der Menschen eingreifenden Strukturen, die damit ihren Anspruch auf Bevormundung der gesamten Bevölkerung zementieren, unter dem Deckmantel einer Infektionskrankheit, ist so entgegen-

genzutreten, dass wir als Politiker eben genau so nicht handeln dürfen.

(Beifall AfD)

Der Ansatz der AfD-Fraktion im Hessischen Landtag ist – damit das hier klar wird; er ist seit Januar so –, eine medizinisch-wissenschaftliche Festlegung jenen zu überlassen, die genau dafür prädestiniert sind, nämlich den Medizinerinnen und Wissenschaftlern. Deren Forschung greifen wir auf und evaluieren so die für uns als Politiker vorhandenen Möglichkeiten, um den Schutz der Bevölkerung ebenso zu gewährleisten wie die eben genannten bürgerlichen Freiheiten und unsere wirtschaftliche Basis. Von Verleugnung ist hier keine Spur.

(Beifall AfD)

Wir maßen uns auch nicht an, für die Gesamtbevölkerung eine Risikoabwägung zu betreiben, sondern wünschen explizit breite Diskussionen darüber, welche Risiken unsere Gesellschaft bereit ist einzugehen, wie weit man Freiheiten einschränken darf und auch einschränken soll und wie weit man wirtschaftliche Rahmenbedingungen überhaupt verändern darf.

Es ist unabdingbar, sich in einer Demokratie zu streiten und zu diskutieren, um aus kontroversen Sichtweisen und unterschiedlichen wissenschaftlichen Bewertungen einen Konsens herbeizuführen, der dann auch wirklich von allen Bürgern unseres Landes getragen wird. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Nur das gewährleistet Vertrauen. Wir als AfD sind sehr enttäuscht darüber, dass die hessische Regierung unserem Land und unserer Demokratie mit der jetzigen Handlungswahl schweren Schaden zufügt.

(Beifall AfD)

Wir als AfD werden keinen solchen Kurs der Bundesregierung und der Landesregierung mittragen. Wir werden durch einige bereits erfolgte Gerichtsurteile in unserem Land klar und deutlich bestätigt.

Was ebenfalls deutlich zur Sprache kommen muss, ist die Art und Weise, wie Teile der Bevölkerung auf Menschen abzielen, die aus medizinischen Gründen vom Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung befreit sind, und wie das öffentlich diskutiert wird. Die jetzige Politik der Regierungsparteien führt zu einer regelrechten Hysterie in weiten Teilen der Bevölkerung, für die es keinen Grund gibt und die rational auch nicht nachvollziehbar ist.

(Beifall AfD)

Es kann nicht sein, dass Menschen, die medizinisch vom Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung befreit sind, in unserer Gesellschaft diskriminiert, schikaniert und stigmatisiert werden.

(Zuruf SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren der Regierungskoalition, Ihre Handlungsweise ist einer Regierung, die den Menschen in unserem Land verpflichtet und für deren Wohl verantwortlich ist, nicht angemessen.

(Beifall AfD)

Wir fordern Sie umgehend auf, darauf hinzuwirken – ich betone das noch einmal: wir fordern Sie umgehend auf, darauf hinzuwirken –, diese Maßnahmen zwingend anzupassen und mit den Oppositionsfraktionen im Hessischen Landtag ein Konzept zu erarbeiten, welches sinnvoll ist

und weder den Menschen in unserem Land ihre Freiheit nimmt noch sie ihrer wirtschaftlichen Lebensgrundlage beraubt und ihnen damit auch nicht nachhaltig schadet.

Ein entsprechender Antrag der AfD-Fraktion im Hessischen Landtag liegt Ihnen allen vor. Handeln Sie allein im Sinne unseres Vaterlandes. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall AfD)

Präsident Boris Rhein:

Vielen Dank, Herr Kollege Richter. – Der nächste Redner ist für die Fraktion der Freien Demokraten deren Fraktionsvorsitzender, Kollege René Rock.

René Rock (Freie Demokraten):

Herr Präsident, sehr geehrten Damen und Herren! Unzweifelhaft ist die Lage ernst in unserem Land. Unzweifelhaft ist es eine Herausforderung für die Menschen, für die Gesellschaft und für die Politik, mit dieser Lage umzugehen. Aus Sicht der Freien Demokraten ist es deshalb umso wichtiger, zu überlegen, was jetzt der richtige Weg ist. Schnellschüsse, Aktionismus, Hilflosigkeit, getarnt mit großen Worten oder versteckt hinter verdeckten Drohungen, bringen nichts.

Wenn ich das noch einmal sagen darf, was auch Kollegin Faeser gesagt hat: Wenn ich in diesem Moment regiere, dann muss ich wohl überlegen, wie ich die Worte wähle. Wenn ich von dem Begriff „Notstand“ spreche, dann muss es fundiert sein. In unserer Gesellschaft ist ein Notstand etwas Außergewöhnliches, etwas Besonderes, und das muss belegt sein. Das kann man nicht einfach in den Raum stellen. Dafür muss man den Beweis antreten.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt AfD)

Die Krise ist nicht mehr über uns gekommen, sondern die Krise ist sieben Monate alt. Deshalb ist es eine Selbstverständlichkeit, dass in einem demokratischen Rechtsstaat die Ausnahmegesetzgebung und die Ausnahmesituation endlich beendet werden müssen und wir wieder zu einem normalen rechtsstaatlichen Verhalten zurückkehren müssen, wo die Parlamente die Richtung vorgeben und nicht die Regierungen aus Staatskanzleien über Ukas regieren. Die Entscheidungen gehören wieder zu den Menschen in unserem Land, zu der parlamentarischen Ebene, zur ersten Staatsgewalt. Die Entscheidungen gehören ins Parlament, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt AfD)

Ministerpräsident Volker Bouffier – an dieser Stelle möchte ich mich ausdrücklich dafür aussprechen, dass auch der dritte Test negativ ist und er bald wieder seine Arbeit gewohnt aufnehmen kann; das ist eine schwierige Situation, in der er gerade persönlich ist – hat an diesem Pult ausdrücklich gesagt: Es darf keinen zweiten Lockdown in unserem Land geben. – Das hat er hier gesagt. Er hat recht gehabt. Es darf keinen zweiten Lockdown in unserem Land geben. Darum müssen wir jetzt genau danach schauen, wieso seine Meinung jetzt anders ist, was sich in unserem Land geändert hat und warum wir in der Lage sind, in der wir momentan sind.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt AfD)

Da spielen die Situation und der Umgang mit der Krise eine entscheidende Rolle. Ich möchte jetzt am Anfang auf die Ebene der politischen Institutionen kommen. Ich möchte die Frage stellen, welche Rolle in dieser Demokratie wir als Hessischer Landtag, als Volksvertretung, in dieser Situation spielen.

Es ist so, dass ich mir kaum vorstellen konnte, dass Tarek Al-Wazir, den ich noch als Abgeordneten erlebt habe, so in das Ministeramt hineingewachsen ist, dass er überhaupt kein Gefühl mehr hat für die Frage, was Sache der Abgeordneten und was Sache dieser Landesregierung ist. Da war ich schon sehr überrascht, lieber Herr Tarek Al-Wazir.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt AfD)

Die Abgeordneten dieses Parlaments müssen sich in den Wahlkreisen in ihren Wahlversammlungen vor den Bürgerinnen und Bürgern verantworten. Dieses Parlament und diese Abgeordneten sind legitimiert, gesetzliche Entscheidungen zu treffen. Wir werden uns – das sage ich Ihnen – diese Entscheidungsgewalt wieder zurückholen. Es kann nicht sein, dass die Landesregierung völlig unabhängig vom Parlament über Verordnungen regiert, ohne die gesetzliche Grundlage im Hessischen Landtag zu schaffen. Das werden wir beenden.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt AfD)

Wenn Sie das mit Ihrer parlamentarischen Mehrheit verhindern werden – die SPD und wir werden zur nächsten Plenarwoche eine Initiative starten, zu der wir Sie gerne einladen –, dann werden Ihnen Gerichte in den Arm fallen. Aber es ist schade, dass Sie verhindern, dass wir im Parlament die richtigen Entscheidungen treffen und am Ende Gerichte Sie zurückholen müssen. Das wollen wir nicht; denn auch das beschädigt diese Demokratie.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Es ist auch nicht so, dass wir einfach sagen, dass wir mitreden möchten, sondern wenn wir hier mitreden, dann bekommen auch Bürgerinnen und Bürger, die Sie bis jetzt ignoriert haben oder die Sie nur auf Distanz an sich haben herankommen lassen, eine Stimme. Ich möchte die „Alarmstufe Rot“ nennen, die Soloselbstständigen, die regelmäßig demonstrieren, die „Familien in der Krise“, eine Vereinigung, die für die Rechte der Kinder und der Familien in unserem Land eintritt. Die haben Sie doch nur sehr distanziert an sich herankommen lassen. Die haben in der Pandemie gar nicht die Stimme gehabt, die sie haben müssten. Darum gehört die Debatte ins Parlament, damit wir, die Abgeordneten, ihnen eine Stimme geben können, die sie bei Ihnen in den Staatskanzleien und Ministerien nicht haben.

(Beifall Freie Demokraten)

Lieber Tarek Al-Wazir, meinen lieben Freund Wolfgang Kubicki hier anzuführen – Wolfgang Kubicki ist ein sehr bekannter Politiker in unserem Land; er hat Ecken und Kanten, und er sagt, was er denkt. Ich bin befreundet mit ihm, aber bin nicht immer seiner Meinung. Aber, lieber Tarek Al-Wazir, wenn Wolfgang Kubicki sagt, er wünscht sich, dass diese Maßnahmen der Bundesregierung und dieser Landesregierung am Ende in unserem Rechtsstaat vor Gericht überprüft werden, weil die parlamentarische Mehrheit aus Sicht der Freien Demokraten nicht die richtige ist und wir dort nicht diese Maßnahmen verhindern konnten, dann spricht er vom guten Recht dieser Menschen in unserem Lande. Sie sprechen nicht nur Wolfgang Kubicki seine

Meinungsäußerung ab. Sie sprechen mit dem, was Sie hier gesagt haben, jedem einzelnen Bürger das Recht ab, Ihre Maßnahmen vor Gericht zu überprüfen. Aber genau das ist der Grundsatz des Rechtsstaats, der jedem Bürger in unserem Land zusteht. Da sieht man einmal, wo Sie gedanklich schon sind, wenn Sie dieses Recht der Bürgerinnen und Bürger infrage stellen, lieber Herr Tarek Al-Wazir.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt AfD)

Wenn Sie Angst um unsere Demokratie hätten, dann würde ich Sie bitten, über den Main oder nach Bayern zu schauen und zu überlegen, ob Sie Herrn Söder ein Wort sagen sollten. Er sagt: Es wäre schön, wenn die Nachbarn einmal nach den Nachbarn schauen und vielleicht die Polizei anrufen, wenn die sich nicht an alle Regeln halten; dann klingelt die Polizei und wird in der Wohnung nachschauen. – Das ist die Gefährdung der Demokratie, und das kommt von Ihrem Koalitionspartner. Dazu hätten Sie auch etwas sagen können, statt hier an Wolfgang Kubicki herumzumäkeln, der nichts weiter eingefordert hat als die Rechte, die jedem Bürger in unserem Land zustehen, lieber Tarek Al-Wazir.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Zu Ihren unsensiblen, unangebrachten Äußerungen zu Herrn Lauterbach sage ich jetzt nichts. Dazu hat Frau Faeser alles gesagt. Aber Sie sollten sich überlegen, wenn Sie als Regierungsvertreter an dieses Mikrofon treten und so etwas wie den Konsens beschwören, was Sie überhaupt sagen. Es ist so: Am Anfang der Rede sagt man etwas, was einem wichtig ist, und am Ende einer Rede sagt man, was einem wichtig ist. Dass Sie am Ende Ihrer Rede genau diesen Streitpunkt aufgerufen haben und hier wieder einen Spaltpilz in diese Gruppe hineintreiben wollen, die hier als Abgeordnete sitzt und dieses Land repräsentiert, das ist wirklich ganz kleine politische Münze. Das ist dieser Krise nicht angemessen, lieber Tarek Al-Wazir.

(Beifall Freie Demokraten und SPD)

Darum ist es nicht nur aus demokratischen Grundsätzen wichtig, dass das Parlament tagt. Es ist für die Bürgerinnen und Bürger wichtig, dass die Politik besser wird und dass man den Bürgerinnen und Bürgern die Politik besser erklärt. Es ist wichtig, dass die Entscheidungen wieder in das Parlament hineingezogen werden. Ich sage es Ihnen einmal so brutal, wie ich es empfinde und wie Bürgerinnen und Bürger es mir rückspiegeln: Wie kann es sein, dass vor drei Wochen hier eine Aktuelle Stunde der Union abgehalten wurde, zum zweiten Mal in Folge im Plenum, und man sich selbst beweihräuchert hat für die tolle Leistung der Landesregierung bei der Bekämpfung der Pandemie? Vor drei Wochen hat man noch gesagt: Wir sind viel besser als die anderen europäischen Länder, wir sind die Allergrößten, wir haben es im Griff, wir sind gut vorbereitet auf den Winter. – Das hat man an dieser Stelle vor drei Wochen gesagt.

Jetzt stehen wir vor einem neuen Land. Wir stehen vor neuen Herausforderungen, mit denen niemand gerechnet hat. Wir sprachen von der zweiten Welle im Winter. Der Herbst hat noch nicht richtig angefangen, und am Ende rufen Sie hier schon den Notstand aus und hängen die weiße Fahne heraus. Wie kann das in drei Wochen passieren? An dieser Stelle kein Wort von der Landesregierung, wie innerhalb von drei Wochen ein kompletter Kontrollverlust passieren konnte. Das habe ich vermisst. Ich war sehr ge-

spannt darauf, dass Sie uns sagen, wo und wie das passiert ist.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt AfD)

Warum ist das so wichtig? – Wenn wir jetzt einen Lockdown machen und in vier Wochen alles wieder anfangen, dann sind wir in weiteren vier Wochen wieder im Lockdown, wenn wir nicht wissen, warum wir dorthin gekommen sind. Was ist das für eine Perspektive, und warum gehen Sie nicht mit allergrößten Kräften dem hinterher und erklären uns, wie Sie herausfinden wollen, was bei Ihnen schiefgelaufen ist? Stattdessen kommt das übliche Regierungseinerlei: Wir waren so super, der Vierstufenplan der Hessischen Landesregierung ist so super. Was wir uns ausgedacht haben, ist so evidenzbasiert, das ist hervorragend. – Es hat nur nicht gewirkt, sehr geehrte Damen und Herren von der Landesregierung. Es hat nicht gewirkt.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Sie haben vier Stufen eingeführt, aber es ist gerade durchgelaufen. 50, 75, usw., es ist doch gerade so durchgelaufen. Keine dieser Maßnahmen hat gewirkt, in keinem Landkreis, der sich daran gehalten hat, hat es gewirkt. Aber Sie sagen, Sie haben ein tolles Konzept, und alle anderen haben auch ein tolles Konzept.

Ich will nicht sagen, dass ich es besser weiß, aber man muss doch hier vorne sagen: Verdammt, wir haben uns total getäuscht, wir haben ein Konzept vorgelegt, das nicht gewirkt hat. Wir sind jetzt mit aller Kraft daran, zu überlegen, was wir besser machen können. – Das wäre eine Aussage, zu der ich sagen würde: Ja, ich bin bereit, mich einzubringen und Verantwortung zu übernehmen und Sie dabei zu unterstützen.

Aber nichts von dem sagen Sie, sondern Sie sagen, Sie waren toll. Wie soll jemand verstehen, dass Sie hier ein Konzept loben, das in unserem Land in keiner Weise gegriffen hat? Denn sonst wären nicht so gut wie alle Landkreise und kreisfreien Städte auf Ihrer Karte rot. Liebe Damen und Herren, von daher ist es nicht nur richtig, dass die Parlamente das machen. Es ist zwingend, dass die Parlamente sich einbringen. Denn das, was Sie vorgeschlagen haben, hat einfach nicht funktioniert.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich muss wirklich sagen: Es gibt in dieser Diskussion in der Pandemie, gerade in den sozialen Medien, einen solchen Wust von Zahlen. Man haut sich Studien und Zahlen um die Ohren. Es ist eine unfassbar wichtige Aufgabe der staatlichen Stellen, insbesondere der Landesregierung, dass man mit Zahlen, die man äußert, die man hier hochhält, verantwortlich umgeht. Lieber Tarek Al-Wazir, ich empfehle Ihnen ein Buch: „Factfulness“ von Herrn Rosling. Er hat erklärt, dass man, wenn man in der Diskussion Zahlen benutzt, sie zwingend einordnen muss, weil sie ansonsten manipulativ sind.

(Beifall Freie Demokraten, vereinzelt SPD und AfD)

Man muss sie zwingend einordnen, lieber Kollege Al-Wazir. Viele Abgeordnete in diesem Raum kennen dieses Buch, haben es gelesen und sicher das als richtig empfunden, was dort gesagt worden ist.

Ich sage Ihnen, wenn Sie hier davon sprechen, dass 183 Menschen auf den Intensivstationen liegen und dass es einen enormen Anstieg gegeben hat, dann ist diese Zahl korrekt. Aber Sie müssten diese Zahl einordnen. Sie müssten

den Menschen sagen, was es bedeutet, dass diese Kurve so hochgeht. Sie müssten auch sagen, dass die Kapazitäten und die erweiterbaren Kapazitäten an Intensivbetten in Hessen bei 3.140 liegen. Also: Mit 183 Fällen ist es ein massiver Anstieg. Das ist die richtige Botschaft. Aber Sie müssen sie einordnen, und die Einordnung bedeutet, dass wir das Potenzial haben, 3.140 Betten zur Verfügung zu stellen. – Dann ist das eine andere Einordnung, dann kann man das bewerten. Mehr sage ich nicht. Das gehört zur Verantwortung von Informationspolitik hinzu.

(Zuruf Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Lieber Herr Wagner, Sie haben noch die Möglichkeit, es auf Ihre Art und Weise einzuordnen.

Sie müssen auch dazusagen – Herr Kollege Klose oder seine Staatssekretärin hat es auch gesagt –: Es ist natürlich so, dass man auf eine viel kleinere Zahl kommt, wenn man die Zahl der frei gehaltenen Intensivbetten als Grundlage nimmt. Wenn ich immer wieder höre, dass das mit den Krankenschwestern schwierig ist, dann frage ich: Was war denn im März, als die Zahlen hochgingen? Natürlich hat der Bund gesagt, er bezahlt den Krankenhäusern, wenn sie nicht wichtige Eingriffe vertagen. – Das hat die Bundesregierung bis jetzt noch nicht gemacht. Wenn alles so wichtig und kritisch ist, warum hat man nicht sofort im Bund gesagt: „Ich weise die Krankenhäuser an, die nicht wichtigen Eingriffe zu verschieben, und entschädige dafür die Krankenhäuser“? Wenn das alles so kritisch ist, warum hat man es nicht gemacht?

(Beifall Freie Demokraten)

Warum spricht man über die frei gehaltenen Betten und nicht über die Potenziale? Das frage ich mich.

Ich frage mich noch zu einem zweiten Punkt: Es geht um die Pflegekräfte. Ja, das ist ein Problem. Aber wir wissen auch, dass wir im März die Mindestverordnung aufgehoben haben, damit die Geriatriestationen, die nicht voll besetzt sind, weil die Krankenschwestern im Intensivbereich aushelfen, trotzdem ihr Geld bekommen. Da diese Verordnung nicht aufgehoben wird, machen die Krankenhäuser das nicht, und da es nicht angeordnet wurde, können sie nicht alle Intensivbetten mit ausreichendem Pflegepersonal sicherstellen.

Aber warum sagen Sie nicht, wie die Tatsachen komplett aussehen? Das bringt Ihnen nur wieder die Vorwürfe von Verschwörungstheoretikern, Sie wollten mit Ihrer Zahl politisch etwas erreichen, weil Sie nicht den gesamten Sachverhalt schildern. Der Sachverhalt ist ernst, das bestreitet niemand in diesem Land.

(Beifall Freie Demokraten)

Der Sachverhalt ist ernst, aber bitte informieren Sie die Bevölkerung so, wie Sie es als Regierung tun müssten: vollständig über die Optionen, über das, was auf uns zukommt, und nicht wie in einer Werbekampagne. Sie hielten hier ein Schild hoch, wo eine Kurve nach oben durchschießt, und sagen: Leute, Alarm, Alarm. – Das ist eine manipulative Information, Herr Minister, wenn Sie die anderen Details nicht sagen. Das ist nicht das, was die Bevölkerung in unserem Land verdient hat.

(Beifall Freie Demokraten und Torsten Warnecke (SPD))

Ich sage Ihnen ausdrücklich: Wenn sich die Zahl der Intensivpatienten alle zehn Tage verdoppelt – 200, 400, 800, 1.600 usw. –, dann wissen wir alle, was es bedeutet. Wir sind nicht doof, wir können es ausrechnen. Wir wissen, dass die Lage ernst ist. Aber behandeln Sie uns wie anständige Bürger in diesem Land, und verkaufen Sie uns nicht für doof, sondern geben Sie alle Fakten an die Hand. Wir können sie einordnen. Da können Sie uns vertrauen. Sie brauchen uns nicht zu irgendwelchen Themen hinzuführen. Bleiben Sie bei der Wahrheit, und zwar bei der ganzen Wahrheit.

(Beifall Freie Demokraten)

Vertrauen der Bevölkerung in staatliches Handeln ist der Schlüssel zum Erfolg. Wenn wir in den engsten und privatesten Bereich eindringen wollen, indem wir die Menschen bitten, ihr Verhalten zu verändern und große Einschränkungen hinzunehmen, müssen uns die Menschen vertrauen, dass es wirklich zwingend notwendig ist. Dann dürfen wir nicht den Eindruck erwecken, als wollten wir politisch etwas hervorrufen. Wir müssen vielmehr sagen: Leute, so sieht es aus, die Kapazitäten haben wir. Wenn das jetzt so läuft, sind wir in vier Wochen in einer Situation, die wir nicht mehr bewältigen können. Darum, liebe Bürgerinnen und Bürger, müsst ihr euch so verhalten. Wenn ihr es nicht tut, dann wird es viele Menschen in diesem Land das Leben kosten – was wir als Freie Demokraten unbedingt verhindern wollen.

(Beifall Freie Demokraten)

Das werden Sie nicht mit Kriegsrhetorik erreichen. Das werden Sie nicht mit Panikmache erreichen. Das werden Sie nicht erreichen, wenn Sie die Menschen verängstigen, weil ein Großteil der Menschen irgendwann aussteigt, weil er Ihnen nicht mehr glaubt. Wenn ein großer Teil der Menschen aussteigt, weil er Ihnen nicht mehr glaubt, dann werden Ihre Maßnahmen nicht greifen, und dann werden die Menschen sterben.

Darum kann ich Ihnen nur raten: Kommen Sie zurück, bleiben Sie bei den Fakten. Erklären Sie es so, wie es ist. Die Menschen sind klug genug, dann auch die richtigen Schlüsse zu ziehen. Ansonsten kommen sie sich an der Nase herumgeführt vor.

Jetzt komme ich zu dem, was Sie nicht gemacht haben oder was Sie aus unserer Sicht falsch gemacht haben. Sie hatten sieben Monate Zeit; es kamen unzählige Anträge und Anfragen aus der Opposition. Ich will gar nicht sagen, dass wir alleine diejenigen waren, die hier getrieben haben. Es waren alle Fraktionen aus der Opposition. Es gab unzählige Anträge zu dem Thema, wir haben unzählige Stunden in Sitzungen des Gesundheitsausschusses verbracht, um der Sache auf den Grund zu gehen und über gute Vorschläge zu diskutieren. Meine Fraktion hat zwei Gesetzentwürfe zu dem Thema eingebracht. Ein dritter zusammen mit der SPD kommt, so hoffe ich, in der nächsten Runde in das Plenum, weil wir sagen: Der Landtag muss das Verfahren an sich ziehen.

Was haben Sie gemacht? Sie haben unsere Initiativen kleingeredet. Sie haben uns erklärt, Sie können aus formalen Gründen die Anfragen nicht beantworten, weil Sie so intensiv die Krise bekämpfen müssen – alles, was Sie nur konnten. Am besten hätten Sie noch den Landtag ausfallen lassen, wenn es geht.

Ich habe es als Schlag ins Gesicht empfunden: Herr Al-Wazir, wenn Sie uns hier erklären, wir hätten 30 Stunden zusammengesessen und sogar zwei Sondersitzungen gemacht, dann ist das statistisch so etwas von wahr. Aber, Herr Al-Wazir, Sie haben doch erzwungen, dass wir hier politischen Streit über Ihren Missbrauch der Krise im Hinblick auf die nächste Landtagswahl hatten, dass Sie sich hier ein Sondervermögen in die Tasche geschoben haben, dass Sie sich 12 Milliarden € gesichert haben, um den nächsten Wahlkampf unter der Überschrift dieser Krise finanzieren zu können.

Das haben Sie hier doch erzwungen. Das ist eine Debatte, die wir uns gerne erspart hätten, weil wir gerne die Krise bekämpft hätten, anstatt uns gegen Ihre nicht verfassungsgemäßen Ideen zu wehren, die Sie hier durch den Landtag tragen. Das ist doch Ihre Art der Krisenbewältigung.

(Beifall Freie Demokraten und Günter Rudolph (SPD))

Seit wir das Sondervermögen haben, spielt in Hessen Geld zur Krisenbewältigung eigentlich keinerlei Rolle mehr. Es spielt überhaupt keine Rolle mehr, weil Sie das Geld nicht ausgeben können. Im März 2020 haben wir Ihnen 2 Milliarden € zur Krisenbewältigung zur Verfügung gestellt. Sie haben bis heute nicht einmal 1 Milliarde € ausgegeben. Sie haben sich noch weitere 10 Milliarden € obendrauf bewilligt. Dabei haben Sie noch nicht einmal 1 Milliarde € zur Krisenbewältigung ausgegeben.

Sie haben uns erzählt, wenn man einen Nachtragshaushalt in Form der Opposition beschließen würde, würde dieses Land zugrunde gehen. Was haben Sie alles erzählt. Sie haben es nicht einmal geschafft, das Geld unter die Leute zu bringen. Es gibt eine Menge Leute, die auf das Geld warten und die es nötig hätten. Das ist doch Ihr Versäumnis. Am Geld liegt es nicht. Es hängt an den Fragen: Wo geht es hin? Wie schnell bringe ich es unter die Leute? – Sehr geehrte Damen und Herren, da haben Sie einiges nicht bekommen.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich will das einmal an zwei Beispielen konkret darstellen. Denn konkret ist immer besser.

Ich komme zum Thema Schulen. Ich habe mehrere Schulen während dieser sieben Monate besucht. Es hat sich an den Schulen eigentlich nichts geändert.

Schon vor Wochen und Monaten kam die Diskussion über die Luftfilter auf. Da sagte hier jemand – ich weiß nicht mehr, wer es war –: Das Land will 10 Millionen € zur Verfügung stellen.

Das war ein schlechter Scherz. Ich komme aus dem Landkreis Offenbach. Wir haben 3.000 Klassenzimmer. Was wollen Sie da mit 10 Millionen € erreichen? Das ist doch ein schlechter Scherz.

Wir, die Freien Demokraten, haben mehr als 100 Millionen € aus dem Sondervermögen beantragt, damit endlich alle Klassenräume mit Luftfiltern ausgestattet werden können, die 90 % der Aerosole aus der Luft filtern. Das ist doch die entscheidende Frage: Was machen Sie mit dem Geld? – Sehr geehrte Damen und Herren, machen Sie endlich einmal etwas Sinnvolles.

(Beifall Freie Demokraten)

Danach gab es eine ewig andauernde Diskussion. Der Kultusminister hat gefragt, ob das wirklich etwas bringt. Er sagte, es gebe unterschiedliche Sichtweisen.

Auch das ist doch ein Affront gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. In die Staatskanzlei haben sie diese Dinge gleich gestellt. Herr Boddenberg, im Finanzministerium stehen sie anscheinend auch schon. Aber über den Einsatz in Schulen muss man noch einmal nachdenken. – Sehr geehrte Damen und Herren, da haben Sie die falsche Priorität gesetzt.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Denn Sie waren überzeugt, dass sie da gut sind. Davon waren Sie überzeugt.

Sehr geehrte Damen und Herren der Landesregierung, so kann man Politik machen, so muss man aber nicht Politik machen. Denn die Bürger finden es nicht gut, so etwas zu erleben: Für das Ministerium ist es gut; hinsichtlich der Schulen lassen Sie uns noch einmal darüber reden, denn da ist es doch so teuer. – Das könnte womöglich dazu führen, dass man die Wahlkampfkasse für die Zeit in drei Jahren ein wenig zu stark schmälert. So kann man keine erfolgreiche Corona-Krisenpolitik machen.

Lassen Sie mich noch über ein zweites Thema sprechen. Tarek Al-Wazir hat hier etwas gesagt, bei dem ich echt zusammengezuckt bin. Er sagte, die Medizin habe noch keine Medikamente, um diese Krise zu bekämpfen. Was sollen wir als Land denn da tun?

Herr Al-Wazir, Sie hatten Pech. Denn ich war gerade in dieser Woche bei einem Unternehmen in Dreieich. Das ist ein Medizinunternehmen. Sie wissen, welches es ist; denn auch Sie waren da. Der Gesundheitsminister war ebenfalls eingebunden. Der Finanzminister war eingebunden.

Es handelt sich um ein Medizin- und Pharmaunternehmen, das ein Medikament herstellt, das gegen die Corona-Erkrankung wirksam ist. Das ist ein Medikament, das die Sterblichkeit der erkrankten Menschen womöglich massiv reduzieren kann.

Das Unternehmen ist nicht so groß. Das Risiko für dieses Unternehmen ist natürlich, dass sie investieren müssen. Sie haben gesagt: Wir brauchen 12 Millionen € für Gutachten, für den Bau und für weitere Unterstützung. Können wir das auf die Förderung des Landes bauen?

Nach drei Monaten haben sie die Antwort bekommen. Drei Monate lang wurde da herumgemacht. Sie lautete, das wäre nicht im Landesinteresse.

(Zuruf: Was?)

– Es wäre nicht im Landesinteresse.

(Zuruf Minister Michael Boddenberg)

– Nein, ich habe mich mit dem Geschäftsführer unterhalten. Er hat genau das gesagt. Herr Boddenberg, klären Sie das auf.

Sie hatten dafür keine 12 Millionen €. Das Beste war noch, dass das Unternehmen erklärt hat: Wir wollen nur das Risiko minimiert haben. Wenn wir mit unserem Medikament erfolgreich sind, werden wir der Landesregierung das Geld natürlich zurückzahlen. Das ist doch selbstverständlich. Sollen wir als Unternehmen das Risiko alleine tragen? – Nach drei Monaten Hoffnung auf Förderung machen sie es jetzt. Das bedeutet: Das Medikament wird drei Monate

später zur Verfügung stehen. Ich glaube, ich brauche nicht zu sagen, was das für den einen oder anderen Bürger unseres Landes oder irgendeines anderen Landes bedeutet.

Das ist Ihre Verantwortung. Was haben Sie denn mit dem Sondervermögen gemacht? Ich sage dazu einmal etwas. 12 Millionen € standen im Raum. Die gab es aus dem Corona-Sondervermögen nicht, weil das nicht im Interesse des Landes war.

Was haben Sie mit dem Corona-Sondervermögen gemacht? Es gab 6 Millionen € für Fahrradabstellplätze. Das wurde also nicht in Medikamente oder in die Pharmaindustrie investiert. Es gab 2,5 Millionen € für die Dämmung der Forsthäuser. Das sind für Sie in der Corona-Krise wichtige Initiativen. Sie investieren nicht in medizinische Unternehmen.

Es gab 5 Millionen € aus dem Corona-Sondervermögen für die nachhaltige Landwirtschaft. Das ist zur Bekämpfung der Pandemie. Aber für Unternehmen, die Menschenleben retten könnten, die bereit sind, wenn sie erfolgreich sind, die Investition zurückzuzahlen, haben Sie keine 12 Millionen € aus dem Corona-Sondervermögen zur Verfügung.

(Beifall Freie Demokraten, AfD und vereinzelt SPD)

Ich sage das nur, um deutlich zu machen, welches Ihre Prioritäten sind.

Ich will noch einmal die Frage aufgreifen, welche Maßnahmen gut und welche falsch sind. Wir haben erlebt, dass der Landesregierung die Kontrolle innerhalb von drei Wochen völlig entglitten ist. Das ist nicht nur ein hessisches Problem. Das hat in Ländern mit Regierungseteiligung der FDP genauso stattgefunden.

Also scheint es doch irgendetwas zu geben, was wir nicht auf dem Radar haben. Das können wir nicht erkennen. Es gibt ein Problem, das wir nicht einfach lösen können. Wir müssen doch versuchen, herauszufinden, woher die Infektionen kommen. Wo ist das passiert?

Sie sagen dann einfach: Na gut, ab einem gewissen Zeitpunkt haben wir 70 % oder 80 % der Infektionen nicht mehr nachverfolgen können. – Aber es muss doch einen Weg dahin gegeben haben. Das verstehe ich nicht. Es muss doch einen Weg dahin gegeben haben, den Sie nachverfolgen können. Sie könnten dann sehen, wann genau Sie den Überblick verloren haben.

Da gibt es doch eine Entwicklung. Oder ist es wirklich so gewesen, dass es von heute auf morgen da war und es keine Kontrolle mehr gab? Warum nennen Sie uns nicht die Zahlen? Warum geben Sie die Fakten nicht bekannt und erklären uns, wo genau und wie es passiert ist? Wenn Sie das wirklich nicht wissen: Warum gehen Sie nicht heran und sagen: „Wir müssen das dringend herausfinden“? Denn die entscheidende Frage ist doch, wie wir künftig gegen die Pandemie vorgehen. Auf diesen Punkt sind Sie überhaupt nicht eingegangen.

Was haben Sie stattdessen gemacht? Sie schließen alle Gaststätten in Hessen. Ich bin verwandtschaftlich mit jemandem verbunden, der Cafés betreibt. Ich weiß genau, was in dieser Community los ist. Sie haben gigantische Umsatzeinbrüche verkraften müssen. Sie wissen, sie müssen ein oder zwei Jahre arbeiten, um das wieder hereinzuholen, was sie im ersten halben Jahr 2020 bereits verloren haben.

Sie haben trotzdem Geld in die Hand genommen. Sie haben gesagt: Ich muss das Jahr irgendwie überstehen. Ich investiere jetzt noch einmal in meine Gasträume, damit ich auch unter Corona-Bedingungen offen halten kann. Ich investiere in Luftfilter, in Ampeln, in Desinfektionskonzepte, und was weiß ich. Ich investiere noch einmal richtig Geld in meine Institution, in mein Café, in meine Gaststätte oder in mein Restaurant. Ich investiere richtig Geld, obwohl ich es eigentlich gar nicht mehr habe, damit ich über diesen Winter komme.

Sie stellen sich hierhin und sagen: Schön, dass ihr uns vertraut habt, schön, dass ihr investiert habt, und schön, dass ihr geglaubt habt, ihr kommt über den Winter. Wir wissen zwar nicht genau, ob es etwas bringt, aber wir machen eure Geschäfte trotzdem einmal zu; denn wir haben keine andere Idee. – Das ist es, was wir heute von diesem Pult aus gehört haben. Nach dem, was Tarek Al-Wazir hier als stellvertretender Ministerpräsident gesagt hat, wird jeder Richter sagen: Auf dieser Grundlage einen solchen Eingriff in die Berufsfreiheit zu machen, das ist doch auf gar keinen Fall tolerabel. Das kann so nicht stattfinden.

(Beifall Freie Demokraten)

Jetzt sage ich Ihnen einmal etwas mit gesundem Menschenverstand: Wenn die Menschen abends in eine Gaststätte gehen, tragen sie sich in eine Liste ein. Sie halten Abstand. Es wird gesäubert. Die Hygienevorschriften werden eingehalten. Sie essen da.

Wenn Sie das verbieten, wie wollen Sie dann sicher sein, dass sie sich demnächst nicht privat treffen? Haben Sie damit wirklich etwas gewonnen? Oder machen Sie die Situation schlechter, als sie momentan ist? Solche Fragen können Sie nicht mit der Aussage „Es muss etwas gemacht werden“ beiseite wischen.

(Beifall Freie Demokraten)

Das können Sie vielleicht in der Staatskanzlei machen. Aber im Hessischen Landtag geht das nicht. Da müssen Sie mit Fakten und Zahlen Rede und Antwort stehen. Da müssen Sie überzeugen. Da können Sie nicht einfach sagen: Wir haben nichts anderes, deshalb machen wir das jetzt einmal, hoffentlich hilft es. – Das ist in einem Rechtsstaat für solche Maßnahmen zu wenig.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt AfD)

Das gilt natürlich genauso für die Hotels. Das gilt für den Sport in gewissen Bereichen. Das gilt natürlich auch für die Kultur, bei der gute Konzepte vorgelegt wurden.

Das ist alles reiner Aktionismus. Ich bin mir sicher, dass viele dieser Maßnahmen vor Gerichten scheitern werden. Das ist sehr schade; denn Sie werden dadurch das Vertrauen in das Regierungshandeln weiter beschädigen. Sie sind auf einem ganz schlechten Weg. Bitte halten Sie ein. Tun Sie das nicht.

(Beifall Freie Demokraten)

Die Freien Demokraten hatten einen Gesetzentwurf eingebracht. Da ging es auch um die Soloselbstständigen. Darüber steht: Entschädigung. Es war uns sehr wichtig, dass nicht Almosen, Förderprogramm, Hilfsprogramm oder etwas in dieser Art darübersteht. Da steht „Entschädigung“.

Warum steht da „Entschädigung“? Es steht da, weil manche Menschen unseres Landes, um die Gesundheit der gesamten Bevölkerung in unserem Land sicherzustellen, ganz

andere Lasten und ganz andere Einschränkungen der Freiheit als andere Menschen unseres Landes tragen müssen. Deswegen haben sie nicht nur ein Hilfsprogramm verdient. Vielmehr haben sie eine Entschädigung verdient. Denn sie sind diejenigen, die momentan ihr Kreuz für die Gesundheit vieler Menschen in unserem Land hinhalten. Deshalb haben sie eine Entschädigung, einen respektvollen Umgang und keine Almosen von oben verdient. Deshalb steht auf unserem Gesetzentwurf schon seit vielen Monaten „Entschädigungsgesetz“. Das ist ein Wort, das Sie erst jetzt in den Mund genommen haben.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich will es einmal so sagen: Wenn man die Betroffenen ernsthaft entschädigen wollte, würde eine so gigantische Summe entstehen, dass man das mit einem einfachen Haushalt gar nicht leisten könnte. Es wäre zu überlegen, wie man das im Diskurs lösen könnte. Dafür wäre das Sondervermögen vielleicht der richtige Ansatz. Man könnte die Schäden zusammenfassen und sagen: Eine Entschädigung in Höhe von 100 % geht nicht. Da nimmt man vielleicht 80 %.

Dann fragt man: Wie verteilen wir das, was da ausgezahlt wurde? – Vielleicht verteilen wir es über 30 Jahre und sagen: Das war so eine Katastrophe, da mussten wir helfen. Ihr werdet aber für die Opfer, die ihr gebracht habt, entschädigt, und zwar anständig. Denn ihr habt sie gebracht. Wir respektieren das.

Das wäre ein guter Ansatz für ein Sondervermögen und für eine offene Diskussion über die Frage, wer die Lasten von dem trägt, was hier gerade gemacht wird. Denn darüber redet überhaupt niemand. Das wird wahrscheinlich alles nach der Bundestagswahl auf uns zukommen.

(Beifall Freie Demokraten)

Das ist uns als Freien Demokraten sehr wichtig. Wir werden all diese Menschen im Kampf gegen das Virus verlieren, wenn wir sie weiterhin so wie bisher behandeln. Das sind diejenigen, die womöglich noch schuld sind, weil sie Geld verdienen und ihre Gaststätte auflassen wollen. Womöglich sind sie dann auch noch schuld an der Ausbreitung des Virus. Solche Gedanken lösen Sie bei anderen Menschen aus, wenn Sie solche Vorgaben machen.

Nein, diese Menschen sind verantwortungsvoll. Sie riskieren ihr Vermögen. Sie setzen sich Tag und Nacht ein. Sie lassen sich nicht so lange Zeit wie die Landesregierung hinsichtlich der Schulen. Sie handeln sofort. Denn es geht um ihre Existenz. Sie haben nicht verdient, dass man Ihnen sagt: Ihr müsst jetzt aufhören zu arbeiten. – Sie haben für all das, was sie schon geleistet haben, eine Entschädigung verdient.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich sage es ganz offen: Wir müssen etwas tun. Ich lasse mir nicht vorwerfen, dass wir Freie Demokraten sagen würden, uns sei das egal, man dürfte dem oder dem nichts machen.

Das Einzige, was wir wissen, ist, dass Kontakteinschränkungen wirkungsvoll sind. Das wissen wir aufgrund einer mathematischen Ableitung. Wir wissen: Weniger Kontakte führen natürlich zu weniger Möglichkeiten, die Krankheit zu verbreiten.

Bevor sich hier ein paar Männer und noch weniger Frauen treffen und etwas beschließen, müssen wir im Hessischen

Landtag am besten mit großer Einmütigkeit die Bevölkerung bitten, diese Bürde auf sich zu nehmen. Wir müssen ihnen klar erklären, warum das wichtig ist. Vor allem müssen wir ihnen erklären, wie lange das dauern wird. Wir müssen klar sagen: Bis dahin müsst ihr das durchhalten. Danach geht es so und so weiter.

Dann machen die Menschen noch mit. Ansonsten werden sie aufgrund Ihrer ganzen Panikparolen aussteigen und sagen: Wenn sowieso nichts mehr zu retten ist, dann muss ich mich auch nicht mehr daran halten. – Das ist doch am Ende das, was herauskommt, wenn Sie weiterhin die Musik singen, die Sie gerade singen.

(Beifall Freie Demokraten)

Es gibt sehr wohl den Hinweis, dass das Tragen der Masken hilft. Das Tragen der Masken verringert die Ausbreitung der Aerosole. Natürlich ist es gut, wenn man eine Gesundheitsmaske trägt und nicht einfach nur eine Stoffmaske. Denn sie ist natürlich besser.

Das alles sind Dinge, bei denen wir bereit sind, einzusteigen. Da machen wir mit und würden hier auch mit Verantwortung übernehmen und es bei den kritischen Menschen, die wir kennen, vertreten. Das sind Maßnahmen, die kann ich nachvollziehen, und da bin ich auch dafür, dass wir sie vorantreiben. Aber nicht wie Herr Söder: und dann die Tür aufreißen und gucken, wer denn da drin ist – das ist der falsche Weg –, sondern mit Vertrauen, mit Überzeugung, mit Aufrichtigkeit und Wahrhaftigkeit. Ich glaube, dass wir in unserer freien Gesellschaft mehr als genug Menschen finden, die dabei mitmachen, wenn sie das Vertrauen in uns, ihre Politiker, ihre Abgeordneten, haben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall Freie Demokraten und Nancy Faeser (SPD))

Ich könnte jetzt noch relativ viel ausführen, will aber nur noch zwei Punkte ansprechen. Es sind zwei Punkte, die mir noch einmal wichtig sind.

Das eine ist die Frage: Was ist der Ausblick? Wie bereiten wir uns eigentlich darauf vor, wenn ein Impfstoff da wäre? Wieso haben wir nicht die gefährdeten Gruppen proaktiv aufgefordert, eine Gripeschutzimpfung durchzuführen? Versorgen wir die mit besonderem Schutzmaterial? – Das alles sind Dinge, die mir sofort einfallen würden. Man könnte natürlich auch sagen, dass die Luftfilter auch in den Altersheimen stehen müssten, nicht nur in der Staatskanzlei. All diese Themen könnte man aufgreifen.

Dazu würde ich Sie schon bitten, uns einmal einen Ausblick zu geben, was Sie jetzt genau vorhaben, wie Sie aus dieser Krise lernen und wie Sie aus dieser Krise herauskommen wollen. Ich glaube, es sind hier heute genug Ideen genannt worden, von vielen Fraktionen – eine kommt noch, vielleicht gibt es noch eine Idee mehr. Aber es gibt genug, worüber Sie sich schon jetzt einmal Gedanken machen können.

Eines ist noch ganz wichtig, Herr Al-Wazir. Im März haben Sie es selbst gesagt: Sie sagten, dass die Corona-Krise eine Existenzkrise für die Wirtschaft werden könnte. Davor haben Sie gewarnt, Herr Al-Wazir. Aber was haben Sie denn getan? Wir haben hier eine Regierungserklärung von Ihnen gehört, in welcher Sie den Flughafen ausgespart haben, in welcher Sie die Industrie ausgespart haben, in der Tausende und Abertausende Beschäftigte mittlerweile wirklich Angst um ihren Arbeitsplatz haben und in der gigantische Vermögensverluste der Volkswirtschaft direkt

absehbar sind. Ich würde gerne noch einmal wissen, wie wir auch wirtschaftlich aus dieser Krise kommen, Herr Al-Wazir; denn ein zweiter Lockdown ist ein absolutes Gift für die Wirtschaft, er ist Gift für die Kultur, er ist Gift für die Gesellschaft, er ist ein Gift für das Bildungswesen. Dieser Lockdown in der Form, wie Sie ihn hier skizziert haben, findet nicht unsere Zustimmung, sondern wir hätten uns auf zwei Maßnahmen begrenzt. Das andere ist reiner Aktionismus, und der schadet vielen Menschen in unserem Land. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall Freie Demokraten)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Herr Abg. Rock. – Für die Linksfraktion hat sich Frau Abg. Wissler zu Wort gemeldet.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was zu befürchten war, ist eingetroffen: Wir erleben gerade die zweite Welle der Corona-Pandemie. Die Infektionszahlen steigen in vielen Ländern der Welt, die Krankenhäuser füllen sich – auch in Deutschland, auch in Hessen. In vielen Ländern Europas sind die Intensivstationen schon völlig überlastet, und die Todeszahlen steigen. Einschneidende Maßnahmen sind die Folge.

Diese Maßnahmen bedrohen die Existenzen von Menschen, denen bereits zuvor das Wasser bis zum Hals stand: Menschen, die seit Wochen und Monaten auf Kurzarbeitergeld angewiesen sind oder ihren Job verloren haben, die nicht mehr wissen, wie sie ihre Miete oder ihre Rechnungen zahlen sollen. Und wieder werden hastig Maßnahmen auf Bundesebene abgestimmt und ohne demokratische Legitimation durch die Parlamente umgesetzt. Wieder erfahren Lehrkräfte und Schüler am Freitag, welche neuen Regelungen ab Montag gelten, und wieder sind der Kultur- und Veranstaltungsbereich, die Gastronomie und 10.000 Soloselbstständige die Hauptleidtragenden dieser Einschränkungen.

Ja, meine Damen und Herren, die Corona-Krise trifft uns alle. Aber sie trifft eben nicht alle gleich stark. Es ist eine soziale Frage. Menschen, die jetzt erneut aufgefordert werden, zu Hause zu bleiben: Das trifft die Familie in einer engen Dreizimmer-Stadtwohnung deutlich härter als Familien in einem großen, geräumigen Einfamilienhaus mit Garten. Es trifft den alleinlebenden Single oder die Witwe im Pflegeheim ganz anders als die Familie. Auf der einen Seite drohen Vereinsamung und Isolation, auf der anderen Seite Probleme durch häusliche Enge. Gerade auch an Menschen mit Behinderungen und viele Angebote, die dort weggefallen sind, müssen wir denken. Soziale Not und Vereinsamung müssen verhindert werden. Auch das müssen wir immer mitdenken bei den Maßnahmen, die jetzt ergriffen werden.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Angesichts der Lage, die wir jetzt haben, muss man die Frage stellen, was von Schwarz-Grün unternommen worden ist, um einer solchen Entwicklung vorzubeugen. Da muss ich sagen: viel zu wenig.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Es war doch klar, dass im Herbst eine zweite Welle droht. Es war doch monatelang Zeit, sich darauf vorzubereiten – Zeit, um die Schulen, die Kitas, die sozialen Einrichtungen resistenter gegen steigende Infektionszahlen zu machen. Es war monatelang Zeit zur Aufstellung von Notfallplänen oder auch dafür, alles zu tun, dass wir sie nicht brauchen. Aber was hat die Landesregierung in dieser Zeit gemacht?

Richtig, Sie haben ein Eskalationskonzept erarbeitet: Ab 75 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner übernimmt der Planungsstab des Sozialministeriums die Steuerung der medizinischen Lage. Aber was das gebracht hat, das haben wir doch gesehen.

(René Rock (Freie Demokraten): Nichts!)

Offenbach, Kassel, Frankfurt: Die Kommunen fühlen sich alleingelassen mit den Problemen. Das muss man doch zur Kenntnis nehmen, und das ist ein Versagen dieser Landesregierung.

(Beifall DIE LINKE, vereinzelt SPD und Freie Demokraten)

Man hat die Zeit nicht ausreichend genutzt, weder auf Bundes- noch auf Landesebene.

Was wir jetzt erleben, sind wieder hilflose, nicht demokratisch legitimierte und zum Teil wirkungslose Entscheidungen mit heißer Nadel, und das hätte nicht sein müssen.

Nehmen wir als Beispiel die Schulen und die Schulbusse: Dicht gedrängt stehen Schülerinnen und Schüler jeden Morgen und jeden Nachmittag zusammen, und gleichzeitig gehen Reiseunternehmen landesweit pleite, weil sie keine Aufträge bekommen. – Ja, warum helfen Sie denn nicht den Busunternehmen, indem Sie gleichzeitig die Gesundheit der Schülerinnen und Schüler schützen? Warum besetzen Sie Schulbuslinien für die Zeit der Pandemie nicht doppelt? Und warum haben Sie nichts getan, um die Schulen besser darauf vorzubereiten, im Zweifelsfall auch wieder digitalen Unterricht zu machen?

Ein anderes Beispiel sind die Gesundheitsämter. Es zeigt sich doch, dass, sobald die Grenzwerte irgendwo erreicht werden, die Nachverfolgung nicht funktioniert. Es liegt ganz sicher an einem nicht: Es liegt nicht am Einsatz der Beschäftigten in den Gesundheitsämtern, die seit März nonstop im Einsatz sind. An diesen Menschen liegt es nicht; denn die leisten eine großartige Arbeit und versuchen, diese Kontakte, so gut es geht, nachzuverfolgen.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Vergangene Woche war die Leiterin des Gesundheitsamtes Wiesbaden, Frau Dr. Kaschlin Butt, zu Gast bei „Anne Will“. Da hörte man Aussagen wie:

Aktuell erhalten wir noch Faxe aus den Laboren, die händisch in drei verschiedene Tabellen eingetragen werden müssen.

Warum muss das sein, meine Damen und Herren? Warum hat man denn den Sommer nicht genutzt, um die Gesundheitsämter personell vernünftig auszustatten und um sie technisch vernünftig auszustatten? Es wurde doch die ganze Zeit erklärt, wie wichtig die Kontaktnachverfolgung ist. Jetzt aber können wir in zwei Dritteln aller Fälle nicht mehr erklären, wie sich die Menschen angesteckt haben. Das mag auch andere Gründe haben, aber es liegt eben auch daran, dass die Gesundheitsämter chronisch überlastet sind. Deshalb brauchen wir dringend eine bessere Ausstat-

tung der Gesundheitsämter. Es kann doch nicht sein, dass jetzt die Bundeswehr eingesetzt wird. Das zeigt nur, wie kaputtgespart das öffentliche Gesundheitssystem ist.

(Beifall DIE LINKE)

Ein drittes Beispiel. Ja, Herr Minister, die Zahl der Intensivbetten wurde deutlich erhöht. Aber es fehlt an Intensivpflegekräften. Auch das ist keine neue Entwicklung. Davor wird seit Jahren gewarnt, und das wussten wir auch schon im März. Was wurde konkret unternommen, um das zu verändern? Warum wird jetzt danach gerufen, die Personaluntergrenzen wieder auszusetzen, statt in den Sommermonaten möglichst viele Pflegekräfte zu schulen und für die Intensivpflege vorzubereiten? Stattdessen gab es sogar Pflegekräfte, die – man glaubt es kaum – in Kurzarbeit waren, und im privatisierten Uniklinikum Gießen-Marburg wird schon wieder von Stellenabbau geredet. Meine Damen und Herren, das ist doch ein riesiges Versäumnis, dass man hier die Krankenhäuser nicht besser vorbereitet hat.

Deshalb komme ich zu folgendem Schluss: Man hätte sich besser vorbereiten können, man hätte sich besser vorbereiten müssen. Diesen Vorwurf muss sich Schwarz-Grün auch anhören.

(Beifall DIE LINKE, Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Die jetzigen Maßnahmen sollen dazu führen, dass die Krankenhäuser nicht kollabieren. Zur Wahrheit gehört aber auch: Schon vor Corona war das Gesundheitssystem an vielen Stellen an seiner Grenze und darüber. Davon zeugt auch, dass es eben gerade nicht an Beatmungspätzen auf den Intensivstationen fehlt, sondern an Personal, das dort betreut.

Dieser Fachkräftemangel hat auch seine Gründe: Das liegt an der hohen Arbeitsbelastung, die gerade in der Pflege vorherrscht. Viele Pflegekräfte reduzieren ihre Arbeitskraft, oder sie wechseln den Beruf ganz – und zwar nicht, weil sie ihre Arbeit nicht gerne machen, sondern weil die Bedingungen und die Entlohnung einfach mies sind. Jede achte Person, die sich in der ersten Jahreshälfte in Hessen mit SARS-CoV-2 infiziert hat, gehörte zum Gesundheits- und Pflegepersonal. Sie stehen jeden Tag direkt in der ersten Reihe im Kampf gegen die Pandemie.

Immer wieder erreichen uns Berichte, dass regelhafte Tests verweigert werden. Da fragen sich doch viele Pflegekräfte: „Warum werden denn Profifußballspieler täglich getestet, aber wir nur, wenn es Symptome gibt?“ Warum beklagen sich noch immer Pflegekräfte darüber, dass die Schutzausrüstungen nicht ausreichen? Hier müssen wir doch ansetzen. Wir müssen doch die Pflegekräfte schützen, weil diese in der ersten Reihe gegen das Virus kämpfen; denn sie gefährden damit auch ihre Gesundheit und die Gesundheit ihrer Familien. Deswegen brauchen wir Testkapazitäten für diese Menschen.

(Beifall DIE LINKE)

Wir können nur froh sein, dass sich die angeblichen Experten beim Abbau von Betten und Schließungen von Kliniken nicht durchgesetzt haben; sonst hätten wir heute weniger als die Hälfte der Kliniken. Es sind in den letzten Jahren Krankenhäuser geschlossen worden, und das rächt sich.

Deswegen brauchen wir ein Umsteuern im Gesundheitssystem insgesamt, weg von der Ökonomisierung des Gesundheitssystems. Wir brauchen Krankenhäuser in der öf-

fentlichen Hand, deren Aufgabe es ist, Menschen gesund zu machen, und nicht, Gewinne für Krankenhausaktiengesellschaften abzuwerfen.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Ein starkes Ausbruchsgeschehen gibt es immer wieder auch in den Altenheimen. Das hat selten etwas mit den Besucherinnen und Besuchern zu tun. Besuche kann man Corona-gerecht organisieren, wenn genug Personal da ist – das aber ist meistens nicht der Fall. Darunter leiden die Qualität der Pflege, die Sicherheit der Bewohnerinnen und Bewohner, und darunter leiden die Altenpflegekräfte.

Wenn keine Zeit für Hygienemaßnahmen ist oder in der Altenpflege nicht regelmäßig getestet wird, dann ist die Gefahr von Ansteckung groß. Wir haben es doch gesehen: Wenn eine Infektion einmal in einer Pflegeeinrichtung angekommen ist, dann ist sie schwer einzugrenzen. Viele Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeeinrichtungen können eben nicht selbstständig Hygiene- und Abstandsregeln verstehen oder umsetzen.

Deshalb müssen wir doch auch hierbei ansetzen; denn gerade in Deutschland ist der Personalschlüssel in der Pflege besonders schlecht im Vergleich zu vielen anderen Ländern. Auch hier müssen wir doch die Probleme ernst nehmen, sowohl in der mobilen Altenpflege als auch in den Pflegeheimen. Was wir den Menschen nicht zumuten können, ist doch, in Pflegeheimen wohnende Menschen wieder auf Dauer zu isolieren, weil sie keine Besucher empfangen können, weil sie sich nicht draußen vor der Tür mit ihren Angehörigen treffen können, weil wir zu wenige Pflegekräfte haben, die das ermöglichen können. Das müssen wir in dieser zweiten Welle dringend berücksichtigen.

Die Gesundheitsämter – ich sagte es bereits, völlig unterausgestattet – brauchen eine personelle Verstärkung, weil sie schon in Nicht-Pandemiezeiten kaum in der Lage sind, die Aufgaben, die das Gesetz ihnen vorgibt, zu erfüllen.

Corona hat es deutlich gezeigt: Wir brauchen einen grundlegenden Systemwechsel im Gesundheitswesen. Gesundheitspolitik muss sich endlich daran orientieren, allen Menschen eine qualitativ hochwertige Versorgung zu garantieren. Deswegen: weg mit den Fallpauschalen, weg mit dieser ökonomisierten Finanzierung von Krankenhäusern, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Ja, jetzt gerade brauchen die Kliniken die Zusicherung, dass anfallende pandemiebedingte Kosten vollständig übernommen werden. Da muss den Krankenhäusern eben auch die Freihaltung von Betten und die Verschiebung von planbaren Eingriffen finanziert werden. Bis Ende letzten Monats wurden die Betten, die für Corona-Patienten freigehalten wurden, vergütet – das ist jetzt nicht mehr der Fall. Die Zahl der Intensivbetten, die in einigen Regionen bereits knapp werden, ist doch das Entscheidende für die Bewältigung der Pandemie. Nur bei Vergütung dieser Vorhaltekosten können die Kliniken eben in diesem kranken Gesundheitssystem, das wir haben, Operationen nachrangig durchführen und Betten Freihalten.

Dazu sagen ich: Herr Gesundheitsminister, wenn Sie sich auf Bundesebene dafür einsetzen, haben Sie ausdrücklich unsere Unterstützung; denn wir brauchen eine verlässliche Finanzierung der Krankenhäuser. Wenn wir uns anschauen, wie sich die Krankenhäuser und die Intensivstationen füllen, dann sehen wir, dass wir Kapazitäten Freihalten müs-

sen. Aber wir haben ein Gesundheitssystem, das es den Kliniken sehr schwer macht, dies zu gewährleisten. Deswegen brauchen wir hier eine finanzielle Kompensation, und dafür muss man sich auch auf der Bundesebene einsetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Die Corona-Krise verschärft die soziale Ungleichheit weiter. Bereits bei der ersten Welle der Schließung von Einrichtungen haben Menschen, die von Hartz IV, von Transferleistungen oder von niedrigen Renten leben, gelitten. Tafeln und andere Hilfseinrichtungen waren geschlossen. Das ist auch jetzt wieder zu befürchten, weil diese Strukturen hauptsächlich von Ehrenamtlichen getragen werden und viele davon etwas älter sind.

Der Satz für Hartz IV und andere Grundsicherungsleistungen ist viel zu niedrig. Die Bundesregierung hat sich in den letzten Jahren immer sehr viel Mühe gegeben, die Regelsätze so nach unten zu rechnen, dass es eben nicht genug Geld für Essen, für Kinderkleidung, für Windeln, für Strom oder für die Fahrkarte gibt. Die Wohlfahrtsverbände fordern schon zu Nicht-Corona-Zeiten eine Erhöhung um 150 €. Es ist dringend notwendig, dass wir auch an die Bezieherinnen und Bezieher von Hartz IV denken, an die Menschen, die schon zu normalen Zeiten kaum genug zum Leben haben. Sie brauchen einen Corona-Zuschlag. Wir fordern die Landesregierung auf, sich endlich auch dafür einzusetzen, in all den Gesprächen, die man mit der Kanzlerin führt, und auch im Bundesrat, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Einige Bereiche sind durch die Pandemie und die beschlossenen Maßnahmen ganz besonders hart getroffen; das sind die Reisebüros, das sind Busunternehmen oder Catering-Firmen, und das ist der gesamte Kultur- und Veranstaltungsbereich, die mit „Alarmstufe Rot“ zu Protesten aufgerufen haben und eine breite Solidarisierung erfahren haben.

In diesen Bereichen sind es gerade die Soloselbstständigen, die weiterhin oft durch die Raster fallen, die oftmals nicht einmal von den Soforthilfen haben profitieren können und die oft keine großen Rücklagen haben. Ich rede hier von selbstständigen Veranstaltungstechnikerinnen, von Schauspielern, von Musikerinnen, Messebauern, Dolmetschern oder Logopädinnen. Diese Menschen fielen in Scharen in die Grundsicherung – oft aber bei gleichbleibenden Kosten. Auch sie brauchen unsere Unterstützung. Wir können diese Menschen nicht damit abspeisen, dass sie erleichterten Zugang zu Hartz IV haben und die Grundsicherung beantragen können. Das reicht nicht.

Noch einmal: Wenn der Bund kein gutes Programm macht, um endlich die Soloselbstständigen zu unterstützen, dann muss das Land etwas tun, dann ist das Land in der Verantwortung. Dafür gibt es ein sehr groß dimensioniertes Sondervermögen, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Denn Kultur ist essenziell für die Gesellschaft, sie ist systemrelevant. Deshalb müssen Kultureinrichtungen und Kulturschaffende unterstützt werden. Die Frage ist doch: Wie sieht diese Gesellschaft nach dieser Krise aus? Gibt es dann das kleine Programmkino um die Ecke noch, das gerade ganz akut bedroht ist? Gibt es die soziokulturellen Zentren noch? Gibt es die freien Theater noch? Gibt es die Musikschule noch, oder aber den Musiklehrer, der dort als

Honorarkraft tätig ist? Denn auch die Musikschulen werden geschlossen, die zu Beginn der Krise den 1:1-Unterricht eingeführt haben. All diese Einrichtungen – –

(Nancy Faeser (SPD): In Hessen!)

– In Hessen. – All das zeigt doch, was lebenswerte Städte und Kommunen ausmacht, nämlich das kulturelle Leben. Man kann verkraften, wenn das ein paar Wochen nicht stattfindet. Wir können aber nicht verkraften, wenn all diese Einrichtungen nicht mehr öffnen, weil es ihnen nicht reicht, dass ihnen einen Monat geholfen wird. Sie brauchen eine dauerhafte Hilfe.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Ich will nur darauf hinweisen: Auch bei den Schaustellern ist die Lage verheerend, insbesondere denjenigen, die auf Weihnachtsmärkte spezialisiert sind. Alle Weihnachtsmärkte werden abgesagt. Das bedeutet für viele Menschen in diesem Land eine soziale Katastrophe. Da bricht nicht einfach das Geschäft eines Monats weg, sondern das Jahresgeschäft.

Es ist doch zu befürchten, dass zum Jahreswechsel viele Unternehmer das Handtuch werfen, wenn die Anzeigepflicht für Insolvenzen wieder in Kraft tritt. Dann stehen viele Arbeitsplätze, die wir über das Jahr über Kurzarbeitergeld für viel Geld gerettet wurden, doch auf der Kippe.

Deshalb sage ich: Die jetzt zugesagte Hilfe wird nicht reichen. Wir müssen darüber diskutieren, wie wir hier zu einem echten Solidarausgleich kommen und wie wir die Menschen, die sehr viel Geld und sehr hohe Vermögen haben, in dieser Krise auch daran beteiligen, die Kosten zu bezahlen, damit wir kein Auseinanderdriften der Gesellschaft haben.

(Beifall DIE LINKE)

Letzten Monat waren immer noch mehr als 270.000 Menschen in Hessen in Kurzarbeit; das sind 10 % aller Beschäftigten des Landes, Menschen, die Probleme haben, ihre Rechnungen zu bezahlen. Es ist ein großes Versäumnis, dass das Kurzarbeitergeld nicht an Weiterbeschäftigungsgarantien gekoppelt wurde. Continental ist doch geradezu ein Paradebeispiel dafür: erst Kurzarbeitergelder und Liquiditätshilfen kassieren, dann Dividendenausschüttung an Aktionäre und jetzt ein massiver Stellenabbau samt Arbeitsplatzverlagerung ins Ausland.

Es muss in Zukunft ausgeschlossen sein, dass Beschäftigte mit Lohneinbußen in Kurzarbeit geschickt werden, die Unternehmen aber gleichzeitig Milliarden an Boni und Dividenden ausschütten. Betriebe mit Beschäftigten, die Kurzarbeitergeld beziehen, müssen verpflichtet werden, dass die Arbeitsplätze auch erhalten werden und nicht direkt nach dem Kassieren der Kurzarbeitergelder Standorte geschlossen werden.

(Marius Weiß (SPD): Das Kurzarbeitergeld bekommen die Beschäftigten!)

Deswegen sage ich: Solidarität mit den Beschäftigten bei Conti, aber auch mit den Beschäftigten bei ABB und mit all den anderen, die an Industriestandorten jetzt um ihre Arbeitsplätze kämpfen. Wir wissen auch, dass es da vielfach gar keinen direkten Zusammenhang zur Corona-Krise gibt, sondern dass diese Corona-Krise von Unternehmen auch missbraucht wird, um Sauerleihen durchzusetzen, die man all die Jahre schon geplant hat. Wenn man Monate vorher noch Kurzarbeitergeld abgreift, dann kann man

nicht zwei Monate später sagen: Und jetzt tschüss, jetzt bauen wir Zehntausende Arbeitsplätze ab. – Deswegen: Solidarität mit den Beschäftigten, mit den Gewerkschaften. Diese Industriearbeitsplätze müssen erhalten werden, und dazu brauchen wir ein starkes Signal des Hessischen Landtages, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Nur, weil es angesprochen wurde. Ja, die Lufthansa wurde gerettet. Aber die Menschen zittern um ihre Arbeitsplätze. Denn man gibt Milliarden aus und knüpft das nicht an Beschäftigungsgarantien. Das müssen jetzt die Beschäftigten bei der Lufthansa ausbaden.

Auch Fraport will Arbeitsplätze abbauen. Hier ist das Land nun in ganz direkter Verantwortung, weil Fraport sich mehrheitlich in öffentlicher Hand befindet. Wir sind der Meinung, hier müssen die Stadt Frankfurt und das Land Hessen Druck auf Fraport machen, dass nicht Arbeitsplätze abgebaut werden. Hier muss das Land auch in die Verantwortung gehen und sagen: Wir müssen die Arbeitsplätze erhalten. – Man kann nicht über die Jobmaschine Frankfurter Flughafen reden, wenn der Flugverkehr gerade expandiert, und sagen, wie wichtig jeder Arbeitsplatz ist, wenn man den Flughafen ausbauen will; aber, wenn es in die Krise gerät, hinnehmen, dass Lufthansa, Fraport und viele andere Arbeitsplätze abbauen und damit Beschäftigte in Existenzsorgen geraten. Nein, auch jetzt muss man um die Arbeitsplätze kämpfen, und da ist das Land in der Verantwortung.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD – Zuruf: Wo leben Sie denn?)

Nun soll das private, das wirtschaftliche und das kulturelle Leben wieder weitgehend zum Stillstand kommen. Ja, es ist gut, dass zumindest für den November Regelungen getroffen wurden, um Umsatzausfälle zumindest für diejenigen auszugleichen, die zur Schließung gezwungen werden, etwa in der Gastronomie.

Viele sind aber auch sehr indirekt betroffen, und auch für die müssen wir versuchen Lösungen zu finden. Wir wollen nicht, dass die kleine Eckkneipe, das Café oder das Restaurant in drei Monaten gar nicht mehr wiedereröffnen kann, weil es nicht mehr existiert.

Da will ich noch einmal darauf hinweisen, dass auch gerade die Schuldnerberatungen in Hessen Alarm schlagen. Die Schuldnerberatungen sagen, es kommen immer mehr Menschen, auch Menschen mit sonst gesicherten Einkommen, Inhaber von kleinen Betrieben, Soloselbstständige. Laut Caritas stieg die Zahl der Hilfesuchenden in ihren Einrichtungen um 67 % im Vergleich zum Herbst 2019. Da droht eine massive Überschuldung.

Deshalb ist eine Frage auch hier ganz entscheidend, das ist die Frage der Mieten. Denn weniger Einnahmen bei gleichbleibenden Mieten sind eine Schuldenfalle für viele Menschen. Die Situation am Wohnungsmarkt verschärft sich. Menschen, denen in der ersten Corona-Welle die Miete gestundet wurde, stehen teilweise vor Schuldenbergen. Nach dem Ende des Kündigungsmoratoriums droht ihnen die Kündigung, sie stehen möglicherweise vor der Obdachlosigkeit. Mieterinitiativen berichten, dass seit dem Sommer mehr und mehr Menschen Probleme haben, ihre Miete fristgerecht zu zahlen oder ihre Mietschulden zu begleichen.

Ohne ein neues Mietschuldenmoratorium droht eine Welle von Kündigungen und Zwangsräumungen. Deswegen brauchen wir ein Mietschuldenmoratorium. Wir brauchen ein Verbot von Zwangsräumungen, und wir brauchen auch ein Verbot von Strom- und Wassersperrungen für Menschen, die ihre Rechnungen nicht bezahlen können. Denn mitten in einer Pandemie darf man wirklich niemandem die Heizung oder den Strom abdrehen oder ihn aus seiner Wohnung räumen lassen, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Das betrifft Privatpersonen, das betrifft aber auch Kleingewerbe, Restaurants und Kneipen. Um einer Verödung der Innenstadt vorzubeugen, müssen wir hier tätig werden. Niemand darf während der Pandemie-Krise seine Wohnung verlieren, und kein Geschäft darf zur Aufgabe gezwungen werden, weil sie die Miete nicht zahlen können.

Auch bei diesen Maßnahmen, die jetzt ergriffen wurden, ist immer wieder auffällig, dass es eine enorme Diskrepanz zwischen den Beschränkungen der persönlichen Freiheiten und dem weitgehend unregulierten Arbeitsleben gibt. Das zeigte sich drastisch bei den Ausbrüchen in den Schlachthöfen.

Umso ärgerlicher ist es, dass die Unionsparteien nun das Arbeitsschutzkontrollgesetz auf Bundesebene blockieren und es im Interesse der Fleischlobby aufweichen wollen. Das ist es, was die Unionsparteien gerade im Bundestag machen. Es steht mittlerweile in den Sternen, ob das Gesetz, das Minister Heil angekündigt hat, ab dem 1. Januar nächsten Jahres in Kraft treten kann. Um die deutsche Billigfleischproduktion bei Tönnies und Co. am Laufen zu halten, wird hier mit der Gesundheit von Menschen gespielt. Da sagen wir: Werkverträge und Leiharbeit in der Fleischindustrie gehören ohne Ausnahme verboten. Ich fordere die Unionsparteien auf, ihren Widerstand dagegen aufzugeben – im Interesse der Konsumentinnen und Konsumenten, vor allem aber im Interesse der Beschäftigten in diesen Betrieben, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Auch jenseits der Schlachthäuser: Es können nicht alle im Homeoffice arbeiten. Viele müssen das Haus verlassen, um unsere Gesellschaft am Laufen zu halten, im Handel, in der Pflege, in der Logistik. Da bleibt es den Arbeitgebern weitgehend frei, wie sie Hygienekonzepte aufstellen und kontrollieren, während sich drei Nachbarinnen, streng genommen, nicht mehr mit Sicherheitsabstand auf der Straße unterhalten dürfen. Das ist eine Schiefelage. Wenn wir die persönliche Freiheit und die Kontakte von Menschen beschränken – ja, dafür gibt es Gründe –, dann muss man auch den Arbeitgebern klare Vorgaben machen und kann nicht sagen: „Bitte schickt doch mal die Leute ins Homeoffice, wenn es geht“, sondern wir brauchen verbindliche Arbeitsschutz- und Hygienestandards auch in den Betrieben. Das haben die letzten Monate und die Corona-Ausbrüche in einigen Betrieben immer wieder gezeigt.

Ich will zu den Schulen kommen. Der Hessische Kultusminister hatte seit den Schulschließungen im März mehr als ein halbes Jahr Zeit, tragbare Unterrichtskonzepte unter hohen Hygienestandards zu entwickeln. Und was haben Sie gemacht, auch Sie? – Ziemlich wenig. Im August, zum Start ins neue Schuljahr, wurden die Schulen wieder geöffnet, und zwar so, als gäbe es keine Pandemie. Schon damals haben viele den Kopf geschüttelt. Lehrkräfte hatten Angst um ihre Gesundheit und um die Gesundheit der

Schülerinnen und Schüler. Diese Angst hat sich angesichts der rasant steigenden Infektionszahlen natürlich verstärkt.

Wir haben, zusammen mit der SPD, schon vor den Sommerferien einen Antrag eingebracht, in dem wir den Kultusminister zum Handeln aufgefordert haben. Darin findet sich die Forderung nach kleineren Lerngruppen ebenso wie die Forderung nach einem verbindlichen Stufenplan. Gegen Letzteres hat sich sowohl der Minister als auch die ganze Landesregierung mit Händen und Füßen gewehrt. Erst als auf der Kultusministerkonferenz beschlossen wurde, solche Stufenpläne aufzustellen, bewegte sich etwas.

Da frage ich: Herr Lorz, warum wollen Sie das nicht? Ich befürchte, Sie wollen das nicht, weil Sie dann Verantwortung übernehmen müssten, und das ist, milde gesagt, nicht gerade so Ihr Ding. Sie sind der Minister, der sich immer wegduckt und die Verantwortung für die Lösung von Problemen auf die Schulen und die Schulträger vor Ort verlagert.

Deswegen kam auch jetzt wieder der Hinweis aus dem Kultusministerium, die Maßnahmen müssten vor Ort in den Schulen entschieden werden, in Kooperation mit den Gesundheitsämtern. – Einmal davon abgesehen, dass dann ein Stufenplan gar nicht notwendig wäre, ist das schon eine Frechheit. Denn die Gesundheitsämter sind heillos überlastet, und die Schulen sind sich selbst überlassen, wenn sie entweder teilweise oder ganz schließen. Dann müssen die Lehrkräfte und die Schulleitungen den Eltern Rede und Antwort stehen. Es gibt gar keinen Plan, wie digitaler Unterricht durch welche Lehrkräfte umgesetzt werden soll.

Jetzt war über sechs Monate Zeit, Schulen und Lehrkräfte dafür fit zu machen, die technische Ausstattung zu verbessern, und da ist sehr wenig geschehen. Die Schülerinnen und Schüler sind nicht vernünftig ausgestattet worden; schon da hakt es. Konzepte von Schulen, die digital arbeiten wollten, wurden bis vor den Herbstferien seitens des Ministeriums noch pauschal abgelehnt. Das muss man sich einmal vorstellen.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Schlimm ist, wenn das Kultusministerium keine Innovationen voranbringt. Aber Schulen auch noch daran zu hindern, solche zu entwickeln, das finde ich echt einen Hammer.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Nach über sechs Monaten ist nicht einmal die eventuelle Notfallbetreuung an Grundschulen geregelt, falls es zu Teilschließungen oder Komplettschließungen kommt – nicht einmal das. Sobald es konkret wird, wird sich gewunden.

Wenn ich Ihnen einmal sagen darf, was das RKI empfiehlt z. B., ab einer Inzidenz von 50 die Klassen deutlich zu verkleinern. Frankfurt liegt bei 200 – ich weiß nicht, was der genaue Tageswert ist –, Offenbach bei 250.

Das RKI rät auch dringend zum Lüften. Die Empfehlung hat sich der Kultusminister zu eigen gemacht. Aber wie soll denn das im Winter bei minus 10 Grad gehen?

Dann haben wir noch das Problem, dass wir Klassenräume haben, die rein baulich oder technisch gar nicht zu lüften sind. Hier brauchen wir doch umgehend Filteranlagen, die zur Verfügung gestellt werden. Da ist doch bisher fast nichts passiert. Dabei hat der Ministerpräsident schon Erfahrungen mit Filteranlagen sammeln können. In der

Staatskanzlei gibt es sie bereits. Aber in den Schulen hat man den ganzen Sommer versäumt, diese einzubauen – gerade in Schulräumen.

(Zuruf Minister Michael Boddenberg)

– Schön, dass Sie auch wieder hier sind, Herr Finanzminister. – Gerade in den Schulen haben Sie den Sommer nicht genutzt, um diese Filteranlagen einzubauen, obwohl wir wissen, dass sich viele Räume nicht lüften lassen, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Die GEW hat zusammen mit dem Landeselternbeirat, der Landesschülervertretung und dem Grundschulverband einen offenen Brief verfasst. Die Schülerinnen und Schüler haben Angst, morgens in völlig überfüllten Bussen in die Schule zu fahren, wo sie gegebenenfalls mit 29 anderen Kindern, die ebenfalls in völlig überfüllten Bussen zur Schule gefahren sind, den halben Tag in einem kleinen Raum verbringen. Dass Infektionsketten in diesen Fällen nicht nachvollziehbar sind, ist auch klar.

Um Schulen möglichst offen zu halten und trotzdem keine unnötigen Risiken für die dort Beschäftigten und die Schülerinnen und Schüler einzugehen, ist ein konkreter und verbindlicher Plan notwendig. Ich sage auch an der Stelle: Die Corona-Krise zeigt die Schwachstellen, die wir auch vorher schon im Bildungssystem hatten, nämlich den schlechten baulichen Zustand an Schulen. Wie oft haben wir in diesem Hause schon darüber geredet? – Wir haben einen baulichen Zustand, der an vielen Stellen das Lüften, das Abstandhalten oder auch nur das regelmäßige Händewaschen unmöglich macht. Wir haben zu große Klassen. Wir haben Lehrermangel, und es gibt eine soziale Kluft bei den Bildungschancen. Das haben die Monate der Schule zu Hause, des Homeschoolings, gezeigt: Wer Eltern hat, die helfen können, ist im Vorteil. Aber Jugendliche und Kinder aus Familien, in denen die Eltern keine Zeit oder Kapazitäten haben, zu helfen, werden abgehängt. Auf diese Missstände im Bildungssystem haben die Schülervertretungen, die Elternbeiräte, die GEW und auch die Opposition in diesem Hause seit vielen Jahren hingewiesen. Aber das ist bei diesem Kultusminister nicht auf offene Ohren gestoßen.

Deswegen sage ich: Genauso, wie wir einen Kurswechsel im Gesundheitswesen brauchen, brauchen wir nach dieser Krise auch in der Bildung eine andere Aufstellung, nämlich dass Bildung endlich die Bedeutung bekommt, die sie verdient, dass die Schülerinnen und Schüler in diesem Land in guten Gebäuden mit guter technischer Ausstattung und mit genügend Lehrkräften arbeiten und dass nicht mehr versucht wird, dauernd die Verantwortung von einer Ebene auf die andere abzuschieben, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Durch die Corona-Krise sind auch viele Studierende in Not geraten. Viele haben ihre Nebenjobs verloren und kommen kaum über die Runden. Der Fonds, der von der Landesregierung im Frühjahr aufgelegt wurde, war nach zwei Stunden ausgeschöpft. Von der Bundesbildungsministerin kam eigentlich gar nichts. Auch hier kann ich nur appellieren: Lassen wir die Studierenden nicht im Stich. Sie hatten sowieso schon die größten Probleme mit dem letzten Digitalsemester. Wie es in diesem Semester weitergeht, weiß man noch nicht. Aber wir müssen uns auch um die sozialen Nöte der Studierenden kümmern.

Zu Hause bleiben ist besonders schwierig für die Menschen, die beengt in Flüchtlingsunterkünften in Mehrbettzimmern leben. Dort gibt es besonders viele Infektionen. Die Landesregierung hat in den vergangenen Monaten versäumt, Maßnahmen zu ergreifen, um die Menschen, die in Sammel- und Geflüchtetenunterkünften leben und arbeiten, ausreichend zu schützen. Das Übertragungsrisiko ist in einer Gemeinschaftsunterkunft besonders hoch, da Menschen hier auf engem Raum zusammenleben, sich Wohn-, Ess- und Sanitärräume teilen. Es liegt auf der Hand, dass dann die Ansteckungsrisiken besonders groß sind.

Hessen ist ein Bundesland, das im Vergleich zu anderen Bundesländern besonders viele Geflüchtete in Massenunterkünften unterbringt. Dass dieser Missstand das Risiko birgt, viele Massenausbrüche in Gemeinschaftsunterkünften zu haben, war vorhersehbar. Wenn es die Landesregierung nicht vorhergesehen hat, gab es immer noch die sozialen Träger, die Flüchtlingsinitiativen und wir LINKE, die schon seit Beginn der Pandemie eindringlich vor der Gefahr gewarnt haben und eine deutliche Entzerrung bei den Unterkünften gefordert haben.

(Zuruf Robert Lambrou (AfD))

Es kann doch nicht sein, dass während einer Pandemie Menschen, die noch nicht einmal zu einer Familie gehören, in Sechsbettzimmern schlafen müssen, dass sich zehn Menschen eine Toilette und eine Dusche teilen sollen. Unter diesen Bedingungen ist Abstandhalten doch gar nicht möglich.

Die Landesregierung hätte kurzfristig Jugendherbergen und leer stehende Hotels anmieten können. Doch sie hat nicht gehandelt. Sie hat auch nicht gehandelt, als sich im Mai 65 Flüchtlinge in einer Gemeinschaftsunterkunft in Frankfurt infiziert haben. Sie hat nicht gehandelt, als es zu weiteren Ausbrüchen in Alsfeld, in Offenbach, in Darmstadt-Dieburg, in Wiesbaden, in Kassel, in Treysa und zuletzt in Büdingen kam. Hunderte haben sich infiziert, alle Bewohnerinnen und Bewohner mussten unter diesen beengten Bedingungen in Kollektivquarantäne.

Um das noch einmal zu verdeutlichen: Laut einer bundesweiten Studie sind 18 % der Bewohnerinnen und Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften positiv getestet worden. Zum Vergleich: In der Gesamtbevölkerung sind es 0,6 %. Wann fangen Sie endlich an, gegen diese Hotspots vorzugehen? Wann fangen Sie an, die Menschen in den Unterkünften zu schützen und sie endlich dezentral, sicher und menschenwürdig unterzubringen? Das ist ein Versäumnis dieser Landesregierung und ein Missstand, auf den Sie so oft hingewiesen wurden – und Sie haben nicht gehandelt.

(Beifall DIE LINKE und Freie Demokraten)

Auch andere Unterkünfte haben sich als Hotspots für Infektionen erwiesen, gerade im Bereich der sogenannten Wanderarbeiter, wo viele Menschen unter furchtbaren Arbeits-, aber auch Lebensbedingungen wohnen. Auch hier haben wir viele Ansteckungen erlebt.

Wir sollten auch an die bundesweit etwa 700.000 obdachlosen Menschen denken, die nicht zu Hause bleiben können. Die Obdachlosenunterkünfte können nicht mehr voll belegt werden, Teestuben und Wärmecafés, die in den nächsten Wochen noch wichtiger werden, können nur im Schichtbetrieb öffnen. In der ersten Welle waren Tafeln, Kleiderkammern und andere Einrichtungen geschlossen.

Damit muss jetzt natürlich auch gerechnet werden. Bei dieser Landesregierung wird auch deutlich, dass Sie viele Gruppen vergessen. Ganz besonders vergessen Sie in der Gesellschaft die Gruppen, die man schon zuvor nicht sehen wollte. Wir sind mitten in einer Pandemie, und der Winter naht. Tun Sie etwas für die obdachlosen Menschen, stellen Sie Unterkünfte bereit – gerade jetzt ist das dringend notwendig.

(Beifall DIE LINKE)

Unsere Antwort auf die Krise heißt Solidarität. Die Krise trifft nämlich manche stärker als andere; manche stehen vor den Scherben ihrer Existenz. Menschen bis in die Mittelschicht wissen nicht mehr, wie sie ihre Familien ernähren sollen. Aber es gibt auch Menschen, die sehr hohe Vermögen haben, und es gibt Menschen, die in dieser Krise gut verdienen. Deshalb fordern wir eine Corona-Sonderabgabe auf sehr große Vermögen. Denn die Frage ist, wer am Ende für die Krise bezahlt. Diese Frage wird sich stellen. Ich befürchte, sie wird sich spätestens nach der Bundestagswahl stellen. Diese Krise kann nicht von den Menschen bezahlt werden, die jetzt schon so viele Einkommenseinbußen hinnehmen müssen. Vielmehr ist es jetzt an der Zeit, über Umverteilung nicht nur zu reden, sondern sie endlich auch umzusetzen.

(Beifall DIE LINKE)

Einen Punkt zu unserem Antrag will ich ansprechen. In Sonntagsreden ist die Polizei der Landesregierung immer besonders wichtig. Aber auch hier zeigen sich unter Corona-Bedingungen besondere Herausforderungen bei den Großlagen. Der Einsatz von etwa 1.000 Polizeikräften im Dannenröder Wald ist nicht nur politisch falsch, sondern er wird durch die steigenden Infektionszahlen auch zunehmend gefährlich.

(Robert Lambrou (AfD): Das gilt aber auch für die Demonstranten!)

Die Verantwortung kann man nicht auf die Demonstranten schieben nach dem Motto: „Demonstriert doch mal nicht. Was nehmt ihr in der Krise eure Grundrechte wahr?“

(Robert Lambrou (AfD): Beim Abseilen auf die Autobahn?)

Diese Autobahn wurde 40 Jahre lang geplant. Das war politisch ein Fehler. Aber da kommt es doch jetzt auf ein paar Monate auch nicht mehr an. Dieser Großeinsatz der Polizei ist absolut vermeidbar, und er ist unnötig. Er gefährdet die Gesundheit von Waldbesetzerinnen und Waldbesetzern und auch von Polizeibeamten.

(Beifall DIE LINKE – Marius Weiß (SPD): Dann sollen die von den Bäumen herunterkommen! Dann muss die Polizei nicht hin!)

– Ich weiß gar nicht, was ihr euch aufregt.

Vizepräsidentin Karin Müller:

Moment mal, ein bisschen Ruhe. Frau Wissler hat noch vier Minuten Redezeit.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Für den Castor-Transport gilt Ähnliches. Die Gewerkschaft der Polizei hat sich sehr besorgt gezeigt angesichts des an-

stehenden Castor-Transports und gefordert, ihn zu unterlassen, weil bei den Einsätzen zwangsläufig Situationen entstehen, in denen Hygienevorschriften nicht beachtet werden können.

Deswegen: Stoppen Sie die Rodungen im Dannenröder Wald. Schützen Sie die Waldbesetzer, die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten und nebenbei noch den Wald und das Klima. Das wäre eine sinnvolle Entscheidung.

(Beifall DIE LINKE)

Die von uns geforderten sozialen Maßnahmen wären notwendig, um Menschen in Not konkret zu helfen. Bei allen Maßnahmen muss die demokratische und parlamentarische Beteiligung sichergestellt werden. Wenn Grundrechte eingeschränkt werden, dann muss das demokratisch beschlossen und kontrolliert werden. Das Grundgesetz kennt aus guten Gründen kein Aussetzen von Grundrechten. Deswegen müssen Ihre Einschränkungen ständig auf ihre Verhältnismäßigkeit überprüft werden. Die Unverletzbarkeit der Wohnung und das Demonstrations- und Versammlungsrecht dürfen nicht infrage gestellt werden, und Notstandsretorik ist hier wenig hilfreich.

Es hat in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie so umfassende Grundrechtseingriffe gegeben. Sie dürfen in keiner Weise zum Dauerzustand werden. Hier gilt es, auch in der Zukunft wachsam zu sein. Denn am Ende kommt das Argument: Bei Corona hat das ja auch funktioniert. – Dieses Argument darf keine Chance haben. Maßnahmen müssen ab jetzt parlamentarisch in Gesetzesform beschlossen werden. Bisher wurden viel zu viele Freiheitsbeschränkungen durch die Exekutive verordnet. Ein halbes Jahr nach Ausbruch der Pandemie kann sich die Regierung nicht mehr auf eine angebliche Unvorhersehbarkeit berufen, sondern sie muss sich der Debatte stellen – und zwar, bevor sie entscheidet, und nicht, nachdem sie schon entschieden hat, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE und René Rock (Freie Demokraten))

Anders als zu Beginn der Pandemie können jetzt alle erforderlichen Maßnahmen schnell auf regulärem Weg gesetzlich beschlossen werden. Strategie und Maßnahmen gegen die Pandemie dürfen nicht mehr allein unter den Regierungschefs von Bund- und Ländern entschieden werden, sondern sie müssen in den zuständigen Parlamenten beraten und beschlossen werden.

Auch wenn die Kontaktbeschränkungen an vielen Stellen sinnvoll sind, bitte ich doch, darauf Rücksicht zu nehmen, dass es Menschen in verschiedenen Lebensmodellen gibt. Es gibt z. B. Menschen, die in einer WG wohnen und bei denen es sehr schwer ist, sich auf einen Haushalt festzulegen, den man zukünftig noch treffen kann. Deswegen finde ich es wichtig, bei Kontaktbeschränkungen, die sinnvoll sind, auch zu berücksichtigen, dass es andere Lebensmodelle gibt, und sich auch in diese hineinzusetzen, meine Damen und Herren.

Ein Letztes. Ich möchte sagen, dass es von rechten Gruppen den Versuch gibt, diese Krise zu nutzen. Da wird auf Kundgebungen ganz bewusst auf die Maske verzichtet, so wie auch im Landtag von der Fraktion der AfD. Da wird von einer Diktatur geschwafelt. Ich kann nur sagen: Diesen rechten Umtrieben darf man in dieser Krise keine Chance geben. Die Menschen, die wirklich dringende soziale Nöte haben, brauchen sicher nicht die AfD. Sie können sich

auch nicht auf die AfD verlassen, weil es Ihnen darum geht, diese Krise für Ihre billige Propaganda auszunutzen. Ihnen geht es nicht darum, Menschen in Not zu helfen.

(Beifall DIE LINKE, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wir wissen nicht, wann diese Krise überwunden sein wird und wie das unsere Gesellschaft verändert. Wir wissen auch nicht, wie hoch die Summen sind, die zur Bewältigung aufgewendet werden müssen. Diese Krise erfordert vor allem eines: Solidarität – Solidarität mit all denen, die diese Krise besonders hart trifft: gesundheitlich, finanziell und persönlich.

(Dr. Frank Grobe (AfD): Geben Sie doch Ihre Milliarden!)

Vieles wird sich verändern. Das kann auch eine Chance eröffnen, Wirtschaft und Gesellschaft anders und gerechter zu organisieren, wenn wir Hilfen und Lasten gerecht verteilen und einen sozial-ökologischen Umbau einleiten.

Enden möchte ich mit einem Dank an all die Menschen im Land, die trotz schwieriger Lage den Laden am Laufen halten, durch ihre Arbeit im Krankenhaus, in der Altenpflege, im Supermarkt, im ÖPNV, im Lieferverkehr, in der Schule oder Kita, die Überstunden machen in den Gesundheitsämtern.

Vizepräsidentin Karin Müller:

Frau Abg. Wissler, Ihr Dank müsste kürzer ausfallen.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Ich war im letzten Satz. – All ihnen sind wir zum Dank und zur Anerkennung für ihre Arbeit verpflichtet. All denen, die an COVID erkrankt sind, wünschen wir einen möglichst milden Verlauf und gute Besserung. – Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE und vereinzelt SPD)

Vizepräsidentin Karin Müller:

Vielen Dank, Frau Abg. Wissler. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich der Abg. Mathias Wagner zu Wort gemeldet.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will zu Beginn der Debatte den erkrankten Mitarbeitern des Ministerpräsidenten beste Genesungswünsche übermitteln und hoffe sehr, dass sich der Ministerpräsident nicht angesteckt hat. Ich finde, das muss am Anfang einer solchen Debatte stehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, vereinzelt SPD, AfD und auf der Regierungsbank)

Ich bin sehr überrascht über einige Redebeiträge in dieser Debatte. Ich bekomme sie nicht in Einklang mit dem, worüber die Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern am Mittwoch beraten und – wie ich finde – auch sehr verantwortlich entschieden haben.

Denn diese Regierungschefinnen und Regierungschefs werden doch von den Parteien, von den demokratischen Parteien, die hier im Landtag vertreten sind, entweder selbst gestellt, oder ihre Regierungen werden von Parteien, die hier im Parlament sind, getragen. Ich verstehe also manchen Redebeitrag heute hier im Plenum nicht,

(Torsten Warnecke (SPD): Das macht auch nichts! Das muss man nicht alles verstehen!)

zumal die SPD zahlreiche Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten stellt, die CDU zahlreiche Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten stellt, die GRÜNEN einen Ministerpräsidenten stellen und auch DIE LINKE einen Ministerpräsidenten stellt. Vor diesem Hintergrund verstehe ich die Vehemenz nicht, mit der hier vorgetragen wird, dass alles das, was die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten gemeinsam mit der Bundeskanzlerin beschlossen haben, angeblich so falsch und so unverantwortlich sei. Ich verstehe die Vehemenz dieser Debatte nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zuruf Christiane Böhm (DIE LINKE))

Uns sollte die Tatsache, dass alle demokratischen Parteien in diesem Haus am Zustandekommen dieser Entscheidung beteiligt waren, zu der Erkenntnis führen, dass manch scheinbar einfache Parole, die hier vorgetragen wurde, eben nicht so einfach ist. Uns alle sollte das dazu führen, zu sagen, dass dort sehr verantwortlich entschieden wurde, dass man sich sehr genau mit der Krise beschäftigt und überlegt hat, welche Konsequenzen die Krise jetzt erforderlich macht.

In welcher Situation sind wir, meine Damen und Herren? Wir sind sicher nicht in einer Situation, in der wir uns, wie das hier in einigen Redebeiträgen geschehen ist, mit Polemik, mit Schuldzuweisungen oder mit parteipolitischem Streit beschäftigen sollten. Wir sind vielmehr in einer Situation, in der wir in Deutschland, in der wir in Hessen, in der wir in Europa und in der wir auf der ganzen Welt in der Gefahr stehen, dass sich dieses Virus wieder unkontrolliert ausbreitet.

Was bedeutet „unkontrollierte Ausbreitung“? Das bedeutet, dass unser Gesundheitssystem dieser Ausbreitung nicht mehr gewachsen wäre. Und auch das klingt vielleicht sehr abstrakt, aber das heißt sehr konkret: Wenn unser Gesundheitssystem einer unkontrollierten Ausbreitung nicht gewachsen ist, haben wir eine erhebliche zusätzliche Anzahl schwererer Verläufe der Erkrankung und eine erhebliche zusätzliche Zahl an Toten, als sein müsste. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist doch der Ansatzpunkt der Debatte. Den zentralen Gegenstand dieser Debatte bildet die Frage, wie wir das vermeiden können. Darum geht es doch in dieser Debatte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Der Kollege Rock sagt, richtig sei, dass die Belegungszahlen auf den Intensivstationen angestiegen seien, aber man müsse das zu den deutlich gestiegenen Kapazitäten ins Verhältnis setzen. Ich stelle als Erstes fest: Diese deutlich gestiegenen Kapazitäten sind nicht vom Himmel gefallen, sondern sie stellen das Ergebnis von verantwortlich getroffenen politischen Entscheidungen und vom Engagement im Gesundheitswesen dar.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Aber, Herr Kollege, Rock, was wollen Sie damit eigentlich sagen, dass noch Kapazitäten frei sind? Was soll eigentlich die Aussage Ihres Vortrags sein?

(Zuruf René Rock (Freie Demokraten))

Wollen Sie warten, bis diese Kapazitäten erschöpft sind oder gar überschritten werden? Was ist denn die Aussage des Vortrags, den Sie hier zum Besten gegeben haben?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zuruf René Rock (Freie Demokraten))

Durch den Anstieg der Belegungszahlen und aus der Begrenztheit der Belegungszahlen folgt doch gerade, Herr Kollege Rock, dass wir jetzt handeln müssen und dass wir es eben nicht darauf ankommen lassen dürfen, dass die Kapazitäten erschöpft oder sogar überschritten sind.

Herr Kollege Rock, Fragen stellen kann ich auch viele. Polemisch daherreden kann ich auch; das sprechen Sie mir sogar nicht ab.

(Marius Weiß (SPD): Ja, das können Sie sehr gut! – Weitere Zurufe)

Sinnfreie oder falsche Behauptungen in den Raum stellen, das kann ich auch. Aber in Ihrer Rede hat es überhaupt an Ausführungen gefehlt, was Sie jetzt eigentlich tun würden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Die Menschen in unserem Land machen sich Sorgen um ihre Gesundheit. Sie machen sich Sorgen um ihre sozialen Kontakte. Sie machen sich Sorgen um ihren Arbeitsplatz. Was war das Wesentliche der Rede des Kollegen Rock? Er arbeitet sich an dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Tarek Al-Wazir ab.

(Robert Lambrou (AfD): Sie haben dem Kollegen nicht zugehört! – Gerald Kummer (SPD): Das ist sein gutes Recht!)

Das mag Ihre Antwort auf die Krise sein. Unsere ist es nicht, Herr Kollege Rock.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Sie sollten sich vielleicht in einem ruhigen Moment an diesem Samstagnachmittag fragen, Herr Kollege Rock, wie eigentlich die Rede, die Sie hier gehalten haben, auf Ihre Kollegen wirkt, die in Nordrhein-Westfalen, die in Schleswig-Holstein und die in Rheinland-Pfalz politische Verantwortung tragen. Denn Ihre Rede war doch – ich darf sie kurz zusammenfassen –: Die sind alle doof, nur René Rock nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – René Rock (Freie Demokraten): Das ist Ihre Haltung! – Zuruf Marius Weiß (SPD) – Weitere Zurufe)

Ich sage ausdrücklich: Ich habe viel Bedarf an politischen Debatten mit den Mitgliedern der FDP in anderen Landesregierungen. Ich sehe manches anders. Wir haben andere Grundüberzeugungen. Aber, Herr Kollege Rock, ich würde den Mitgliedern der FDP in anderen Landesregierungen niemals absprechen, dass sie verantwortlich handeln, dass sie das Beste tun, um dieser Krise gerecht zu werden. Sie sollten es auch nicht tun, Herr Kollege Rock. Sie sollten es weder Ihren eigenen Regierungsmitgliedern absprechen, noch sollten Sie es den Mitgliedern dieser Landesregierung absprechen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wir stehen vor der Herausforderung, dass drei von vier – ich wiederhole: drei von vier – Neuinfektionen mit dem Corona-Virus nicht mehr nachvollzogen werden können. Wir wissen nicht, wo die Ansteckung erfolgt. Weil wir das nicht wissen, ist die bisher verfolgte Politik, begrenzte Eingriffe zu machen, an ihr Ende geraten. Wenn wir nicht wissen, wo die Infektionen stattfinden, müssen wir, wenn wir verantwortlich handeln, die Kontakte insgesamt beschränken.

(René Rock (Freie Demokraten): Das habe ich doch gesagt!)

Genau das geschieht im Moment: Kontakte reduzieren, Maske tragen, Abstand halten. – Darauf haben sich Regierungschefinnen und -chefs von Bund und Ländern verständigt. Ich finde, das ist genau richtig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Ich bin, ehrlich gesagt, ein bisschen davon befremdet, warum man den 17 Regierungschefinnen und -chefs von Bund und Ländern teilweise in dieser Debatte verantwortliches Handeln abspricht. Ich verstehe, offen gesagt, nicht, was daran kritikwürdig ist, dass sich die Regierungschefinnen und -chefs am Mittwoch in unserem föderal organisierten Land zusammengesetzt und darüber beraten haben, wie wir gemeinsam in unserer föderalen Ordnung das Virus bekämpfen. Das ist doch nicht kritikwürdig; das ist doch ausdrücklich verantwortliches Handeln, dass wir nämlich gemeinsam dieses Virus bekämpfen, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wer hätte das denn sonst tun sollen? Also: Reden wir doch einmal über Alternativen. Wer hätte das denn sonst tun sollen?

(René Rock (Freie Demokraten): Sie sitzen seit drei Stunden hier und haben nicht zugehört! – Robert Lambrou (AfD): Herrn Richter haben Sie auch nicht zugehört!)

Wer hätte in einem föderal organisierten und zu Recht föderal organisierten Land denn sonst Vorschläge erarbeiten sollen? Deshalb sollten wir diese Arbeit hier nicht schlechtreden und sollten sie schon gar nicht –

(Zuruf Dr. Frank Grobe (AfD))

– Sie wollen ernsthaft eine Enquetekommission, um auf eine akute Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung zu reagieren?

(Zuruf: Sie haben nicht zugehört!)

Das glaube ich nun wirklich nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Lachen Robert Lambrou (AfD))

Die Regierungschefinnen und -chefs haben verantwortlich gehandelt.

(Lachen Dr. Frank Grobe (AfD))

Aber natürlich ist es auch richtig, in den Parlamenten darüber zu reden.

(Dr. Frank Grobe (AfD): Sie haben nichts gemacht!)

Nur, meine Damen und Herren, Debattieren ist Silber, Verantwortung übernehmen ist Gold.

(Zuruf SPD: Das passt jetzt gar nicht!)

Ich will ausführen, was ich damit meine. Ja, wir sprechen im Landtag über diese Maßnahmen. Aber dann muss am Ende dieser Debatte aus meiner Sicht und aus meinem Verständnis als Parlamentarier auch stehen, wie wir es denn machen würden.

(René Rock (Freie Demokraten): Wir haben doch Anträge eingereicht!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch das sage ich aus Überzeugung als Parlamentarier: Wir sollten uns nicht selbst das Zeugnis ausstellen, wir hätten in den vergangenen Monaten nicht über die Pandemie geredet und nicht verantwortlich darüber entschieden. Das haben wir getan. Bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns nicht selbst ein solches Zeugnis ausstellen. Wir haben in diesem Landtag 30 Stunden über dieses Thema debattiert.

(Zuruf René Rock (Freie Demokraten))

Wir haben zahlreiche Anträge, wir haben Gesetzentwürfe beraten. Bitte lassen Sie uns nicht sagen, wir hätten uns nicht mit diesem Thema beschäftigt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wenn ich sage: „Wenn wir hier im Landtag beraten, sollten wir auch entscheiden“, meine ich damit, dass es ausdrücklich nicht reicht, wie einige der Vorredner es getan haben, nur zu sagen, was man nicht will. Es reicht nicht, zu sagen, dass man an dem einen oder an dem anderen Punkt die Abwägung, die die Ministerpräsidentinnen, Ministerpräsidenten und die Bundeskanzlerin getroffen haben, falsch findet. Wenn man beraten und entscheiden will, muss man auch konsistent sagen, wie man es selbst machen würde.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Robert Lambrou (AfD): Das haben wir doch getan!)

Ich stelle fest: Ein solcher Vorschlag liegt von FDP und von LINKEN nicht vor.

(Zuruf SPD: Was? – Torsten Felstehausen (DIE LINKE): Lesen hilft! – Nancy Faeser (SPD): Wir haben doch Anträge eingebracht! – Weitere Zurufe)

– Er liegt nicht vor. Sie haben Anträge gestellt, in denen Sie gesagt haben: Dieses und jenes – nein. Dieses und jenes wissen wir besser. Dieses und jenes muss bedacht werden. Dieses und jenes soll getan werden.

(René Rock (Freie Demokraten): Behaupten Sie nicht so etwas Falsches! – Hermann Schaus (DIE LINKE): Das macht er immer so! – Weitere Zurufe)

Aber Sie haben eben nicht den konsistenten Vorschlag gemacht, wie die schwierigen Abwägungen in dieser Krise anders getroffen werden könnten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Das ist der entscheidende Punkt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weise nur einmal darauf hin: Die Sondersitzung des Landtages hat die Landesregierung beantragt.

(Zuruf: Ja, ja! – Weitere Zurufe)

Bauen Sie also bitte hier keinen Popanz und keinen Streit auf. Jeder in diesem Landtag –

(Fortgesetzte Zurufe)

– Nein, es gibt keinen Antrag.

(René Rock (Freie Demokraten): So billig! – Zuruf Günter Rudolph (SPD) – Weitere Zurufe)

Es tut mir leid. Sie haben das gefordert. Die Forderung finde ich ausdrücklich gut und richtig. Aber es gibt bis heute keinen Antrag der Opposition auf die Einberufung einer Sondersitzung des Hessischen Landtages. Den gibt es einfach nicht.

(Lebhafter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – René Rock (Freie Demokraten): Geht es noch billiger? – Zuruf Torsten Felstehausen (DIE LINKE) – Weitere Zurufe)

– Das ist einfach die Realität, Herr Kollege Rock. Ich weiß, das ist schwierig –

(Zuruf René Rock (Freie Demokraten))

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Herr Wagner, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Nein.

(Unruhe)

Bei Ihren faktenbefreiten Reden, Herr Kollege Rock, tun Sie sich schwer damit, dass jemand darauf hinweist, dass schlicht kein Antrag vorliegt.

Meine Damen und Herren, bis heute liegt kein Antrag in diesem Landtag vor.

(Torsten Felstehausen (DIE LINKE): Das ist null Niveau! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Es liegt kein Antrag vor.

Das könnte der Landtag nach Art. 80 unseres Grundgesetzes machen,

(René Rock (Freie Demokraten): Haben wir doch!)

dass er mit einem Gesetz andere Verordnungen ergreift, als es die Landesregierung getan hat. Dieser Landtag könnte das machen. Ich stelle schlicht und ergreifend fest: Auch die Parteien, die hier mit großem Tremolo vorgetragen haben, dass alle anderen doof seien und dass sie alles besser wüssten, haben keinen einzigen Antrag gestellt, wie die Verordnungen in unserem Land anders gemacht werden können – keinen einzigen Antrag.

(Lebhafter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Marius Weiß (SPD): Schöne versöhnliche Rede zum Schluss! – Weitere Zurufe)

Ich will noch etwas sagen: Parlamentarische Beratungen und parlamentarische Entscheidungen – ja. Das sage ich aus tiefster Überzeugung als Parlamentarier.

(Torsten Felstehausen (DIE LINKE): Aber nicht hier!)

– Doch, auch hier und immer. – Aber wir sollten uns davor hüten – auch das ist in dieser Debatte teilweise angeklungen –, den Eindruck zu erwecken, als seien die bisherigen Entscheidungen in der Pandemie, die die Bundesregierung und die die Landesregierungen getroffen haben, weder de-

mokratisch noch rechtsstaatlich legitimiert. Bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen, das sollten wir bei aller Notwendigkeit der parlamentarischen Debatte nicht tun. Alle Entscheidungen, die getroffen wurden, basieren auf von Parlamenten beschlossenen Gesetzen. Wenn jemand der Meinung ist, dass die gesetzliche Basis überschritten wurden, dann bitte: Gehen Sie vor Gerichte. Klagen Sie dagegen.

(Zurufe Freie Demokraten)

Aber bitte – ich meine das sehr ernst – lassen Sie uns nicht die Frage, ob rechtmäßig gehandelt wird oder nicht, zum Gestand von parteitaktischen Überlegungen machen. Lassen Sie uns das bitte nicht tun.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zurufe von der Regierungsbank – Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Ich bitte die Regierungsbank, sich etwas mit Zwischenrufen etc. zurückzuhalten. – Herr Wagner, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Nach wie vor nicht. – Welches Zeugnis stellen Sie eigentlich den Landesregierungen, an denen Sie selbst beteiligt sind, durch eine solche Argumentation aus?

(René Rock (Freie Demokraten): Oh!)

Behaupten Sie tatsächlich, dass Landesregierungen, an denen Sie beteiligt sind, unrechtmäßig handeln? Ich glaube, das wollen Sie nicht unterstellen. Und deshalb: Mäßigen Sie sich. Mäßigen Sie sich in Ihrer Argumentation an dieser Stelle.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wir hatten das schon einmal bei der letzten großen Herausforderung und Krise unseres Landes, als angefangen wurde, darüber zu reden, dass Regierungen nicht rechtmäßig handeln. Es hatte sich sogar jemand dazu verstiegen, von der „Herrschaft des Unrechts“ zu reden. Lassen Sie uns das in dieser Krise nicht machen. Solche Argumente nutzen nur den Feinden unserer Demokratie. Daran haben wir alle kein Interesse, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Selbstverständlich können Regierungen und Parlamente wie alle Menschen irren. Deshalb ist es richtig, über den richtigen Weg zu diskutieren, ihn zu hinterfragen, andere Wege aufzuzeigen und zur Debatte zu stellen. Gerade in einer Krise wie Corona, die wir alle so nicht kannten, wird es immer wieder vorkommen, dass es neue Erkenntnisse gibt. Es wird immer auch vorkommen, dass man sich korrigieren muss. Ja, natürlich wird es auch vorkommen, dass Fehler gemacht werden. Nur bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns das nicht dazu nutzen, anderen abzusprechen, dass sie aktuell nach bestem Wissen und Gewissen handeln.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Saadet Sönmez (DIE LINKE): Vor sechs Monaten hätte man das noch sagen können, aber jetzt nicht mehr!)

Ich habe vorhin gesagt, die Vorschläge, die Anträge von LINKEN und FDP beschreiben heute nur, was Sie alles falsch finden, was nicht richtig ist,

(Zuruf Janine Wissler (DIE LINKE))

was andere machen sollten.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Wir können es ja nicht selbst machen!)

Sie sollten sich vielleicht einmal fragen, wenn das alles so einfach ist, warum dann dort, wo Sie selbst an den Landesregierungen beteiligt sind,

(Robert Lambrou (AfD): Wir sind in keiner Landesregierung! – Gegenruf Günter Rudolph (SPD): Das wäre ja noch schöner!)

nichts, aber auch gar nichts von dem verwirklicht wird, was in den Anträgen steht, die Sie in den Hessischen Landtag einbringen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zurufe)

Ich will ausdrücklich

(Zuruf Janine Wissler (DIE LINKE) – Weitere Zurufe – Glockenzeichen)

die SPD-Fraktion ausnehmen; denn der Antrag, den die SPD eingebracht hat, sagt im Wesentlichen, dass sie einverstanden ist mit den Maßnahmen, die Bund und Länder jetzt auf den Weg gebracht haben.

(Nancy Faeser (SPD) nickt.)

Das ist ausdrücklich ein in sich konsistenter Vorschlag. Das würde ich dann aber auch von den anderen erwarten. Ich finde es auch ausdrücklich gut, dass die SPD sich zu der gemeinsamen Verantwortung zur Bewältigung der Krise bekennt. Das finde ich ausdrücklich gut. Ich hätte mir dann gewünscht, liebe Kollegin Faeser,

(Janine Wissler (DIE LINKE): Jetzt kommt es noch!)

dass man, wenn man in den Grundsätzen übereinstimmt, dann nicht in den Details und in der B-Note versucht, den Eindruck zu erwecken, als sei das nicht so. Das hätte ich mir dann gewünscht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Marius Weiß (SPD): Hast du dir mal die Rede von Frau Göring-Eckardt im Bundestag angehört?)

Meine Damen und Herren, aus meiner Sicht – Sie werden es an meinen Ausführungen gemerkt haben – brauchen wir einen Lockdown sehr dringlich: Das ist der Lockdown der Parteipolitik.

(Zurufe: Oh, oh!)

– Doch, den Lockdown der Parteipolitik.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Es wird immer schlimmer! – Marius Weiß (SPD): Nur weil man Schwarz und Grün nicht mehr unterscheiden kann, können wir schon noch ein bisschen unterschiedlich sein! – Weitere Zurufe)

– Nein, nein, nein. – Gerade in der Krise brauchen wir keine Parteien, die heute so und morgen so reden.

(Zuruf René Rock (Freie Demokraten))

Herr Kollege Rock, wir brauchen keine Parteien, die als Teil der Landesregierung in Rheinland-Pfalz die Maßnahmen richtig finden und dann im Hessischen Landtag die gleichen Maßnahmen bei der Hessischen Landesregierung falsch finden. Herr Kollege Rock, wir brauchen auch keinen Bundesvorsitzenden der FDP, der innerhalb weniger Tage zu dieser Krise erst erklärt,

(Oliver Stirböck (Freie Demokraten): Eben hat er selbst gesagt, er will keine Parteipolitik!)

man dürfe die Lage nicht dramatisieren, dann erklärt, es müsse alles zur Eindämmung des Virus getan werden, und dann erklärt, die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus – –

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Herr Wagner, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich möchte meinen Gedanken ausführen. – Wir brauchen keinen Bundesparteivorsitzenden der FDP, der erst sagt, man darf die Lage nicht dramatisieren, dann sagt, man muss alles zur Eindämmung des Virus tun, und anschließend erklärt, die Maßnahmen zur Eindämmung des Virus seien übertrieben. – Das wird der Krise mit Sicherheit nicht gerecht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der LINKEN und von der FDP, Sie müssen doch schlicht und ergreifend erklären, warum in Thüringen richtig ist, was Sie hier in Hessen kritisieren.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Sie haben eine Protokollnotiz gemacht!)

– Ja, Frau Kollegin Wissler, der Kollege Ramelow hat eine Protokollnotiz gemacht, die sich ausdrücklich auf die parlamentarische Beteiligung bezieht – ja, ausdrücklich –, die sich aber nicht auf den Gegenstand der Maßnahmen bezieht. Deshalb frage ich Sie: Warum ist es in Thüringen, wenn es der thüringische Ministerpräsident vereinbart, große Regierungskunst, aber in Hessen Anlass zu maßloser Kritik? Diese Frage müssen Sie doch einfach einmal beantworten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zuruf Janine Wissler (DIE LINKE))

Das Gleiche gilt für die FDP. In Schleswig-Holstein machen Sie das so. In Nordrhein-Westfalen machen Sie das so. In Rheinland-Pfalz machen Sie das so. Und dann hier im Landtag, wenn die Hessische Landesregierung exakt das macht, worauf sich alle Länder mit der Bundesregierung verständigt haben, halten Sie, Herr Kollege Rock, eine Rede, dass alles falsch sei.

(René Rock (Freie Demokraten): Sie haben nicht zugehört!)

Ich frage mich, Herr Kollege Rock: Rufen Sie heute Abend eigentlich die Kollegen Pinkwart, Stamp und Wissing an, und halten Ihnen die gleiche Rede, die Sie heute im Landtag gehalten haben? Das ist doch wirklich absurd, Herr Kollege Rock.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wenn Sie es ganz einfach formuliert hören wollen: Die größten Kritiker der Elche sind in anderen Bundesländern selber welche, Herr Kollege Rock. Das kann ich zu Ihrem Verhalten nur sagen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in der Krise kommt es darauf an, Augenmaß zu behalten und besonnen zu handeln. Es kommt auch darauf an, die Dinge einzuordnen. Die Einschnitte, die wir jetzt ab Montag vornehmen, sind schwerwiegend. Sie muten vielen Menschen und vielen Branchen vieles zu. Das wird kein leichter Weg. Deshalb ist es ausdrücklich richtig, dass wir die betroffenen Menschen, die betroffenen Soloselbstständigen, die betroffenen Betriebe und Branchen mit dieser Krise und deren Bewältigung nicht alleinlassen. Deshalb ist es richtig, dass die Bundesregierung für diese Gruppen Unterstützungs- und Förderprogramme angekündigt hat.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns andere europäische Staaten anschauen und sehen, wie weitreichend dort die Maßnahmen sind, dann müssen wir erkennen, dass wir in Deutschland zwar schwierige Entscheidungen getroffen, aber bei Weitem nicht so gravierende Einschnitte vorgenommen haben, wie sie in anderen Staaten notwendig sind. Wir reden in anderen Staaten über Ausgangsbeschränkungen, wodurch Menschen – wenn überhaupt – nur noch im Ausnahmefall ihre Wohnung verlassen können. Wir reden in anderen Staaten davon, dass Kitas und Schulen geschlossen sind. Wir reden von viel weitreichenderen Eingriffen in die Wirtschaft. Deshalb sage ich: So schwerwiegend diese Eingriffe auch sind, sie sind verhältnismäßig und angemessen.

(Robert Lambrou (AfD): Nein!)

Warum sind sie verhältnismäßig und angemessen? Sie sind es, weil sie ihren Beitrag leisten, die unkontrollierte Ausbreitung des Virus einzudämmen, und weil sie hoffentlich – ich betone ausdrücklich: hoffentlich – dazu beitragen, dass uns weitreichendere Eingriffe, wie sie in anderen Staaten schon Realität sind, erspart bleiben. Das ist die Logik des Handelns, der wir in Deutschland folgen. Wir wollen mit diesen Maßnahmen vermeiden, dass wir noch weiter in Freiheitsrechte, in das Wirtschaftsleben, in das gesellschaftliche und das kulturelle Leben eingreifen. Deshalb halte ich diese Maßnahmen – so schwierig sie sind – für verantwortlich, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Sie folgen auch einer klaren Logik: Wir schränken die privaten und die Freizeitkontakte sehr drastisch ein, um damit unsere Kitas, unsere Schulen und weite Teile der Wirtschaft offen zu halten. Das ist die Logik hinter diesen Entscheidungen. Auch das halte ich für eine sehr verantwortliche Entscheidung, das so abzuwägen und zu sagen: Wir müssen uns vier Wochen – ich hoffe, es bleibt bei diesen vier Wochen – im persönlichen Bereich, im privaten Bereich und in der Freizeitgestaltung einschränken, damit wir die anderen Bereiche aufrechterhalten können. – Auch hier sehe ich nicht, was der bessere Vorschlag wäre, um das Virus zu bekämpfen, oder was der Eingriff wäre, der bei gleichem Ergebnis weniger stark wäre. Das sind die schwierigen Abwägungen, um die wir ringen.

Ich glaube, es ist eine richtige Entscheidung, zu sagen: Wir halten nach Möglichkeit die Kitas offen. Wir halten nach

Möglichkeit die Schulen offen. Wir halten nach Möglichkeit weite Teile der Wirtschaft offen. – Das ist, glaube ich, der richtige Weg. Wenn uns das gelingt, dann würden wir uns von vielen anderen europäischen Staaten unterscheiden, die zu weit drastischeren Maßnahmen greifen mussten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Ein letzter Punkt: Gerade in der Krise ist Zusammenhalt statt Spaltung das Gebot der Stunde.

(Yanki Pürsün (Freie Demokraten): Warum spalten Sie dann?)

Lassen Sie uns bei den notwendigen Debatten gerade in der Krise das Gemeinsame und nicht das Trennende betonen.

(Zurufe SPD und Freie Demokraten)

Lassen Sie uns nicht unterschiedliche Auffassungen zu Details – –

(Fortgesetzte Zurufe – Glockenzeichen)

Lassen Sie uns nicht unterschiedliche Auffassungen zu Details zu Grundsatzfragen erklären. Lassen Sie uns vor allem nicht die eine oder andere Maßnahme zum Anlass nehmen, um anderen die Redlichkeit ihres Handelns abzusprechen.

(Stefan Müller (Heidenrod) (Freie Demokraten): Hören Sie sich eigentlich zu? – Weitere Zurufe)

– Ja, sehr gut. Ich höre mir sehr gut zu. – Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, ich sage das, was ich hier sage, genau an Sie gerichtet.

(Jürgen Lenders (Freie Demokraten): Die ganze Rede war an uns gerichtet!)

– Es ist doch schön, dass Sie Beachtung finden. – Ich sage das ausdrücklich an Sie gerichtet, weil ich für Ihre Positionierung kein Verständnis habe, dass Sie das Trennende in dieser Krise betonen, obwohl Ihre eigenen Mitglieder in Landesregierungen das Gemeinsame betonen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Deshalb sage ich das ausdrücklich an Sie gerichtet: Ich habe kein Verständnis dafür, dass Sie die schwierigen Abwägungen, die in dieser Krise getroffen werden müssen, zu Grundsatzfragen und zum Problem einer Landesregierung erklären, statt über die gemeinsame Verantwortung von uns allen zu reden. Ich habe kein Verständnis dafür, wenn der Kollege Rock in seiner Rede den Anschein erweckt, als seien irgendwelche Entscheidungen in dieser Krise nicht nach bestem Wissen und Gewissen getroffen worden. Genau deshalb habe ich das ans Ende meiner Rede gestellt, weil ich das für einen unangemessenen Umgang mit dieser Krise halte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zuruf Robert Lambrou (AfD))

Deutlich abgesetzt von meiner Kritik an der FDP möchte ich sagen: Wir sollten allen eine Absage erteilen, die durch Falschinformationen, Lügen und Verschwörungsideologien versuchen, in der Krise unsere Gesellschaft zu spalten.

(Robert Lambrou (AfD): Haben Sie da etwas in unserer Rede entdeckt?)

– Nein, ich habe Sie nur direkt angesprochen, Herr Kollege Lambrou, und es hat offenkundig geklappt, dass Sie sich angesprochen gefühlt haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Zuruf Robert Lambrou (AfD))

Nicht die Politik – wer auch immer das ist – ist schuld an der Situation, in der wir sind, sondern ein weltweit grassierendes Virus. Niemand hat sich das ausgedacht – auch nicht, um Friedrich Merz als Kanzlerkandidat zu verhindern.

(Vereinzelte Heiterkeit – Zurufe)

Niemand hat sich das ausgedacht. Dieses Virus ist Realität, meine Damen und Herren. Alle, die den Eindruck erwecken, hier seien böse Mächte am Werk, möchte ich fragen: Was soll eigentlich Regierungen auf der ganzen Welt dazu veranlassen, solch drastische Maßnahmen zu ergreifen, wenn nicht einzig und allein der Schutz der Bevölkerung, der Erhalt der Gesundheit, die Vermeidung von schweren Krankheitsverläufen oder sogar von Toten? Was soll denn eigentlich die Motivation sein, meine Damen und Herren?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wir können dieses Virus bekämpfen, wenn wir wie im Frühjahr zusammenstehen, Rücksicht aufeinander nehmen und uns gegenseitig helfen.

(Zuruf Robert Lambrou (AfD))

Das ist das Gebot der Stunde: Zusammenhalt, aber nicht Spaltung der Gesellschaft. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender lebhafter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Als Nächster hat sich der fraktionslose Abg. Kahnt zu Wort gemeldet.

Rolf Kahnt (fraktionslos):

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Unstrittig ist eines: Solange es keine wirksamen medizinischen Maßnahmen gegen die Ausbreitung der Corona-Pandemie gibt, müssen Politik und Gesellschaft versuchen, die weitere Ausbreitung des Corona-Virus nach besten Kräften zu verlangsamen, idealerweise vereint. Es spielt dabei übrigens gar keine Rolle, wer in Berlin oder in Wiesbaden in Regierungsverantwortung steht. Ausschlaggebend für unser Handeln muss unsere gemeinsame Verantwortung für die Gesundheit unserer Gesellschaft insgesamt sein.

(Beifall Walter Wissenbach (AfD))

– Vorsicht. Das könnte in die Akte kommen.

(Vereinzelte Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, dabei muss es um Verhältnismäßigkeit und die Wahl von Mitteln gehen, wie der Pandemie heute und zukünftig beizukommen ist, und nicht zuletzt auch darum, wie wir uns selbst als Vorbilder verhalten, um die Akzeptanz erforderlicher und nach Möglichkeit nicht übertriebener Maßnahmen in unserer Bevölkerung zu sichern.

Verschiedene Maßnahmen, die im Frühjahr getroffen wurden und auch über den Sommer hinweg bis heute Bestand haben, wurden und werden in der Öffentlichkeit überwiegend akzeptiert: Abstand halten, Hygieneregeln beachten und das Tragen eines Mund- und Nasenschutzes. So unangenehm diese Regeln für den Einzelnen auch sein mögen, sie sind nicht unzumutbar. Trotz vieler wenig erfreulicher Folgen darf man annehmen: Die Beschränkungen des öffentlichen Lebens in den Monaten des Lockdown wurden von den meisten Menschen als notwendig akzeptiert. Ihnen gelten unser Respekt und unser Dank.

Meine Damen und Herren, diese Akzeptanz gilt es auch jetzt im Hinblick auf die exponentiell ansteigenden Fallzahlen zu erhalten. Das setzt voraus, dass die Bevölkerung, die nun mit den am 28. Oktober in der Bund-Länder-Konferenz beschlossenen Maßnahmen gezwungen ist zu leben, diese auch verstehen und nachvollziehen kann.

Gastronomiebetriebe, Hotels, Kulturstätten wie Theater und Opern müssen für vier Wochen geschlossen bleiben, obwohl sie in den vergangenen Monaten mit viel Investitionsbereitschaft zuverlässige Hygienekonzepte geschaffen haben. Diesen Betrieben und ihren Mitarbeitern drohen nun wiederholt existenzielle Einnahmeverluste, obwohl das RKI bei ihnen nur untergeordnete Infektionsorte sieht.

Hotels und Pensionen ist die Aufnahme von Touristen untersagt, was dem von Gerichten ausgesetzten Beherbergungsverbot nahezu gleichkommt.

Im Sport wird es weiterhin Geisterspiele geben. Schlimmer noch: Unzählig vielen begeisterten Hobbysportlern werden selbst kontakthlose Breitensportarten wieder untersagt. Hier fehlen Erklärungen, meine Damen und Herren. Ist das, insbesondere bezogen auf den zuletzt genannten Fall, wirklich vonnöten?

Zu begrüßen ist hingegen insgesamt als schwacher Trost, dass Schulen und Kitas offen gehalten werden. Vernünftigerweise besteht Übereinkunft, dass ein Präsenzunterricht nicht ersetzt werden kann, trotz der Erfahrungen durchaus ansehnlicher häuslicher Beschulungen, wozu übrigens auch die Angebote durchaus chancenreicher digitaler Lehr- und Lernformen zählen.

Dennoch ist zu bemängeln, dass längst nicht alle Schülerinnen und Schüler mit Ersatzunterricht glücklich bzw. erreicht wurden. Es bleibt daher nur Ersatz in der Not – mehr nicht.

Immerhin gut ist, dass es den Ländern überlassen bleibt, Entscheidungen über erforderliche Schutzmaßnahmen in Abhängigkeit von der Entwicklung der Pandemie zu treffen. Ohne Frage: Wir leben in schwierigen Zeiten, weil es um erhebliche materielle und soziale Einbußen geht.

Deshalb müssen politische Entscheidungen, die Millionen von Menschen in ihren Freiheitsrechten und in ihren Lebensgewohnheiten erheblich beeinträchtigen, durch Sachlichkeit, Verantwortungsgefühl und Augenmaß gekennzeichnet bleiben.

(Beifall Walter Wissenbach (AfD))

– Vorsicht. Das ist jetzt wirklich bedenklich, mein Lieber.

(Vereinzelte Heiterkeit)

Das sind notwendige Gebote, weil die Eindämmung der Pandemie nur mit und nicht gegen die Menschen gelingt, die mit diesen erneut getroffenen Entscheidungen leben

sollen. Die Einberufung einer Sondersitzung dieses Parlaments und die Entgegennahme der Regierungserklärung sind gut und richtig. Dennoch wäre es ebenso gut gewesen, wenn unser Parlament in diesem Hohen Haus zu Beratungen und Abstimmungen über ein gemeinsames Pandemie-vorgehen zusammengekommen wäre, und zwar bevor die tief einschneidenden Beschlüsse der Bund-Länder-Konferenz gefasst wurden.

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Herr Kahnt, bitte kommen Sie zum Schluss.

Rolf Kahnt (fraktionslos):

Mein letzter Satz. – Zu guter Letzt erlaube ich mir den Hinweis: Nur Parlamente sind legitimiert, Grundrechte einzuschränken. Sie im Nachgang über getroffene Beschlüsse nur zu informieren, schmälert Parlamente in ihren ureigenen vornehmsten Beteiligungsrechten. – Vielen Dank.

(Beifall Walter Wissenbach (AfD))

– Walter, Vorsicht.

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Meine Damen und Herren, damit ist die Aussprache zur Regierungserklärung abgehalten.

Wir kommen nun zu den einzelnen Anträgen. Ich bitte die parlamentarischen Geschäftsführer um Aufmerksamkeit.

Ich denke, ich habe es richtig verstanden, dass der **Dringliche Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucks. 20/3971**, federführend dem Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss sowie mitberatend dem Kulturpolitischen Ausschuss, dem Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen, dem Haushaltsausschuss und dem Rechtspolitischen Ausschuss überwiesen werden soll. – Dann überweisen wir nun diesen Antrag an diese Ausschüsse.

Wir kommen nun zum **Dringlichen Antrag der Fraktion der Freien Demokraten, Drucks. 20/3972**. Auch dieser soll an die zuvor genannten Fachausschüsse überwiesen werden. – Dann verfahren wir so.

Nun kommen wir zum **Dringlichen Antrag der Fraktion DIE LINKE, 20/3973**. Darüber soll abgestimmt werden. Ich bitte um ein Handzeichen, wenn Sie für diesen Antrag sind. – Das ist die Fraktion DIE LINKE. Wer ist dagegen? – Das sind die AfD, die Freien Demokraten, die CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD.

Wir kommen nun zum **Dringlichen Antrag der Fraktion der AfD, Drucks. 20/3974**. Auch über diesen Antrag soll abgestimmt werden. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD. Wer ist dagegen? – Das sind die Freien Demokraten, die CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD und DIE LINKE.

Wir kommen zum **Dringlichen Antrag der Fraktion der SPD, Drucks. 20/3975**.

Herr Rudolph, bitte.

Günter Rudolph (SPD):

Frau Präsidentin, wir bitten, diesen Antrag ebenso wie zuvor den Ausschüssen zu überweisen.

Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Dann überweisen wir diesen Antrag federführend an den Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss sowie mitberatend an den Kulturpolitischen Ausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen, den Haushaltsausschuss und den Rechtspolitischen Ausschuss.

Wir kommen nun zum **Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 20/3976**. Wer dafür ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? – Die AfD. Wer enthält sich der Stimme? – Die Freien Demokraten, die SPD und die LINKEN. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich bei Ihnen, dass wir doch relativ konzentriert eine Sondersitzung zu dieser zentralen Thematik abhalten konnten. Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend und vor allen Dingen Gesundheit.

(Schluss: 16:29 Uhr)